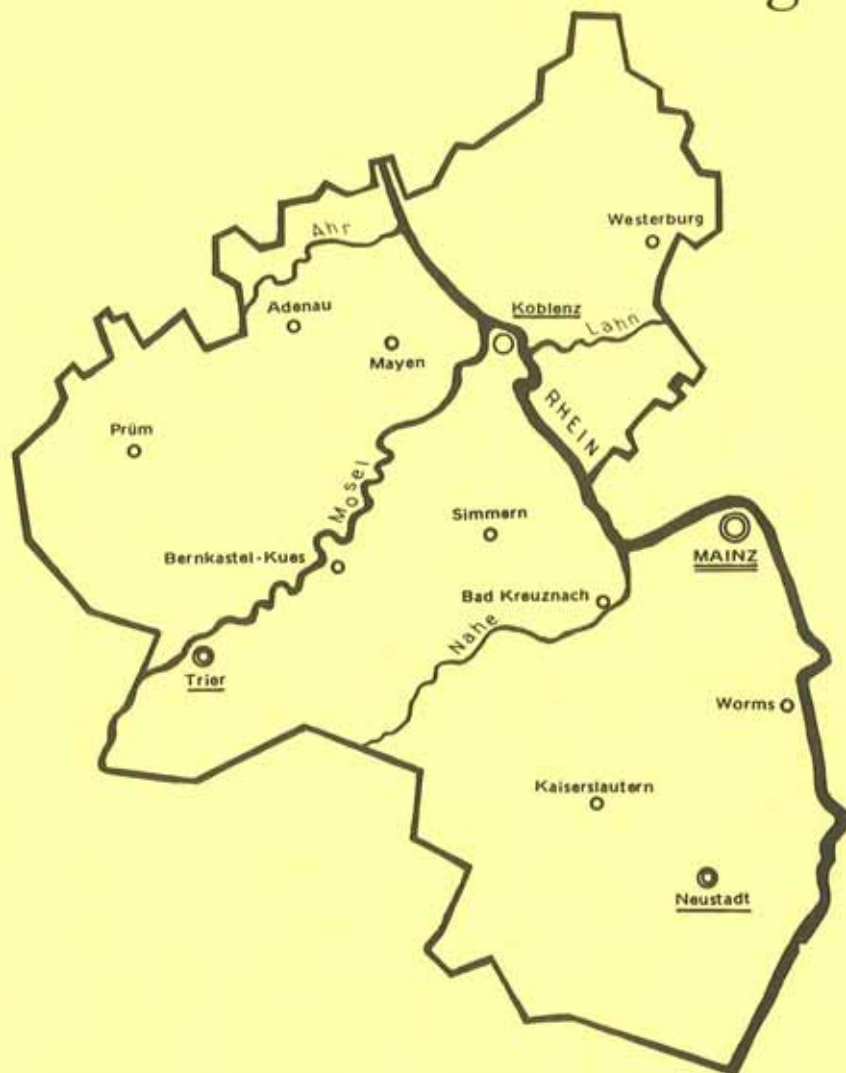


# RheinlandPfalz

Ministerium für  
Landwirtschaft, Weinbau und Forsten



## Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung



<b>Herausgeber:</b>	Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz - Abteilung Landeskultur, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
<b>Schriftleitung:</b>	Vermessungsdirektor A. Lorig (verantwortlich) und Oberamtsrat H. Jens, Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
<b>Gestaltung, Reproduktion und Vertrieb:</b>	Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, Bauhofstr. 4, 6500 Mainz
<b>Druck:</b>	Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
<b>Ständige Mitarbeiter:</b>	Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz) Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier) Regierungsdirektor Wulf (Bezirksregierung Rhh.-Pf.) Ltd. Regierungsdirektor Dr. Fleck (Kulturamt Prüm) Obervermessungsrat Lichtenthal (Kulturamt Trier) Regierungsdirektor Senftleben (Kulturamt Bernkastel-Kues) Obervermessungsrat Epping (Kulturamt Westerburg) Verwaltungsangestellter Dr. v. Saucken (Kulturamt Mayen) Regierungsdirektor Kraffert (Kulturamt Worms) Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt) Verwaltungsangestellter Dr. Meier (Kulturamt Kaiserslautern) Obervermessungsrat Klaus Wagner (Kulturamt Simmern) Vermessungsdirektor Bossenmaier (KA SIM, Nst. KH) Angestellte Ilona Mende Daum (Luftbild- und Rechenstelle, Mainz)
<b>Erscheint:</b>	halbjährlich
<b>Abgabe:</b>	1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung  2. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb  3. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen Ersatz der Auslagen

# INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Im Blickpunkt .....	1
D. Ziegler: Verabschiedung von Leitendem Ministerialrat Heinz Reifferscheid.....	1
D. Ziegler: Einführung des Kulturamtsvorstehers Heinrich Schroeder in das Kulturamt Neustadt.....	6
Fachbeiträge .....	12
LWK Rhld-Pf. und KA Mayen: Agrarstrukturelle Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft am Beispiel der Verbandsgemeinde Maifeld.....	12
L. Helfgen und H. Wolf: Flurbereinigung Mayen-Süd geht weiter.	34
G. Meyer: Heranziehung der Empfänger von Massegrundstücken zu Beiträgen nach §19 FlurbG.....	36
W. Kraffert: Grenzüberschreitende Regionalplanung..	41
C. Bastian: Bodenerosionen.....	43
G. Müßig: Agrarstrukturelle Vorplanung - Freiwilliger Landtausch.....	49
H. Staab: Nochmals: Holzbestandsbeitrag in Waldflurbereinigungen.....	51
M. Jäcklin: Flurbereinigungsverfahren Heuchelheim-Rest.....	54
G. Nierste-Klausmann: Beiträge zum Thema Relief, Boden und Gestein.....	57
Aus der Rechtsprechung .....	69
H. Staab: Aus der Praxis der Spruchstelle für Flurbereinigung.....	69
Buchbesprechungen: .....	72

	Seite
G. Schauß:	Verwaltung in Rheinland-Pfalz in den 90-er Jahren..... 72
F. Zillien:	Landwirt im Jahr 2000..... 73 - So sieht die Zukunft aus -.....
H. Mierenfeld:	Wandel der Dorfflora - KTBL -..... 74 Schrift 236.....
Literaturübersicht:	..... 75
Ehrungen:	..... 78
W. Schuy:	VOAR Hans Baas 50 Jahre beim Kulturstamt Worms..... 78
H. Durben u. H. Mierenfeld:	Heinz Wassmuth zum Gedenken..... 79
W. Felger:	Geburtstagsliste der Ruhestandsbediensteten..... 79
Personalveränderungen	..... 81
Fachprüfungen	..... 84
Informationen aus der LKV.....	85
M. Kern:	Landentwicklung ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe..... 85
M. Kern:	Landentwicklung als Chance verstärkter Landespflege..... 86
F. Zillien:	Landwirtschaftliche Strukturprobleme.. 87
M. Kern:	Landentwicklung..... 88
Kurzinformationen	..... 89

Gezeichnete Beiträge stellen die Ansicht des Verfassers dar, nicht aber unbedingt die der Schriftleitung oder des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Leserbriefe besteht kein Recht des Abdrucks.

## IM BLICKPUNKT

### Verabschiedung von Leitendem Ministerialrat Heinz Reifferscheid

von Staatsminister Dieter Ziegler, Mainz \*)

Sehr geehrter Herr Reifferscheid,

ich freue mich, Sie nach über 18-jährigem Wirken in unserem Ministerium heute in einer - wie ich sehr hoffe - gesundheitlich guten Verfassung in den verdienten Ruhestand zu verabschieden.



\*) Rede von Herrn Staatsminister Dieter Ziegler zur Verabschiedung von Herrn LMR Reifferscheid in den Ruhestand am 26. September 1989

Die Anwesenheit unserer Gäste zeigt, daß man Sie als Mensch und Beamter schätzt, und daß Sie hohes Ansehen genießen.

Diese Feierstunde ist ein angemessener Anlaß, um auf die Entwicklung und Wandlung der Landeskulturverwaltung in den letzten vier Jahrzehnten zurückzublicken.

In diesem Zeitraum hat sich im Arbeitsbereich der Landeskulturverwaltung ein tiefgreifender Wandel ergeben.

Dieser Wandel umfaßt besonders, wie viele von Ihnen wissen,

- die Ziele der Flurbereinigung,
- die planerischen Rahmenbedingungen und
- die technischen Arbeitsmittel.

Bereiche, für die Sie, Herr Reifferscheid, zuständig waren.

Mit Ihren Ideen haben Sie maßgeblich dazu beigetragen, die agrarische Flurbereinigung zur Integralflurbereinigung und schließlich zur Landentwicklung zu führen.

So haben Sie bereits im Jahre 1973 einen Aufsatz geschrieben, aus dem sich ergibt, daß die Flurbereinigung nicht nur für die landwirtschaftlichen Betriebe optimale Voraussetzungen bietet, sondern auch für

- Nutzungsentflechtungen,
- außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten,
- die Dorferneuerung,
- die Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur,
- die Schaffung und Gestaltung von Erholungsgebieten,
- den Schutz und die Pflege der Landschaft,
- die Durchführung von Maßnahmen des Umweltschutzes und
- die Verhinderung der Zersiedlung der Landschaft.

Sie sprachen bereits damals, und das wurde auch in die Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Dr. Wagner aufgenommen, von der "Bodenordnung".

Bodenordnung, so sagten Sie, Herr Reifferscheid, erleichtere alle diese Maßnahmen, beschleunige sie und mache sie in den meisten Fällen überhaupt erst möglich.

Von Anfang an aber galt Ihre Aufmerksamkeit immer ganz besonders den

- noch schnelleren,
- einfacheren und
- umweltfreundlicheren Verfahren.

Sie, Herr Reifferscheid, haben für diese Zielrichtungen die entscheidenden Erlasse vorbereitet und formuliert.



Sie haben damit wesentlichen Anteil an einer Landentwicklung,

- ...die das wichtigste koordinierende Instrument für die neuordnungs- und entwicklungsbedürftigen Gemeinden im ländlichen Raum ist,
- ...die die stabilisierenden Elemente im Sinne einer Biotopvernetzung wieder in die Landschaft einbringen kann,
- ...die die Eingriffe bei dem Vollzug großräumiger Planungen auf einem Minimum hält,
- ...die Neuaufforstungen, aber auch die Offenhaltung der Landschaft unterstützt, und
- ...die natürlich immer noch einen hohen Stellenwert für Landwirte, Winzer und Waldbauern hat, wie wir gerade jetzt wieder erleben.

Sie haben aber auch entscheidenden Anteil daran, daß den Gemeinden und Bürgern diese wertvollen Hilfen schneller und unbürokratischer gegeben werden können.

Im Verlaufe Ihres Berufslebens haben sich die Rahmenbedingungen der Planungen sehr durchgreifend und nachhaltig geändert.

Stellvertretend seien hierfür die Gesetzgebung zu Landespflege, Raumordnung, Wasserrecht, Straßenrecht, aber natürlich auch das Flurbereinigungs-gesetz selbst genannt.

Es war Ihre Aufgabe, die Planfeststellung in technischer Hinsicht, in der im Jahre 1976 gewollten Form, als eigenständiges Instrument in die Flurbereinigung zu integrieren.

Sie haben erkannt, daß hier nicht alles besser und schneller geworden ist. Deshalb haben Sie noch selbst im letzten Jahr eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die die Regelungsinhalte der Planfeststellung auf die notwendigen Inhalte zurückführen soll.

Sie waren der erste Bedienstete der Luftbild- und Rechenstelle und haben mit dem weltweit ersten Auswertegerät nach den Ideen des verstorbenen Obervermessungsrates Schirmer die Luftbildmessung in der Praxis eingeführt. Sie haben damit das Herzstück der Flurbereinigungsverwaltung, nämlich die Luftbild- und Rechenstelle, mit ins Leben gerufen und hatten gemeinsam mit dem späteren Leiter, Herrn Dr. Kersting, lange Zeit großen Anteil an ihrer Arbeit. Diese Stelle war weltweit die erste, die Katasterphotogrammetrie praktizierte.

Es wird uns sicher gelingen, im Rahmen der anstehenden Reformbestrebungen auch für die Luftbild- und Rechenstelle eine vernünftige Lösung zu finden.

Auch für die vermessungstechnische Bearbeitung der Bodenordnung haben Sie lange Jahre in guter Zusammenarbeit mit der Vermessungs- und Katasterverwaltung Verantwortung getragen.

Sie haben erheblichen Anteil an der Neuvermessung des Landes, dabei aber auch stets darum gerungen, Neuvermessung dort zu unterlassen, wo es dem Bürger nichts bringt.

Dabei konnten Sie sich stets auf Ihre langjährigen Erfahrungen in der Praxis, aber auch in überregionalen Gremien stützen.

Erfahrungen, die Sie mit in Ihre Entscheidungen eingebunden haben.

Sie waren lange Jahre im Ausschuß für Planung und Technik der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung der Länder Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz.

Sie gehörten dem Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten und anderen Prüfungsausschüssen an.

Sie waren Mitarbeiter der Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung. Aus Ihrer berufspolitischen Arbeit ist die Tätigkeit im Vorstand des Deutschen Vereins für Vermessungswesen - Landesverband Rheinland-Pfalz - herauszustellen.

Alle diese beruflichen und mit dem Amt verbundenen Tätigkeiten haben Sie aufgrund Ihrer besonderen Fähigkeiten und Ihres hervorragenden Fachwissens erfolgreich bewältigt.

Neben Ihren fachlichen Leistungen sind Sie auch durch Ihre Persönlichkeit aus dem Kreis der Landeskulturverwaltung herausgetreten.

Sie waren stets gewinnend freundlich, Ihre Mitarbeiter bezeichneten Sie sogar als eine "rheinische Frohnatur".

Lassen Sie mich kurz auch Ihren beruflichen Werdegang schildern:

Sie wurden am 22.08.1925 in Reineck geboren und wurden nach Volksschule und Gymnasium mit 17 Jahren zum Reichsarbeitsdienst, danach zum Kriegsdienst herangezogen und kamen schließlich auch in Kriegsgefangenschaft.

Nach Ihrem Studium der Geodäsie in Bonn, wo Sie am 15.11.1950 die Diplomhauptprüfung ablegten, absolvierten Sie den Vorbereitungsdienst als Regierungsvermessungsreferendar.

Ihr Eintritt in unsere Verwaltung begann im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, wie schon gesagt, mit der Aufgabe, die Luftbild- und Rechenstelle aufzubauen.

Ihr Weg führte Sie dann über Simmern und Worms als planender technischer Beamter zum Kulturstadtamt Trier, wo Sie leitender technischer Beamter waren und schließlich kamen Sie 1971 an das hiesige Ministerium zurück.



Im Jahre 1981 wurden Sie Stellvertreter des Abteilungsleiters "Landeskultur" .

Sie haben, wie man sieht, Herr Reifferscheid, einen klaren Weg beschritten, und dabei einen entscheidenden Beitrag für die Landeskulturverwaltung erbracht.

Für diese Leistungen spreche ich Ihnen den Dank der Landesregierung und meinen herzlichen persönlichen Dank aus.

Ich beziehe in diesen Dank auch Ihre Gattin ein, die das Arbeitsleben ihres Mannes fürsorglich begleitet hat.

Ich wünsche Ihnen, Herr Reifferscheid, alles Gute im wohlverdienten und hoffentlich aktiven Ruhestand, verbunden mit dem Wunsch, daß Ihr 3. Lebensabschnitt mit viel Freude im Kreise Ihrer Familie verbunden sein möge.

Meine Damen und Herren,

auch in der Stunde der Verabschiedung ist der Blick nach vorne zu richten. Die Bedeutung der Bodenordnung oder besser "Landentwicklung" für die Landwirtschaft, den Naturschutz und die Infrastruktur des ländlichen Raumes wird weiter zunehmen. Deshalb war es wichtig, für Herrn Reifferscheid in seinen Funktionen als stellvertretender Abteilungsleiter und Referent im Referat 743 geeignete Nachfolger zu finden.

Ich glaube, daß wir mit Herrn Ministerialrat Staab die richtige Wahl als stellvertretender Abteilungsleiter getroffen haben.

Herrn Staab diese Funktion zu Übertragen, sehe ich als Anerkennung für die Einsatzbereitschaft und Leistung in seiner beruflichen Laufbahn.

Als Nachfolger im Referat 743 wurde Herr Leitender Vermessungsdirektor Kleinsteuber berufen.

Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung und seines überdurchschnittlichen beruflichen Engagements ist Herr Kleinsteuber für dieses Referat besonders geeignet.

Wir erwarten von ihm die Durchsetzungskraft für den Vollzug des neu aufzustellenden Programms "Flurbereinigung".

Ihnen, Herr Staab, und Ihnen Herr Kleinsteuber, wünsche ich in Ihrer neuen Aufgabe einen guten Anfang und einen bleibenden Erfolg.

Gehen Sie mit dem nötigen Schwung an Ihre neue Aufgabe heran.

## Einführung des Kulturamtsvorstehers Heinrich Schroeder in das Kulturamt Neustadt

von Staatsminister Dieter Ziegler, Mainz \*)

Die Einführung des neuen Kulturamtsvorstehers in sein Amt ist ein Vorgang, der besondere Beachtung verdient.

Dies um so mehr, wenn es in einem Kulturamt geschieht, in dem schon seit Jahrzehnten große Leistungen erbracht wurden und wo diese Leistungen noch über viele Jahrzehnte - vielleicht auf Dauer - zu erbringen sind.



Wenn ich Sie also, meine Damen und Herren heute zur Einführung des neuen Kulturamtsvorstehers Heinrich Schroeder eingeladen habe, dann gibt es hierfür drei wichtige Gründe:

1. ...der Stellenwert der Bodenordnung oder besser "Landentwicklung" im Lande Rheinland-Pfalz, heute und in den kommenden Jahrzehnten,
2. ...die Ziele und Prioritäten der Bodenordnung im Bereich des Kulturamtes Neustadt und
3. ...die Aufgaben des neuen Kulturamtsvorstehers in diesem Hause.

\*) Rede von Herrn Staatsminister Dieter Ziegler zur Einführung des neuen Kulturamtsvorstehers Heinrich Schroeder in das Kulturamt Neustadt am 13.10.1989.

Meine Damen und Herren,

die Bodenordnung oder besser "Landentwicklung" bleibt, wie es Herr Ministerpräsident Dr. Wagner in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat, auch in Zukunft eine unverzichtbare Aufgabe.

Ihre Bedeutung für die vielfältigen flächenbeanspruchenden und flächenbezogenen Aufgaben der Landespolitik nimmt ständig zu.

Die Landentwicklung muß

1. dazu beitragen, eine standort-, umwelt- und marktgerechte, bäuerlich geprägte Landwirtschaft zu erhalten.

Die Faktorausstattung der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe ist durch eine zielgerichtete Zuordnung der Flächen nach Lage, Form, Größe und Nutzungsart so zu verbessern, daß der Arbeitsaufwand vermindert, die Bewirtschaftung erleichtert und die Anpassung an veränderte Marktbedingungen offengehalten werden.

Die Landentwicklung hat

2. auch einen wichtigen Auftrag für die Landschaft.

Zur Sicherung eines leistungsfähigen Naturhaushalts sind Biotopverbundsysteme zu schaffen und die ökologischen Gewässerfunktionen zu verbessern. Landschafts- und Naturschutzgebiete sind zu sichern, zu vergrößern oder neu zu schaffen.

Schließlich ist durch "Landentwicklung" auch

3. ein Beitrag für die Infrastruktur des ländlichen Raumes zu leisten.

Insbesondere kann die Landentwicklung durch Bereitstellung von Land im erforderlichen Umfang, zur richtigen Zeit sowie in der zweckmäßigen Form und Lage zu einem möglichst geringen Landschaftsverbrauch beitragen.

Hierdurch schafft die Landentwicklung die Voraussetzungen für eine Raumentwicklung im kommunalen und übergeordneten öffentlichen Interesse ohne Nachteile für Landwirtschaft und Natur. Die Landentwicklung ist und bleibt damit eine wichtige Aufgabe im Dienste der Allgemeinheit.

Meine Damen und Herren,

wenn ich hier bisher von Landentwicklung, und nur im Nebensatz von Bodenordnung, und überhaupt nicht mehr von Flurbereinigung gesprochen habe, dann hat dies einen wichtigen Grund:

Der Begriff "Landentwicklung" ist ein tragender Begriff des Flurbereinigungsgesetzes. Er umfaßt in seiner positiven, zukunftsgerichteten Form von seinem Wortsinne her all das, was in einem von der Bevölkerung oft nachteilig empfundenen Sinne bisher unter Flurbereinigung zu verstehen war.

Meine Damen und Herren,

nicht, daß wir das Flurbereinigungsgesetz geändert hätten oder nicht mehr in der vorgeschriebenen Form anwenden wollten, hier hat sich nichts geändert. Das Flurbereinigungsgesetz gilt nach wie vor unverändert weiter. Ich halte es aber für außerordentlich wichtig, neue Ziele und Aufgaben der Bodenordnung, die die Landeskulturverwaltung seit Jahren in ihre Arbeit eingebunden hat, durch einen entsprechenden Begriff in der allgemeinen Diskussion auch zum Ausdruck zu bringen.

Flurbereinigung heißt heute "Landentwicklung".

Wir werden diesen Begriff überall dort verwenden, wo die Aufgaben der Landeskulturverwaltung einem breiteren Publikum bekanntgemacht werden sollen. Wir haben daher auch die kürzlich erschienene neue Broschüre mit den Lösungsansätzen zur "Landwirtschaft und Landespflge" unter dem Titel "Landentwicklung" herausgegeben. Vielleicht gelingt es auch, im Rahmen oder trotz der anstehenden Funktionalreform, die Kulturämter vom Namen her zu "Ämtern für Landentwicklung" umzubenennen.

Meine Damen und Herren,

der hohe Stellenwert der Landentwicklung läßt sich nicht nur in den Zielen klar umreißen, sondern auch durch wenige Zahlen verdeutlichen. Zur Zeit sind 508 Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz mit einer Verfahrensfläche von über 200.000 ha in Rheinland-Pfalz anhängig. An diesen Verfahren sind etwa 200.000 Bürger des Landes beteiligt.

Allein schon für die ordnungsgemäße Durchführung und Abwicklung dieser Verfahren wird ein Zeitraum von etwa 15 Jahren benötigt. Dabei wird von der jetzigen Personalausstattung der Kulturämter als zuständige Flurbereinigungsbehörden des Landes ausgegangen. Nach der langfristigen Arbeitsplanung der Kulturämter stehen darüberhinaus für die nächsten vier Jahrzehnte weitere Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz von rund 517.000 ha an.

Allein für den kurzfristigen Zeitraum von 1988 bis 1992 waren ursprünglich 132 Verfahren mit rund 47.000 ha für die Neueinleitung vorgesehen.

Diese Leistung können wir leider mit unserem Personal nicht erbringen, wenn nicht die anhängigen Verfahren notleidend werden sollen. Wir haben daher die Einleitung der klassischen Verfahren in den Jahren 1989 und 1990 auf "Notfälle" beschränkt und von einer Arbeitsgruppe untersuchen

lassen, was in den nächsten Jahren an neuen Verfahren ohne Gefahr für die zügige Abwicklung der anhängigen Verfahren eingeleitet werden kann.

Es war natürlich auch erforderlich, Prioritäten, auch unangenehme Prioritäten, festzulegen, weil überall im Lande Verfahren nun nicht sofort eingeleitet werden können, obwohl sich darum vielerorts Bürgermeister, Landwirte, Winzer und viele andere bemüht haben. Es hat aber keinen Sinn, Verfahren anzufangen, ohne daß eine zügige und sorgfältige Bearbeitung sichergestellt werden kann.

Wir werden in Zukunft im Bereich der Bodenordnung weniger Fläche abwickeln, aber qualitativ besser.

Immerhin haben wir im Entwurf unseres Programms "Landentwicklung" vorgesehen, in den Jahren 1989 bis 1994 112 Verfahren mit rund 29.000 ha neu einzuleiten.

Meine Damen und Herren,

in dem Kulturstadt Neustadt stellen sich die Dinge anders dar, als im Landesdurchschnitt.

Hier liegt der Schwerpunkt, wie jeder weiß, nicht nur derzeit, sondern auch noch sehr langfristig bei der Weinbergsflurbereinigung.

Das entspricht auch meiner Vorstellung über die in dieser Region zu setzenden Prioritäten.

Die Verfahren der Weinbergsflurbereinigung werden bekanntlich für ein geschlossenes Gebiet eingeleitet und dann in Projekten des Wiederaufbaus Zug um Zug abgewickelt.

Ich bin den Eindruck nie losgeworden, daß es für viele Bereiche der Weinbergsflurbereinigung hier in der Vorderpfalz sinnvoller wäre, den zeitlichen Rahmen für die Durchführung dieser Projekte von einem halben Jahr auf eineinhalb Jahre zu erweitern, und habe die zuständigen Mitarbeiter meines Ministeriums mehrfach gebeten, dieses in die Überlegungen für die Aufstellung eines Programms "Landentwicklung" miteinzubeziehen.

Ich hoffe, daß der Zeitdruck in diesen Projekten damit etwas gemildert werden kann.

Ich bin mir natürlich darüber im klaren, daß dann gemeinsam mit der Wiederaufbaukasse und den betroffenen Teilnehmergemeinschaften und Gemeinden erneut - sicherlich nicht nur mit Freude - an die Langfristplanung des Kulturstadtes Neustadt herangegangen werden müßte.

Meine Damen und Herren,

noch eines liegt mir besonders am Herzen:

Auch in Neustadt sind bei den örtlichen Arbeiten, soweit es ohne wesentliche Verzögerungen in den Arbeitsablauf einzubinden ist, Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure einzusetzen.

Ich erwarte, daß hier in Neustadt die politische Forderung nach mehr Privatisierung nicht einfach negiert wird, und daß unter dem Hintergrund der engen Personaldecke für die Herstellung der Verfahrensgrenze, die Absteckung des Wegenetzes und die Absteckung der Plansteine, sachgerechte Lösungen, gemeinsam mit den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, gefunden und vollzogen werden.

Die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure sollten in allen Verfahren Ihres Kulturamtes, die nicht luftbildvermessen werden, zum Einsatz gelangen. Die Haushaltsmittel sind entsprechend aufgestockt und vorhanden.

Ich erwarte hier konstruktive Mitarbeit.

Meine Damen und Herren,

Sie haben bei meinen Ausführungen feststellen können, daß die Tätigkeiten eines Kulturamtsvorstehers - auch auf dem Hintergrund der anstehenden Funktionalreform - in Zukunft nicht einfacher werden.

Wir haben uns die Entscheidung über den zukünftigen Kulturamtsvorsteher nicht leichtgemacht.

Ich glaube, daß wir mit Herrn Vermessungsdirektor Heinrich Schroeder die richtige Wahl als Kulturamtsvorsteher in Neustadt getroffen haben.

Herr Schroeder ist am 9. März 1942 in Bonn geboren.

Nach Volksschule und Gymnasium studierte Herr Schroeder zunächst Geschichte und Philosophie in Tübingen, dann Theologie in Trier und München und schloß 1967 seine Studien als Diplom-Theologe ab.

Hieran schloß sich von 1967 bis 1971 ein weiteres Studium, nämlich das Studium der Geodäsie an Technischen Universität in München an, mit dem Abschluß als Diplomingenieur für Vermessungswesen.

Nach der daran anschließenden Referendarzeit und Zweiten Staatsprüfung für den höheren technischen Verwaltungsdienst trat Herr Schroeder 1974 in Neustadt in den Landesdienst als planender technischer Beamter ein.

Nach einer Abordnung an die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz war er dann in Kaiserslautern, zunächst als planender technischer Beamter und seit dem 1. August 1983 als leitender technischer Beamter tätig.

Zwischenzeitlich war er für drei Monate an das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten abgeordnet.

Es ist auch notwendig, daß man weiß, wie die Arbeit in einem Ministerium abläuft. Ich bin froh, daß Sie in unserem Ministerium waren.

Ich bin sicher, daß Herr Schroeder aufgrund seiner fundierten Ausbildung und umfassenden praktischen Erfahrung in seinem neuen Amt die vielfältigen und schwierigen Aufgaben lösen wird.

Über Arbeitsmangel wird er sich nicht zu beklagen haben.

Der Schwerpunkt seiner Arbeit wird bei der Weinbergsflurbereinigung liegen, die ihm bestens vertraut ist.

Aufgaben des Naturschutzes, Zweitflurbereinigungen sowie Nutzungsentflechtungen, um nur einige zu nennen, sind in den Arbeitskatalog mittelfristig zu integrieren.

Diese Aufgaben hat Herr Schroeder in Kaiserslautern bereits teilweise kennengelernt.

Ich glaube auch, daß sich das Kulturamt diesen zusätzlichen neuen Aufgaben, wie teilweise auch schon erkennbar, gerne stellen wird.

Ich gehe davon aus und erwarte, daß Sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Amtes, mit Herrn Schroeder in der gleichen guten Weise zusammenarbeiten wie mit seinem Vorgänger Herrn Emil Primavessy.

Die Bitte zur guten Zusammenarbeit richte ich auch an die Gäste, die in der Vergangenheit zum Wohle des ländlichen Raumes in verschiedener Weise die Arbeit des Kulturamtes unterstützt haben, wofür ich ebenfalls danken möchte.

Ihnen, Herr Schroeder, wünsche ich einen guten Anfang und einen bleibenden Erfolg in der Leitung des Kulturamtes Neustadt.

Gehen Sie mit dem nötigen Schwung, aber auch mit der erforderlichen Umsicht und Behutsamkeit an die neue Aufgabe heran.



## FACHBEITRÄGE

### Agrarstrukturelle Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft am Beispiel der Verbandsgemeinde Maifeld

von der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz (Außenstelle Koblenz in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Mayen \*)

#### 1. Einleitung

Bei der Flächennutzungsplanung kommt es zu Zielkonflikten zwischen der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzung und den in der Regel umfangreichen außerlandwirtschaftlichen Flächenansprüchen. Diese zu lösen, ist eine Aufgabe des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan, in dem die künftige Nutzung der Flächen dargestellt wird.

In der landwirtschaftlich geprägten Verbandsgemeinde Maifeld sind Probleme zwischen Landwirtschaft und den übrigen Bereichen durch die starke Veredelungsproduktion vorgegeben.

Die in die Planung eingebundenen Träger öffentlicher Belange, die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz und das örtlich zuständige Kulturamt sind im Rahmen der Flächennutzungsplanung gefordert, für den Bereich Landwirtschaft fachspezifische Angaben zu machen. Je nach Zielvorstellung der amtlichen Statistik reichen deren umfassende Daten im speziellen Falle nicht aus, so daß diese "vor Ort" ermittelt werden müssen.

Die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz - Außenstelle Koblenz - und das Kulturamt Mayen haben daher gemeinsam mit der Berufsbildenden Schule Landwirtschaft und ländliche Hauswirtschaft, Beratungs- und Weiterbildungsstelle in Mayen in den Jahren 1986-1987 in den 17 Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Maifeld eine agrarstrukturelle Erhebung vorgenommen.

Von den 583 landwirtschaftlichen Betrieben über ein ha, die die amtliche Statistik 1987 \*) für die Verbandsgemeinde Maifeld auswies, wurden 402 landwirtschaftliche Betriebe über 5 ha aufgesucht und befragt. Die nicht erfaßten Betriebe zählen zu den kleinsten landwirtschaftlichen Nebenerwerbs- und Hobbybetrieben.

\*) auszugsweise Nachdruck der unter gleichem Titel erschienenen Schrift der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz

\*\*)Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Landesinformationssystem (LIS)

Bei der Befragung wurden unter anderem Betriebsgröße, Art und Größe der Viehhaltung, Eigentums- und Pachtverhältnisse, Flächenparzellierung, Hofstellengröße, Zustand der Gebäude sowie Altersstruktur und mögliche Hofnachfolge in den Betrieben erfaßt.

Auf der Grundlage dieser Erhebung wird im folgenden die Agrarstruktur des "Maiefeldes" dargelegt und analysiert. Andererseits werden Aussagen getroffen über Entwicklungstendenzen und -möglichkeiten sowohl aus raumordnerischer und raumplanerischer, als auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht.

## 2. Naturräumliche Gegebenheiten des Untersuchungsgebietes

Das Planungsgebiet hat eine Gesamtgröße von rund 16.000 ha. Drei Viertel der Fläche dienen der Landwirtschaft als Produktionsgrundlage, zu über 90 v.H. als Acker genutzt. Die übrigen Flächen werden als Dauergrünland, Reb- gelände und Obstanlagen genutzt. Die Nutzung der Bodenfläche und der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Verbandsgemeinde Maifeld geben die Tabellen 1 und 2 wieder

Art der Nutzung	Flächenanteil	
	ha	v.H.
Gesamtfläche	16.196	100,0
Gebäude- und Freifläche	666	4,1
Betriebsfläche	53	0,3
- Abbau- und Freizeitland	35	-
Erholungsfläche	37	0,2
Verkehrsfläche	984	6,1
- Straßen, Wege, Plätze	923	-
Landwirtschaftliche Nutzfläche	12.350	76,2
Waldfläche	1.879	11,7
Wasserfläche	83	0,5
Flächen anderer Nutzung	143	0,9
- Unland	135	-

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Landesinformationssystem (LIS)

Tabelle 1: Nutzung der Bodenfläche in der Verbandsgemeinde Maifeld, 1985

Art der Nutzung	Flächenanteil	
	ha	v.H.
Landwirtschaftliche Nutzfläche	11.939	100,0
Dauergrünland	376	3,2
Rebfläche	24	0,2
Obstanlagen	2	0,0
Ackerland	11.537	96,6

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Landesinformationssystem (LIS)

Tabelle 2: Betriebsfläche der landwirtschaftlichen Betriebe über 1 ha, 1983

## 2.1 Naturräumliche Gliederung

Das Maifeld ist nach der naturräumlichen Gliederung Deutschlands \*) dem Mittelrheinischen Becken zuzuordnen. Als "Maifeld-Pellenzer-Hügelland" ist es eingelagert in das Mittelrheinische Becken und gliedert sich in:

1. Andernach-Koblenzer Terrassenhügel
2. Karmelenberghöhe
3. Pellenzer Niederungs- und Hügelland
  - a) Pellenz-Vulkane
  - b) Pellenz-Senke
  - c) Pellenz-Höhe
4. Obermaifeld
5. Niedermaifeld
  - a) Niedermaifelder Senke
  - b) Niedermaifelder Terrasse
  - c) Niedermaifelder Höhe
6. Mayener Kessel

\*) Quelle: Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands, 6. Lieferung; Remagen 1959; Veröffentlichung der Bundesanstalt für Landeskunde und des Deutschen Instituts für Länderkunde unter Mitwirkung des Zentrallausschusses für deutsche Landeskunde

## 2.2 Bodenverhältnisse und Nutzungseignung

Die Böden östlich von Polch und Münstermaifeld sind Parabraunerdeböden mit Lößlehmlagerung, in die inselartig Bimsablagerungen eingestreut sind.

Westlich der Linie Polch - Münstermaifeld bis zum Elztal sind basenarme bis basenhaltige Braunerden mit Lößlehmschleier über Ton auf Schiefer liegend, vorherrschend.

Das Nette-, Elzbach- und Nothenbachtal mit ihren Seitentälern zeigen Tonschieferböden.

Der nördliche und westliche Teil der Verbandsgemeinde Maifeld eignet sich besonders gut für den Anbau von Speisekartoffeln - Oberländer Speisekartoffeln -. Bis etwa 1960 waren Kartoffel-, Getreide und Futteranbau dominierend.

Im südlichen und östlichen Planbereich dagegen ist der Zuckerrübenanbau stärker verbreitet. Der Kartoffelanbau ist seither kontinuierlich zurückgegangen, zugenommen hat im Rahmen der verfügbaren Quoten der Zuckerrübenanbau, überproportional der Getreideanbau mit Schwerpunkt Weizen- und Gersteenanbau.

Die Ertragsmesszahlen je Hektar sind für die Acker- und Ackergrünlandflächen bei einer Schwankungsbreite von etwa 50 bis 60 als günstig zu bezeichnen, die entsprechenden Zahlen im Grünlandbereich liegen meist geringfügig unter diesen Werten, wie Tabelle 3 zeigt.

Ortsgemeinde	Ertragsmeßzahl			bereinigte Ertragsmeßzahl (bEMZ)
	A AGr	Gr	GrA	
Einig	49	31	49	49
Gappenach	59	42	58	53
Gering	47	30	46	44
Gierschnach	65	55	65	63
Kalt	66	41	65	65
Kerben	51	39	51	49
Kollig	50	62	50	48
Lonnig	62	52	62	59
Mertloch	62	37	61	59
Münstermaifeld	64	64	64	64
Nannheim	64	53	64	64
Ochtendung	48	39	48	64
Pillig	62	37	62	62
Polch	61	42	61	58
Rüber	59	50	58	57

Ortsgemeinde	Ertragsmeßzahl			bereinigte Ertragsmeßzahl (bEMZ)
	A AGr	Gr	GrA	
Welling	42	36	42	40
Wierschem	59	35	59	59
A, AGr: Acker, Acker-Grünland Gr, GrA: Grünland, Grünland-Acker				

Quelle: Datensammlung für die Bewertung der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz; Oberfinanzdirektion Koblenz 1982

Tabelle 3: Bodenwertzahlen

### 2.3 Klimatische und topographische Verhältnisse

Günstige klimatische Verhältnisse mit einer durchschnittlichen Jahreswärme von 7,9 °C in Gering und 8,9 °C in Kalt und mit durchschnittlichen Jahresniederschlägen zwischen 530 mm und 590 mm, verbunden mit optimalen Temperaturen und Niederschlägen in der Hauptwachstumsperiode, bieten die Voraussetzungen für den Ackerbau im Maifeld. Die Höhe über NN reicht von 120 m bis 360 m. Einzelwerte können aus der Tabelle 4 entnommen werden.

Ortsgemeinde	Seehöhe von bis mm	Jahreswärme °C	Temperatur Mai-Juli °C	Niederschlag	
				Jahr mm	Mai-Juli mm
Einig	275-366	8,0	15,0	570	170
Gappenach	145-194	8,8	15,5	530	160
Gering	220-360	7,9	15,0	590	190
Gierschnach	150-200	8,7	15,5	530	160
Kalt	120-164	8,9	15,5	530	160
Kerben	200-324	8,6	15,0	570	160
Kollig	200-340	8,0	14,5	570	180
Lonnig	220-320	8,5	15,0	570	165
Mertloch	170-341	8,5	15,0	550	160
Münstermaifeld	170-275	8,7	15,5	530	160
Naunheim	180-324	8,5	15,0	540	180
Ochtendung	120-320	8,6	15,5	580	160
Pillig	160-280	8,7	15,0	540	180
Polch	150-360	8,8	15,0	560	165
Rüber	130-266	8,7	15,0	550	160

Ortsgemeinde	Seehöhe von bis mm	Jahreswärme °C	Temperatur Mai-Juli °C	Niederschlag	
				Jahr mm	Mai-Juli mm
Welling	160-267	8,4	15,0	570	160
Wierschem	120-300	8,4	15,5	540	160

Quelle: Datensammlung für die Bewertung der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz; Oberfinanzdirektion Koblenz 1982

Tabelle 3: Topographie, Klima

### 3. Raumordnerische Funktion des Untersuchungsgebietes

Der Untersuchungsraum umfaßt die Verbandsgemeinde Maifeld mit 17 Ortsgemeinden.

Die Verbandsgemeinde Maifeld ist Teil der Region "Mittelrhein-Westerwald"; sie liegt im räumlichen Bezug zwischen dem Oberzentrum Koblenz und dem Mittelzentrum Mayen.

Den Gemeinden des Untersuchungsbereiches sind nach dem genehmigten Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald folgende sozialökonomische Funktionen vorgegeben:

Ortsgemeinde	Funktion / Zweckbestimmung
Einig	L
Gappenach	L
Gering	L
Gierschnach	L
Kalt	L
Kerben	L
Kollig	L
Lonnig	L
Mertloch	L
Münstermaifeld	L/E
Naunheim	L
Ochtendung	L
Pillig	L
Polch	L
Rüber	L
Welling	L
Wierschem	L
L: Landwirtschaft E: Erholung	

Tabelle 5: Besondere Funktionen der Gemeinden (Zweckbestimmung)

#### 4. Agrarstrukturelle Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten

##### 4.1 Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe

###### 4.1.1 Betriebsgrößen

Die insgesamt 402 befragten Betriebe bewirtschaften etwa 10.000 ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN), wie aus Tabelle 6 zu entnehmen ist. Einen optischen Eindruck über die Größenstruktur dieser Betriebe vermitteln die Abbildungen 1 und 2 auf Seite 19.

Dies entspricht einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 24 ha. 100 dieser 402 Betriebe verfügen über eine Fläche von mehr als 30 ha je Betrieb. Dieses Viertel der Betriebe bewirtschaftet 50 v.H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Verbandsgemeinde.

Betriebsgrößen- klasse ha	Anzahl der Betriebe	Bewirtschaftete Fläche ha v.H.	
unter 5	25	65	0,7
5 bis unter 10	48	372	3,8
10 bis unter 20	106	1.578	16,3
20 bis unter 30	113	2.741	28,4
30 bis unter 50	77	2.884	29,8
50 bis unter 75	28	1.591	16,5
75 und mehr	5	436	4,5
Insgesamt	402	9.669	100,0

Quelle: Eigene Erhebungen

Tabelle 6: Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Flächen

Im Kreis Mayen-Koblenz werden von insgesamt etwa 2.200 landwirtschaftlichen Betrieben 35.000 ha Fläche bewirtschaftet. Die in der Verbandsgemeinde Maifeld befragten landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Kreises Mayen-Koblenz.

Die Durchschnittsgröße der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe beträgt in Maifeld 24 ha, im Kreis 16 ha, allerdings hier unter Einbeziehung der Weinbaubetriebe mit geringerer Flächenausstattung.



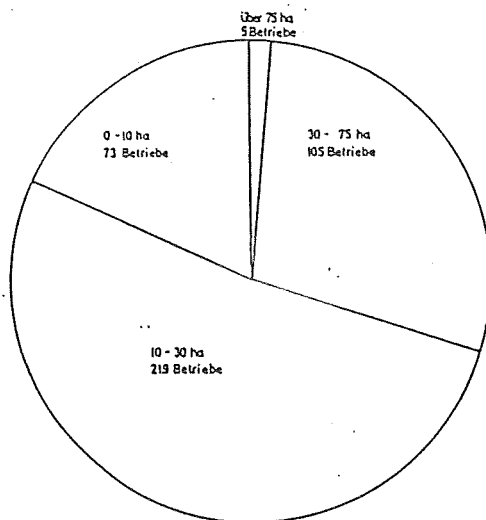


Abbildung 1: Größenstruktur der befragten Betriebe

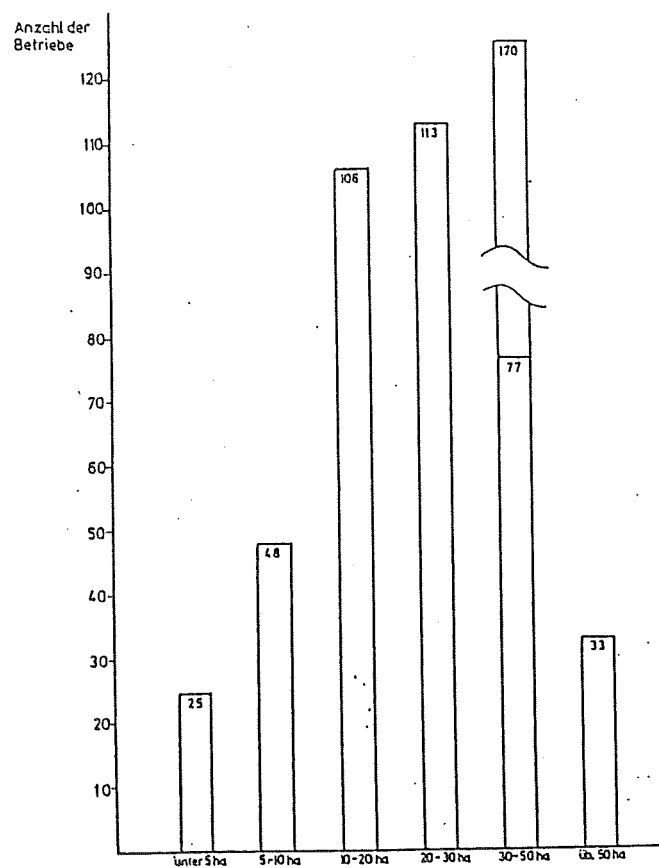


Abbildung 2: Größenstruktur der befragten Betriebe

## 4.1.2 Erwerbsstruktur

Bei der Betriebserhebung wurden die Betriebe nach Haupt- und Nebenerwerb gegliedert. Die Entscheidung darüber, zu welcher Kategorie ein Betrieb gehört, blieb den Betriebsleitern überlassen, so daß in Einzelfällen ein Abweichen von der nach objektiven Kriterien vorzunehmenden Einteilung vorkommen kann. Bei dieser Einteilung wurde von folgenden Definitionen ausgegangen, die auch den Agrarberichten der Bundesregierung zugrunde liegen:

**Haupterwerbsbetriebe** (HE-Betriebe) sind solche Betriebe, in denen die Arbeitszeit des Betriebsinhabers mindestens 0,5 Arbeitskraft (AK) und das außerlandwirtschaftliche Erwerbseinkommen des Betriebsinhaberehepaars weniger als 50 v.H. des Erwerbseinkommens insgesamt betragen. Bei den HE-Betrieben wird nochmals zwischen Vollerwerbs- und Zuerwerbsbetrieben unterschieden. Vollerwerbsbetriebe sind die HE-Betriebe, in denen der Anteil des außerbetrieblichen Erwerbseinkommens des Betriebsinhaberehepaars am Erwerbseinkommen insgesamt weniger als 10 v.H. beträgt, während bei Zuerwerbsbetrieben das entsprechende außerbetriebliche Erwerbseinkommen mindestens 10 v.H., aber weniger als 50 v.H. des Erwerbseinkommens beträgt.

Als **Nebenerwerbsbetriebe** (NE-Betriebe) gelten die Betriebe, in denen die betriebliche Arbeitszeit des Betriebsinhabers weniger als 0,5 AK oder der Anteil des außerbetrieblichen Erwerbseinkommens des Betriebsinhaberehepaars am Erwerbseinkommen insgesamt mindestens 50 v.H. beträgt.

Wie aus Tabelle 7 zu entnehmen ist, wirtschaften von den 402 befragten Betriebsinhabern 287 im Haupt- und 115 im Nebenerwerb, d. s. 71 v.H. bzw. 29 v.H. der Betriebe. Bei 30 ha bzw. 10 ha liegt die Durchschnittsgröße der im Haupt- bzw. Nebenerwerb bewirtschafteten Betriebe.

Betriebs- größenklassen  ha	Haupterwerbsbetriebe			Nebenerwerbsbetriebe		
	Anzahl der Betriebe	bewirtschaftete Fläche		Anzahl der Betriebe	bewirtschaftete Fläche	
		ha	v.H.		ha	v.H.
unter 5	1	0,6	0,0	24	64,5	0,7
5 bis unter 10	6	50,3	0,5	42	321,9	3,3
10 bis unter 20	67	1.031,0	10,7	39	547,8	5,7
20 bis unter 30	104	2.539,3	26,3	9	202,4	2,1
30 bis unter 50	77	2.884,2	29,8	0	0,0	0,0
50 bis unter 75	27	1.541,1	15,9	1	50,0	0,5
75 und mehr	5	436,0	4,5	0	0,0	0,0
Insgesamt	287	8.482,5	87,7	115	1.186,6	12,3
Durchschnitts- betriebsgröße		29,6			10,3	

Tabelle 7: Einteilung nach dem Erwerbscharakter der Betriebe

Von den HE-Betrieben bewirtschaften 217, d.s. etwa 90 v.H., 20 ha und mehr und die Hälfte der HE-Betriebe ist mit 30 ha und mehr ausgestattet. In diesen Betriebsgrößenklassen werden im Nebenerwerb 10 Betriebe bzw. ein Betrieb bewirtschaftet.

#### 4.1.3 Eigentum und Pacht

Etwa die Hälfte der bäuerlichen Betriebe des Maifeldes, seien es Haupt- oder auch Nebenerwerbsbetriebe, bewirtschaften etwa 50 v.H. der Betriebsflächen auf Pachtbasis. Lediglich in den Betriebsgrößenklassen bis 20 ha, in denen auch der Hauptanteil der Nebenerwerbsbetriebe liegt, werden unter 45 v.H. der Flächen auf Pachtbasis genutzt, wie auch Tabelle 8 entnommen werden kann.

Betriebs- größenklassen  ha	Anzahl der Betriebe	Landwirtschaftliche Nutzfläche		
		Insgesamt	davon Pachtfläche	
		ha	ha	v.H.
unter 10	73	437	155	35,5
10 bis unter 20	106	1.579	702	44,4
20 bis unter 30	113	2.742	1.339	48,8
30 bis unter 50	77	2.884	1.336	46,3
50 bis unter 75	28	1.591	810	50,9
75 und mehr	5	436	207	47,6
Insgesamt	402	9.669	4.549	47,0

Tabelle 8: Anteil der Pachtflächen in den Betriebsgrößenklassen

Die Tabelle 8 verdeutlicht, daß für die bäuerlichen Betriebe des Maifeldes die Pachtflächen existentiell wichtig sind. Die zunehmende Flächenausstattung der Betriebe erfolgt auf Pachtbasis; die Verträge sind meist kurzfristig und mündlich abgeschlossen. Eingriffe in diesem Bereich durch steigende Pachtpreise oder Umwidmung der Flächen bewirken unmittelbare ökonomische Nachteile für die davon betroffenen Betriebe.

#### 4.2 Flurverfassung

Neben der Betriebsgröße kommt der Flurverfassung für die wirtschaftliche Führung eines Betriebes besondere Bedeutung zu. Je kleiner die zu bewirtschaftenden Flächen eines Betriebes sind, desto höher sind unwirtschaftliche Fahrzeiten.

#### 4.2.1 Bewirtschaftungsstücke je Betrieb

Die Anzahl der Bewirtschaftungsstücke je Betrieb, nach Betriebsgrößenklassen gegliedert, kann aus Tabelle 9 entnommen werden. Als Bewirtschaftungsstück wird eine Fläche bezeichnet, die unabhängig von den Eigentumsverhältnissen zusammenhängend bearbeitet werden kann.

Mit zunehmender Betriebsgröße steigt die Anzahl der Bewirtschaftungsstücke an. Nach Abbildung 3 auf Seite 22 bewirtschaften 41,1 v.H. der Betriebe zwischen 20 und 50 Einzelparzellen.

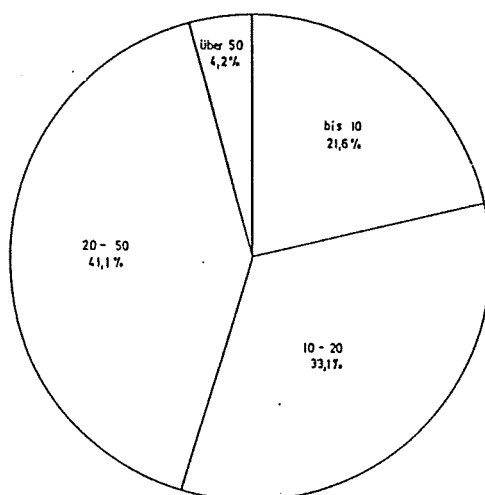


Abbildung 3: Anzahl der Bewirtschaftungsstücke in den landwirtschaftlichen Betrieben.

Anzahl der Bewirtschaftungsstücke	Anzahl der Betriebe in der Größenklasse			
	unter 10 ha	10 bis unter 30 ha	30 bis unter 50 ha	50 und mehr ha
1 bis 5	25	5	1	0
6 bis 10	28	23	4	1
11 bis 20	17	98	12	6
21 bis 50	3	89	53	20
über 50	0	4	7	6

Tabelle 9: Gliederung nach Teilstücken und Betriebsgrößen

Ortsgemeinde	Jahr des Besitz- übergangs
Einig	1942
Gappenach	1938
Gering	1972
Gierschnach	1938
Kalt	1964
Kerben	1928
Kollig	1972
Lonnig	1936
- Mertloch	1942
Minkelfeld	1928
Münstermaifeld	1966
- Keldung *)	1967
- Küttig *)	1932
- Lasserg *)	1967
- Metternich *)	
Naunheim	1952
Ochtendung	teilweise 1936
Pillig	1952
Polch	1934
Rüber	1951
Ruitsch	1921
Welling	nicht bereinigt
- Trimbs **)	nicht bereinigt
- Wierschem	1967
*) 31.12.1975 eingemeindet nach Münstermaifeld	
**) 31.12.1975 eingemeindet nach Welling	

Quelle: Angaben des Kulturamtes Mayen

Tabelle 10: Stand der Flurbereinigung

#### 4.2.2 Stand der Flurbereinigung

In enger Relation zu den je Betrieb bewirtschafteten Parzellen steht die Durchführung von Flurbereinigungsverfahren mit der Möglichkeit, die Parzellen zusammenzufassen, um so den Arbeitsaufwand erheblich zu reduzieren. Tabelle 10 zeigt den Stand der Flurbereinigung im Maifeld. In der Mehrzahl der Gemeinden erfolgte die Flurbereinigung schon vor mehr als 50 Jahren. Nach objektiven landwirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt, ist zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft eine Flurneuordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz in den Gemeinden des Maifeldes angezeigt.

### 4.3 Voraussichtliche Entwicklung der Betriebe

Bei der Betriebserhebung wurde den Betriebsleitern nicht nur die Einstufung als Haupt- und Nebenerwerbsbetrieb überlassen. Auch die Entscheidung über die Beurteilung der Weiterführung der Betriebe erfolgte durch die Landwirte selbst.

#### 4.3.1 Haupterwerbsbetriebe

Von den 287 Betriebsleitern gehen 232, das sind 80 v.H. davon aus, ihren Betrieb auch zukünftig im Haupterwerb weiterführen zu können.

Betriebs- größenklasse  ha	landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe				
	Insgesamt  Anzahl	fortlaufend		auslaufend	
		Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
unter 5	1	1	100,0	0	0
5 bis unter 10	5	3	60,0	2	40,0
10 bis unter 20	59	37	62,7	22	37,3
20 bis unter 30	103	88	85,4	15	14,6
30 bis unter 50	76	73		3	
50 bis unter 75	27	26	96,0	1	4,0
75 und mehr	5	4	80,0	1	20,0
Insgesamt	276	232	80,8	44	19,2

Tabelle 11: Entwicklung der Haupterwerbsbetriebe

Wie aus Tabelle 11 zu entnehmen ist, gehen die Inhaber von Betrieben bis 20 ha zu etwa 60 v.H. davon aus, daß ihre Betriebe, im Haupterwerb geführt, keine Zukunft haben.

Es wird davon ausgegangen, daß in den 30 bis 50 ha großen Betrieben nur bei überdurchschnittlichen Ergebnissen der tierischen Veredelung und des Ackerbaus ein ausreichendes Betriebseinkommen zu erwirtschaften sein wird. Bei der Gruppe bis zu 30 ha wird zukünftig in einem hohen Anteil der Betriebe kein ausreichendes Einkommen aus der Landwirtschaft allein zu erzielen sein.

Ausgenommen hiervon dürften sein:

- \* Betriebe mit außergewöhnlichen Fähigkeiten des Betriebsleiters
- \* Betriebe mit intensivster Veredelung
- \* Betriebe mit Spezialbetriebszweigen

Der Anteil der in Zukunft auslaufenden Haupterwerbsbetriebe dürfte allerdings höher, als von den Betriebsleitern angenommen, liegen. Mehr als bisher werden Haupterwerbsbetriebe auf Zuerwerb oder auf den Übergang in den Nebenerwerb angewiesen sein.

#### 4.3.2 Nebenerwerbsbetriebe

Mit 80 v.H. geht ein sehr hoher Anteil der Nebenerwerbslandwirte davon aus, den Betrieb auch in Zukunft weiterführen zu können.

Betriebs- größenklasse  ha	landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe				
	Insgesamt  Anzahl	fortlaufend		auslaufend	
		Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
unter 5	24	16	66,7	8	33,3
5 bis unter 10	42	31	73,8	11	26,2
10 bis unter 20	39	37	94,9	2	5,1
20 bis unter 30	9	8	88,9	1	11,1
30 bis unter 50	-	-	-	-	-
50 bis unter 75	1	1	100,0	-	-
75 und mehr	-	-	-	-	-
Insgesamt	115	93		22	

Tabelle 12: Entwicklung der Nebenerwerbsbetriebe

Auch bei den im Nebenerwerb geführten Betrieben kann davon ausgegangen werden, daß der Anteil der in den nächsten 10 Jahren auslaufenden Betriebe höher als der subjektiv angenommene sein wird. Bei vielen Betrieben wird die Entscheidung im Verlaufe des Generationenwechsels getroffen werden.



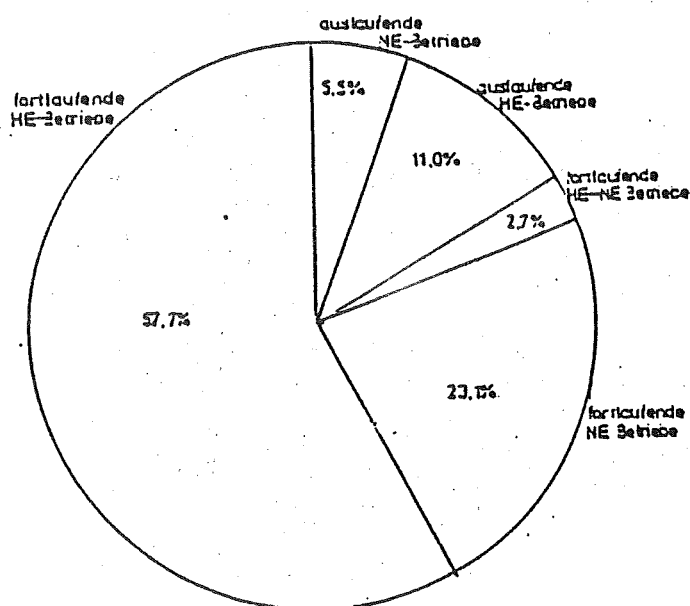


Abbildung 4: Entwicklung der Landwirtschaft in der Verbandsgemeinde Maifeld in den nächsten 10 Jahren.

#### 4.4 Altersstruktur

Bei den 402 befragten Haupt- und Nebenerwerbslandwirten ist folgende Altersstruktur anzutreffen:

Alter in Jahren	Insgesamt		Anzahl der Betriebsleiter			
			Haupterwerb		Nebenerwerb	
	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
ohne Angabe	4	1,0	0	0,0	4	3,5
15 bis unter 21	1	0,0	1	0,3	0	0,0
21 bis unter 45	139	34,7	104	36,2	35	30,4
45 bis unter 55	120	29,9	80	27,9	40	34,8
55 und mehr	138	34,4	102	35,5	36	31,3
Insgesamt	402	100,0	287	71,4	115	28,6

Tabelle 13: Altersaufbau der haupt- und nebenberuflichen Betriebsleiter

Mehr als ein Drittel aller Betriebsleiter ist bereits älter als 55 Jahre. Die Verteilung auf die einzelnen Altersklassen weist zwischen den Haupt- und Nebenerwerbsbetriebsleitern nur geringe Altersunterschiede auf.

Aus der Verteilung des Altersaufbaus der Betriebsleiter lassen sich nur geringe Folgerungen auf die Weiterführung der Betriebe ziehen. Aussagefähiger sind hier die Antworten auf die Frage nach einem Betriebsnachfolger. Über die Hälfte der Betriebe gaben auf diese Frage allerdings keine Antwort, wie aus nachstehender Tabelle über das Alter der vorgesehenen Betriebsnachfolger entnommen werden kann:

Alter in Jahren	Betriebsnachfolger	
	Anzahl	v.H.
ohne Angaben	206	51,7
unter 15	63	15,6
15 bis unter 21	58	14,4
21 bis unter 45	75	18,7

Tabelle 14: Alter der Betriebsnachfolger

Wenn, wie aus den Tabellen 11 und 12 zu entnehmen ist, etwa 80 v.H. der Betriebsleiter davon ausgehen, daß ihre Betriebe zukünftig weitergeführt werden können, aber nur 50 v.H. die Frage nach dem Betriebsnachfolger beantworten konnten (wollten), so mag darin eine realistischere Einschätzung der Zukunft liegen, verbunden mit der eigenen Entscheidung des für die Betriebsnachfolge vorgesehenen Kindes.

Von den Betriebsinhabern, die ihre Betriebe als "fortlaufend" einstufen, gibt es im Hinblick auf deren Betriebsnachfolger folgende Angaben:

Alter in Jahren	Haupterwerb		Nebenerwerb	
	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
ohne Angaben	93	40,1	56	60,2
unter 15	46	19,8	16	17,2
15 bis unter 21	44	19,0	9	9,7
21 bis unter 45	49	21,1	12	12,9
Insgesamt	232	100,0	93	100,0

Tabelle 15: Betriebsnachfolger in den als "fortlaufend" eingestuften Betrieben

Von den fortlaufenden Haupterwerbsbetrieben machten als 40 v.H. keine Angaben, bei den Nebenerwerbsbetrieben waren es sogar 60 v.H. Dies läßt auch die große Unsicherheit und Ungewißheit über die Zukunft in diesem Bereich erkennen.

Bei allen "unter 21-jährigen" mit knapp 40 v.H. bei den Haupterwerbsbetrieben ist es sicherlich vielfach fraglich, ob eine Weiterführung des Betriebes im Haupterwerb erfolgen wird.

#### 4.5 Viehhaltung

Generell hat die Sauenhaltung zur Ferkelproduktion und die Schweinemast in der Verbandsgemeinde Maifeld eine außerordentlich große landwirtschaftliche Bedeutung, die Milchviehhaltung eine sehr untergeordnete.

##### 4.5.1 Sauenhaltung

Der Umfang der Sauenhaltung in den einzelnen Betriebsgrößenklassen, aufgeschlüsselt in Sauenbestände, kann aus nachfolgender Tabelle 16 entnommen werden:

Betriebsgrößen- klasse ha	Zahl der Betriebe	Sauenbestände			
		1 - 30	31 - 50	51 - 100	üb. 100
unter 10	31	30	1	0	0
10 bis unter 20	61	46	13	2	0
20 bis unter 30	68	21	23	23	1
30 bis unter 50	43	19	14	10	0
50 bis unter 75	12	4	3	5	0
75 und mehr	4	1	1	2	0
Insgesamt	219	121	55	42	1

Tabelle 16: Betriebe insgesamt mit Sauenhaltung

In 219 (55 v.H.) der 402 Betriebe werden Zuchtsauen gehalten, in 98 Betrieben (45 v.H.) mehr als 30 Sauen. Nach der amtlichen Statistik\*) werden im Maifeld etwa 9.000 Sauen gehalten; von diesen stehen etwa 7.000 in den erfaßten Betrieben.

Von der erfaßten Haupterwerbslandwirten halten 138 in ihren Betrieben Sauen.

Die Aufteilung der Sauen nach Bestandsgrößen in den einzelnen Betriebsgrößen ist aus nachfolgender Tabelle 17 zu entnehmen:

-----  
\*) Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Landesinformationssystem (LIS)

Betriebsgrößen- klasse ha	Zahl der Betriebe	Sauenbestände			
		1 - 30	31 - 50	51 - 100	üb. 100
unter 10	0	0	0	0	0
10 bis unter 20	24	12	10	2	0
20 bis unter 30	57	14	19	23	1
30 bis unter 50	42	18	14	10	0
50 bis unter 75	12	4	3	5	0
75 und mehr	3	1	1	1	0
Insgesamt	138	49	47	41	1

Tabelle 17: Haupterwerbsbetriebe mit Zuchtsauen

In den knapp 100 Betrieben mit weniger als 50 Sauen muß sicherlich ein zweites, starkes betriebliches Standbein vorhanden sein oder künftig entstehen, um auf Dauer ein ausreichendes Einkommen zu erzielen.

Insgesamt 42 der "fortlaufenden" Nebenerwerbsbetriebe halten Sauen, von denen 40 weniger als 30 Tiere aufweisen.

#### 4.5.2 Mastschweinehaltung

In 185 (46 v.H.) der 402 befragten Betriebe ist Schweinemast anzutreffen.

Betriebsgrößen- klasse ha	Anzahl der Betriebe mit jährlich erzeugten Mast- schweinen				
	insgesamt	1 -100	101-500	501-1.000	üb.1.000
unter 10	23	22	1	0	0
10 bis unter 20	42	26	15	1	0
20 bis unter 30	50	11	23	10	6
30 bis unter 50	53	9	18	13	13
50 bis unter 75	14	1	5	5	3
75 und mehr	3	0	1	2	0
Insgesamt	185	69	63	31	22

Tabelle 18: Betriebe insgesamt mit Schweinemast

Etwa 71 v.H. der mastschweinehaltenden Betriebe produzieren jährlich weniger als 500 Schweine, 16,7 v.H. zwischen 500 und 1.000 und knapp 12 v.H. über 1.000.

Insgesamt werden in der Verbandsgemeinde Maifeld nach der amtlichen Statistik 40.000 Mastschweine gehalten. Dies sind knapp 60 v.H. aller im Kreis Mayen-Koblenz produzierten Mastschweine.

Im Kreis Mayen-Koblenz werden etwa ein Fünftel aller rheinland-pfälzischen Mastschweine gehalten. 122 der "fortlaufenden" Haupterwerbsbetriebe halten Mastschweine.

Betriebsgrößen- klasse ha	Zahl der Betriebe	Sauenbestände			
		1 -100	101-500	501-1.000	üb.1.000
unter 10	1	1	0	0	0
10 bis unter 20	12	9	3	0	0
20 bis unter 30	40	10	14	10	6
30 bis unter 50	53	9	18	13	13
50 bis unter 75	14	1	5	5	3
75 und mehr	2	0	1	1	0
Insgesamt	122	30	41	29	22

Tabelle 19: "Fortlaufende" Haupterwerbsbetriebe mit Schweinemast

Wie aus Tabelle 19 entnommen werden kann, erzeugen 71 Betriebe jährlich weniger als 100 Schweine.

#### 4.5.3 Milchviehhaltung

Lediglich 37 der erfaßten Betriebe halten Milchkühe.

Betriebsgrößen- klasse ha	Zahl der Betriebe	Milchkuhbestände		
		1 - 20	21 - 60	üb. 60
unter 10	2	2	0	0
10 bis unter 20	14	13	1	0
20 bis unter 30	9	8	1	0
30 bis unter 50	9	5	4	0
50 bis unter 75	2	1	0	1
75 und mehr	1	0	1	0
Insgesamt	37	29	7	1

Tabelle 20: Betriebe insgesamt mit Milchkühen

In der Tabelle 20 auf Seite 30 fällt auf, daß die Milchviehhaltung in den 10 ha bis 20 ha großen Betrieben vorherrscht. Der Anteil der kleinen Bestände von 1 bis 20 Milchkühen beträgt annähernd 80 v.H.. Aus diesen Zahlen spricht die geringe Bedeutung der Milchviehhaltung in dem durch Ackerbau geprägten Maifeld.

## 5. Siedlungsstruktur - Hofstellengröße

### 5.1 Siedlungsstruktur

Von 402 untersuchten Betrieben wurden 60 Betriebe komplett und 17 Betriebe als Teilaussiedlung in den Außenbereich verlagert. 325 Betriebe sind innerhalb der Ortslage ansässig.

### 5.2 Hofstellengröße

Von den nach den Befragungsergebnissen voraussichtlich verbleibenden 232 Haupterwerbsbetrieben haben 138 Hofstellen eine Größe von 2.000 und mehr m<sup>2</sup>, 50 Betriebe erreichen eine Hofstellengröße von 1.200 m<sup>2</sup> bis 2.000 m<sup>2</sup> und 44 Betriebe wirtschaften auf Hofstellen unter 1.200 m<sup>2</sup> Größe, wie aus der nachstehenden Tabelle 21 entnommen werden kann.

Betriebs- größen- klassen ha/LF	Zahl der Be- triebe in den Größenklassen	Zahl der Betriebe nach Hofstellengröße			
		unter 800 m <sup>2</sup>	800 - 1.199 m <sup>2</sup>	1.200 - 1.999 m <sup>2</sup>	2.000 u. mehr m <sup>2</sup>
unter 10	73	35	15	14	9
10 bis 20	106	13	22	41	30
20 bis 30	113	8	24	26	55
30 bis 50	77	2	4	17	54
50 bis 75	28	1	1	4	22
75 und mehr	5	0	1	0	4
Insgesamt	402	59	67	102	174

Tabelle 21: Hofstellengröße der untersuchten Betriebe

Wird das nach den Modellrechnungen aufgezeigte Betriebseinkommen angestrebt, so ist das bei dem Überwiegenden Teil der Betriebe bei gegebener negativer Bodenbilanz nur über die Aufstockung der Veredelungsproduktion möglich. Die Ausdehnung der Tierhaltung ist innerörtlich bei gegebener Siedlungsstruktur nur begrenzt möglich. Bei einem Teil der verbleibenden Betriebe wird daher eine Auslagerung der Tierhaltung in den Außenbereich erforderlich.

## 5.3 Abhängigkeit von Hofstellengröße und Viehhaltung

Größe der Hofstellen m <sup>2</sup>	Zahl der Betriebe nach Hofstellengröße	Zuchtsauen		
		unter 10 Sauen	10 - 30 Sauen	über 30 Sauen
unter 800	59	14	9	5
800 bis 1.199	67	10	11	12
1.200 bis 1.999	102	10	25	24
2.000 und mehr	174	8	34	57
Insgesamt	402	42	79	98

Tabelle 22: Hofstellengröße der sauenhaltenden Betriebe

Nur rund 40 v.H. der Sauenhalter erreichen Hofstellengrößen von mehr als 2.000 m<sup>2</sup>. Eine Aufstockung der weniger emissionsträchtigen Sauenhaltung ist innerörtlich nur noch begrenzt möglich.

Größe der Hofstellen m <sup>2</sup>	Zahl der Betriebe nach Hofstellengröße	Mastschweine		
		unter 100 Schweine	100 - 500 Schweine	über 500 Schweine
unter 800	59	14	3	0
800 bis 1.199	67	10	13	2
1.200 bis 1.999	102	17	22	7
2.000 und mehr	174	20	33	44
Insgesamt	402	61	71	53

Tabelle 23: Hofstellengröße der mastschweinehaltenden Betriebe

Die Mastschweineproduktion ist, soweit es sich um Bestände von mehr als 400 Mastplätzen handelt, fast ausschließlich in den Außenbereich ausgelagert. Die Standorte zum Zeitpunkt der Auslagerung nach rein landwirtschaftlichen Kriterien beurteilt, zeigen sich auf Grund der veränderten außerlandwirtschaftlichen Ansprüche in vielen Fällen ungünstig. Die Zuordnung der Wohnbebauung zu den emittierenden landwirtschaftlichen Anlagen verlief städtebaulich teilweise negativ.

Die Rindviehhaltung bringt keine Emissionsprobleme und ist städtebaulich im Planungsraum unbedeutend.



Größe der Hofstellen m <sup>2</sup>	Zahl der Betriebe nach Hofstellengröße	Milchkühe		
		unter 20 Kühe	20 - 60 Kühe	über 60 Kühe
unter 800	59	3	0	0
800 bis 1.199	67	8	5	0
1.200 bis 1.999	102	9	0	0
2.000 und mehr	174	7	5	1
Insgesamt	402	27	10	1

Tabelle 24: Hofstellengröße der milchviehhaltenden Betriebe

#### 5.4 Modernisierung und Umnutzung von Gebäuden in der Dorferneuerung

Die Aufgeschlossenheit der Betriebsleiter zur Modernisierung ihrer Wohnungen und zur Umnutzung von Wirtschaftsgebäuden in Verbindung mit Maßnahmen der Dorferneuerung kann aus der nachfolgenden Tabelle 25 entnommen werden.

Betriebsgrößenklassen ha	Anzahl der Betriebe in den Größenklassen	Modernisierungsbereitschaft		Umnutzungsbereitschaft	
		Ja	Nein	Ja	Nein
unter 10	73	22	51	12	61
10 bis unter 20	106	42	64	18	88
20 bis unter 30	113	38	75	14	99
30 bis unter 50	77	32	45	15	62
50 bis unter 75	28	11	17	3	25
75 und mehr	5	0	5	1	4
Insgesamt	402	145	257	63	339

Tabelle 25: Modernisierungs- und Umnutzungsbereitschaft

Die geringe Bereitschaft wird sicherlich eine Vielzahl von Gründen haben. Bei vielen Familien dürfte die Ungewißheit für die Zukunft, verbunden mit der Unkenntnis der Finanzierbarkeit der Maßnahmen ein entscheidendes Kriterium für die negative Einstellung sein.

Die Zahl der milchviehhaltenden Betriebe wird weiter zurückgehen.

## Flurbereinigung Mayen-Süd geht weiter

Revision des Landes Rheinland-Pfalz beim Bundesverwaltungsgericht  
hatte Erfolg

Von Vermessungsdirektor Lothar Helfgen und Regierungsdirektor  
Hubert Wolf, Mayen

Die für das Gebiet südlich von Mayen angeordnete Flurbereinigung Mayen-Süd und der damit verbundene Bau der Umgehungsstraße können weitergeführt werden. Zu diesem Ergebnis kommt das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil. Der Flurbereinigungsbeschuß der Oberen Flurbereinigungsbehörde wurde für rechtmäßig erklärt.

Dem Rechtsstreit lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

Für die Bundesstraße 258, die durch Mayen führt, hatte die Straßenverwaltung eine südwestliche Stadtumgehung geplant. Das hierfür notwendige Planfeststellungsverfahren war im August 1981 eingeleitet worden. Am 20. Juni 1984 beantragte die Bezirksregierung Koblenz - Enteignungsbehörde - bei der Oberen Flurbereinigungsbehörde eine Unternehmensflurbereinigung nach § 87 des Flurbereinigungsgesetzes, um die durch die Umgehungsstraße entstehenden Durchschneidungsschäden beheben und den straßenbedingten Landverlust auf einen größeren Kreis von Eigentümern verteilen zu können.

Die Obere Flurbereinigungsbehörde erließ daraufhin für ein Gebiet von insgesamt 1.090 ha am 12. Dezember 1984 den Einleitungsbeschuß zur Flurbereinigung "Mayen-Süd". In diesem Flurbereinigungsgebiet liegt die Umgehungsstraße, die etwa 26 ha Grundflächen benötigt. Die großräumige Abgrenzung des Flurbereinigungsgebietes war vorher mit der Landwirtschaftskammer abgestimmt worden, die einen Flächenabzug von bis zu 3,0% für das Straßenbauvorhaben als vertretbar gehalten hatte.

Gegen den Flurbereinigungsbeschuß wurde von verschiedenen Grundstückseigentümern Widerspruch erhoben mit der Begründung, die durch das Flurbereinigungsverfahren entstehenden Kosten und Landverluste seien nicht tragbar. Ein Unternehmensverfahren zum Bau der Umgehungsstraße sei nicht notwendig, da diese Flächen durch den Straßenbaulastträger von den Eigentümern erworben werden könnten.

Aus landwirtschaftlicher Sicht sei ein Flurbereinigungsverfahren ebenfalls nicht erforderlich, weil die bewirtschafteten Flächen der landwirtschaftlichen Betriebe durch Pacht- und Nutzungsaustausch genügend groß seien und auch eine ausreichende Wegeerschließung hätten.

Die Obere Flurbereinigungsbehörde wies die Widersprüche im September 1986 zurück. Gegen diese Entscheidung haben 9 Grundstückseigentümer Klage beim Oberverwaltungsgericht in Koblenz erhoben.

Das Flurbereinigungsgericht hielt die Klagen im wesentlichen für begründet und hob den Flurbereinigungsbeschluß und die Widerspruchsbescheide der Bezirksregierung Koblenz auf. Nach Auffassung des Gerichts hatte das beklagte Land den besonderen Landabzug für den Bau der Umgehungsstraße auf einen zu großen Kreis von Grundeigentümern verteilt, um den Abzug für den einzelnen Teilnehmer gering zu halten. Deshalb war das Flurbereinigungsgericht der Meinung, die Abgrenzung der Unternehmensflurbereinigung (Straßenbau) hätte abweichend von der Begrenzung des übrigen Flurbereinigungsgebietes vorgenommen werden müssen, damit der Landabzug für den Straßenbau mindestens 5% betrage.

Im vorliegenden Falle hätte also das für den besonderen Landabzug anrechenbare Gebiet nicht über 1.000 ha, sondern allenfalls 500 ha betragen dürfen. Die Abgrenzung der Regelflurbereinigung hielt das Flurbereinigungsgericht dagegen nicht für fehlerhaft. Diese könne jedoch keinen Bestand haben, weil der Flurbereinigungsbeschluß nur insgesamt existieren könne und wegen der nach Auffassung des Gerichtes fehlerhaften Abgrenzung des Unternehmensverfahrensgebietes bereits aufzuheben sei.

Die Revision gegen das Urteil wurde vom Oberverwaltungsgericht zugelassen, da die Frage, wie der durch ein Unternehmen (hier: Straßenbau) entstehende Landverlust auf einen größeren Kreis von Eigentümern verteilt werden kann, bisher in der höchststrichterlichen Rechtsprechung nicht entschieden war.

Das Bundesverwaltungsgericht teilt die Auffassung des Flurbereinigungsgerichts nicht. Es hält die Revision des Landes Rheinland-Pfalz für begründet:

- 1.) Die Obere Flurbereinigungsbehörde hat richtig entschieden, den durch den Straßenbau entstehenden Landverlust auf einen möglichst großen Kreis von Eigentümern zu verteilen.
- 2.) Die großräumige Abgrenzung des Verfahrensgebietes ist deshalb nicht zu beanstanden.
- 3.) Die Ansicht des Flurbereinigungsgerichtes, eine Unternehmensflurbereinigung dürfe nur angeordnet werden, wenn der Landabzug für das Unternehmen mindestens 5% betrage, wird als unzutreffend verworfen. Diese Meinung des Flurbereinigungsgerichtes ist mit dem Flurbereinigungsgesetz nicht vereinbar.
- 4.) Das Verhältnis zwischen dem durch den Straßenbau in Anspruch genommenen Land und der Gesamtfläche des Flurbereinigungsgebietes spielt keine Rolle.
- 5.) Die Ziele einer Unternehmensflurbereinigung
  - Verteilung des entstehenden Landverlustes auf einen größeren Kreis von Eigentümern;

- Behebung straßenbedingter landwirtschaftlicher und landeskultureller Nachteile

lassen sich in einem größeren Verfahrensgebiet leichter erreichen.

6.) Der Flurbereinigungsbeschluß der Oberen Flurbereinigungsbehörde vom 12.12.1984 erfüllt alle Voraussetzungen zur Einleitung der Unternehmensflurbereinigung Mayen-Süd:

- Das Verfahren ist von der Enteignungsbehörde beantragt worden.
- Die Grundstückseigentümer sind in einer Aufklärungsversammlung über das Verfahren informiert worden.
- Das Verfahren ist auf die Inanspruchnahme ländlicher Grundstücke in großem Umfang gerichtet.

7.) Die Unternehmensflurbereinigung konnte bereits angeordnet werden, obwohl zuvor nicht versucht worden war, die für den Straßenbau notwendigen Flächen freihändig zu erwerben.

8.) Auch innerhalb einer Unternehmensflurbereinigung muß zunächst versucht werden, das benötigte Land für die Umgehungsstraße freihändig zu erwerben. (Bisher konnten ca. 15 ha der notwendigen 26 ha Straßenfläche angekauft werden!)

9.) Die mit dem Flurbereinigungsbeschluß vom 12.12.1984 gleichzeitig angeordnete Regelflurbereinigung ist ebenfalls rechtens. Dies hatte bereits das Flurbereinigungsgericht in seinem Urteil festgestellt.

Nachdem die Rechtmäßigkeit des Flurbereinigungsbeschlusses zur Einleitung der Flurbereinigung Mayen-Süd durch das Bundesverwaltungsgericht festgestellt ist, wird das Kulturamt die Arbeiten, die während des laufenden Gerichtsverfahrens vorübergehend ruhten, wieder aufnehmen.

### **Heranziehung der Empfänger von Massegrundstücken zu Beiträgen nach § 19 FlurbG**

von Landwirtschaftsdirektor Gerhard Meyer, Trier

Nr. 8 der VV vom 14.10.1988 (MinBl. S 501) bestimmt, daß die Ausführungskosten zuwendungsfähig sind, die die Teilnehmergeinschaft nach Abzug der besonderen Deckungsmittel - z.B. Mehrerlöse nach § 52 FlurbG, Erlöse nach § 46 FlurbG - zu tragen hat. Die Erlöse aus der Verwertung der Massegrundstücke nach § 47 FlurbG gelten hingegen voll als Eigenleistung, also als Beitrag nach § 19 FlurbG.

Die Berechnung der abzusetzenden Summen der Mehrerlöse und Erlöse erscheint unproblematisch, tatsächlich ist das aber nicht der Fall, da von den Roherlösen zunächst die Beiträge gemäß § 19 FlurbG abzusetzen sind.

Die Berechnung der Flurbereinigungsbeiträge aber ist dem Grunde und der Höhe nach nicht eindeutig geklärt.

Vom Kulturamt wird bei der Oberen Flurbereinigungsbehörde ein Antrag auf Erhöhung des Finanzierungsplanes vorgelegt. Die Erhöhung wird u.a. mit Verlusten bei der Verwertung von Masseland begründet. Dabei ergibt sich, daß das Kulturamt in den Übergabeverhandlungen mit den Empfängern von Massegrundstücken bzw. im Flurbereinigungsplantext die Massegrundstücke aus §47 FlurbG zur Gänze und aus §§ 46 und 52 FlurbG zur weit überwiegenden Anzahl der Grundstücke von Flurbereinigungsbeiträgen im Verhältnis zu den Landempfängern ganz freigestellt hat.

Von den erzielten Erlösen bzw. Mehrerlösen der Massegrundstücke nach §§ 46 bzw. 52 FlurbG hat das Kulturamt die durchschnittlich auf 1 ha Rebfläche entfallende Eigenleistung, und zwar bare Eigenleistung und Darlehen, in Abzug gebracht. Auf diese Weise sind die zugeteilten Massegrundstücke dann doch zu den Flurbereinigungsbeiträgen pauschaliert - nach Fläche und nicht nach Wert - herangezogen worden.

Diese Handhabung führt dazu, daß die ohnehin hohen Verluste aus der Masselandverwertung nach § 52 FlurbG nochmals erheblich vergrößert und den zwendungsfähigen Ausführungskosten angerechnet werden. Der gleiche Effekt entsteht bei den von den Ausführungskosten abzusetzenden Erlösen aus den Massegrundstücken nach § 46 FlurbG.

Von dem Erlös des Masselandes aus § 47 wurde hingegen kein Flurbereinigungsbeitrag gemäß § 19 Abs. 1 FlurbG in Form der baren Eigenleistung und der Darlehen abgezogen.

Da die Erlöse bzw. Mehrerlöse der Massegrundstücke nach den §§ 46 und 52 FlurbG von den Ausführungskosten abzusetzen sind, mindern diese den Betrag an öffentlichen Mitteln. Soweit von den Erlösen zunächst Flurbereinigungsbeiträge in Abzug gebracht werden, erhöht sich der Bedarf an öffentlichen Mitteln dementsprechend. Es stellt sich daher die überaus wichtige Frage, inwieweit die Massegrundstücke neben den Geldausgleichen zu den Flurbereinigungsbeiträgen heranzuziehen sind. Da die im vorliegenden Fall durchgeführte Verfahrensweise zu erhöhtem Bedarf an öffentlichen Mitteln führt, könnte eine fehlerhafte Entscheidung bei Prüfung durch den Rechnungshof durchaus ernste Folgen haben.

Wir haben deshalb versucht, das Problem gründlich zu prüfen, kommen aber leider, wie nachfolgend dargelegt, zu keinem eindeutigen Ergebnis:

Zunächst sei die VV vom 03.03.1982 (MinBl. S. 225, 337; 1987 S. 414) - Verwendung und Zuteilung des in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigten Landes - herangezogen. Diese VV unterscheidet für das anstehende Problem 2 Fallgruppen:

1. Die Zuteilung von Masseland nach Nr. 2.1, das in der Regel schon durch den Flurbereinigungsplan zugeteilt werden soll, bezieht sich ausschließlich auf das nach § 52 FlurbG erworbene Land, nicht aber auf das nach §§ 46 und 47 FlurbG entstandene Masseland.

Für das nach Nr. 2.1 zugeteilte Masseland haben die Übernehmer der alten Grundstücke gemäß Nr. 4.1 nach dem Wert der neuen Grundstücke die Flurbereinigungsbeiträge nach § 19 FlurbG zu leisten. Die Massegrundstücke nehmen an der Ausgleichshebung teil.

2. Die Zuteilung von Masseland nach Nr. 2.2, das durch Nachtrag zugeteilt wird, bezieht sich auf das nach den §§ 46, 47 und 52 FlurbG entstandene Masseland. Für die nach Nr. 2.2 zugeteilten Massegrundstücke gilt, daß die festgesetzten Geldausgleiche auch die anteiligen Flurbereinigungsbeiträge nach § 19 FlurbG enthalten. Die so zugeteilten Massegrundstücke nehmen an der Ausgleichshebung hingegen nicht teil.

Nach der o.g. VV und dem Schreiben des MLWF vom 20.04.1989 - 744 - 50.00 - muß deshalb im Flurbereinigungsplan für diese Massegrundstücke der "pauschalierte" Flurbereinigungsbeitrag festgesetzt werden.

Letztlich beinhaltet Nr. 4.2 der Verwendungs-VV, daß neben den Massegrundstücken aus § 52 FlurbG auch die Massegrundstücke aus §§ 46 und 47 FlurbG beitragspflichtig sind.

Unseres Erachtens gibt es in bezug auf die Beitragsgestaltung keine sachliche Begründung, daß zwischen der Masselandverwertung nach Nr. 2.1 und 2.2 der Verwendungs-VV mit den entsprechenden sehr unterschiedlichen Beitragsfolgen in den Nrn. 4.1 und 4.2 differenziert wird.

Die Verwertung nach Nr. 2.1 könnte ebenso schon das Masseland aus den §§ 46 und 47 FlurbG umfassen, denn auch diese Werteinheiten bzw. Flächen stehen bei Fertigstellung des Flurbereinigungsplanes bereits fest und dürften demnach keine unterschiedliche Behandlung zu den Massegrundstücken aus § 52 FlurbG erfahren.

Andererseits erfahren die Massegrundstücke aus § 52 FlurbG eine unterschiedliche Behandlung, je nach dem, ob sie im Flurbereinigungsplan oder im Nachtrag verwertet werden. Die ist u.E. aber nicht begründbar, da die Durchführung der Verwertung im Flurbereinigungsplan oder im Nachtrag reiner Zufall ist. Nach Nr. 4.2 sind die Massegrundstücke nach § 46, 47 und 52 FlurbG sämtlich beitragspflichtig.

Dem steht Nr. 8 der VV vom 14.10.1988 (MinBl. S. 501) entgegen, nach der der ungeschmählerte Erlös aus Masseland nach § 47 FlurbG als Eigenleistung zu werten und demnach auch nicht von den Ausführungskosten abzusetzen ist. Des weiteren könnte man aus Nr. 8, Satz 1 der o.g. VV (Erlöse nach § 46 Satz 3 FlurbG sind von den Ausführungskosten abzusetzen) entnehmen, daß auch die Massegrundstücke nach § 46 FlurbG beitragsfrei zu stellen sind. Die Freistellung von Flurbereinigungsbeiträgen der Massegrundstücke nach §§ 46 und 47 erhöht natürlich die Beitragshöhe für die übrigen beitragspflichtigen Abfindungsgrundstücke.

Hinzu kommt, daß nach Nr. 2.2.1 und 4.2 der Verwendungs-VV die Massegrundstücke unterschiedslos zu Beiträgen nach § 19 FlurbG heranzuziehen sind, allerdings an der Ausgleichshebung nicht teilnehmen (Erlaß vom 20.04.1989 - 744 - 50.00 -).

Mit den angezogenen Verwaltungsvorschriften ist das Problem der Beitragsgestaltung betreffend Massegrundstücke also offenbar nicht zu lösen.

Sofern man auf die gesetzliche Grundlage des § 19 FlurbG zurückgreift, ist die Angelegenheit eindeutig geregelt, als die Teilnehmer nach dem Verhältnis des Wertes ihrer neuen Grundstücke die Beiträge zu leisten haben, wobei die Empfänger von Massegrundstücken erst nach Eintritt des neuen Rechtszustandes Teilnehmer und damit beitragspflichtig werden.

Wir legen dies so aus, daß die Massegrundstücke nach §§ 47, 47 und 52 FlurbG unterschiedslos und uneingeschränkt beitragspflichtig sind und auch an der Ausgleichshebung teilnehmen. Jedenfalls gibt das Flurbereinigungsgesetz zu dieser Frage sonst an keiner Stelle etwas her oder regelt und differenziert gar Gegenteiliges, mit Ausnahme des § 46 FlurbG, der bestimmt, daß der Erlös des zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigten Landes zur Deckung der Kosten der Verbesserung zu verwenden ist.

Wir schließen daraus, daß die Flächen und Werteinheiten der Massegrundstücke aus § 46 FlurbG zu Lasten der übrigen beitragspflichtigen Werteinheiten beitragsfrei zu stellen sind und der Verwertungserlös ungeschmälert von den Ausführungskosten abzusetzen ist. Zu diesem Ergebnis kommt man auch durch die Überlegung, daß die mit erheblichen öffentlichen Mitteln herbeigeführte Verbesserung von Teilen des Flurbereinigungsgebietes die Eigenleistung bereits von den Werteinheiten vor der Aufbonitierung zu tragen ist und darüber hinaus auch ohne Aufbonitierung zu tragen wäre. Die durch Aufbonitierung künstlich geschaffenen Werteinheiten sind somit beitragsfrei bezüglich Kosten- und Wegebeitrag.

Bestärkt werden wir in dieser Auffassung durch die weitere Überlegung, daß die Werteinheiten aus der Aufbonitierung nur als Mehrabfindung zugeteilt werden können, also auf freiwilliger Basis. Dabei ist der Erwerbspreis mit dem Landempfänger auszuhandeln. Es kann dabei der Fall eintreten, daß aufgrund des allgemein rückläufigen Niveaus der Grundstückspreise nur ein geringer Erlös erzielt werden kann. Bei Abzug eines pauschalierten Flurbereinigungsbeitrages kann dann der Fall eintreten, daß der Flurbereinigungsbeitrag den Erlös übersteigt, letztlich also ein Verwertungsverlust eintritt, der den zuwendungsfähigen Ausführungskosten zuzurechnen ist und wiederum mit öffentlichen Mitteln gefördert wird. Dieses Ergebnis ist aber völlig unakzeptabel, denn wenn bei der Aufbonitierung ein Verlust entstehen kann, wäre es aus haushaltsmäßiger Sicht günstiger auf eine Aufbonitierung von vorne herein zu verzichten.

Wir plädieren daher für eine generelle Beitragsbefreiung der Massegrundstücke aus § 46 FlurbG zu Lasten der übrigen beitragspflichtigen Wertein-

heiten und die ungeschmälerte Absetzung des Verwertungserlöses von den Ausführungskosten.

Möglicherweise steht dem aber § 19 FlurbG entgegen. Bezüglich der Massegrundstücke aus § 47 FlurbG ist es aus haushaltsmäßiger Sicht ohne Belang, ob man diese Massegrundstücke beitragspflichtig oder beitragsfrei stellt, denn die Erlöse aus Land nach § 47 FlurbG sind auf jeden Fall voll als Eigenleistung zu werten und die vom Gesamtverfahren aufzubringende Eigenleistung bleibt dadurch unverändert und auch die Höhe des Bedarfs an öffentlichen Mitteln wird nicht beeinflusst.

Wir würden es sogar für schädlich halten, die Massegrundstücke nach § 47 FlurbG beitragspflichtig zu stellen, denn dann könnte der Fall eintreten, daß die Beiträge die Erlöse übersteigen und als Verlust den zuwendungsfähigen Ausführungskosten zuzurechnen wären, was einen erhöhten öffentlichen Mittelbedarf nach sich zöge.

Bezüglich der Massegrundstücke aus § 52 FlurbG wird der Auffassung, daß diese unabhängig vom Zeitpunkt (Verfahrensstadium) des Erwerbs und der Verwertung beitragspflichtig zu stellen sind, sei es, daß sie an der Ausgleichshebung teilnehmen (Nr. 4.1 Verwendungs-VV), sei es, daß für sie ein Beitrag nach besonderem Maßstab (§ 19 Abs. 1 Satz 2, Halbsatz 2 FlurbG) im Flurbereinigungsplan festgesetzt wird.

Die Massegrundstücke können nur mit Zustimmung des Landempfängers zugeteilt werden. Es können deshalb nur die Verwertungspreise auf dem Verhandlungswege erzielt werden, die die Interessenten zu zahlen bereit sind. Dabei werden die Interessenten in ihren Geboten den Erwerbspreis und den zu zahlenden Flurbereinigungsbeitrag im untrennbaren Zusammenhang sehen, d.h., wenn die Landempfänger mit den nach § 54 FlurbG zugeteilten Werteinheiten beitragspflichtig gestellt werden und damit auch an der Ausgleichshebung teilnehmen, was aus unserer Sicht, wie dargelegt, nur für Massegrundstücke aus § 52 FlurbG der Fall sein kann, werden sie für den Geldausgleich ein entsprechend geringeres Gebot abgeben.

Werden die Massegrundstücke aus Sicht des Bieters von den Flurbereinigungsbeiträgen freigestellt, weil sie bereits im Geldausgleich enthalten sind, werden Bieter bereit sein, ein höheres Gebot abzugeben. Welche Verfahrensweise aus der Sicht der Teilnehmergemeinschaft günstiger ist, ist nicht generell bestimmbar, das trifft auch für die öffentliche Hand zu, da wegen der Zuwendungsfähigkeit der Verwertungsverluste bzw. der Absetzungspflicht von Verwertungsgewinnen der Einsatz öffentlicher Mittel erheblich tangiert wird.

Es stellt sich die Frage, der richtigen Bemessung der Flurbereinigungsbeiträge. Im eingangs erwähnten Fall hat man die durchschnittliche Eigenleistung je Hektar Rebfläche als Beitragsmaßstab gewählt, also die Werteinheiten nicht berücksichtigt. Bei 3 ha Rebfläche aus § 46 FlurbG ergibt sich bei einer durchschnittlichen Eigenleistung (bare Eigenleistung und öffentliche Darlehen) von DM 50.000,-- je Hektar Rebfläche bei Verwertung nach Nr. 2.2.1 der Verwendungs-VV eine im Flurbereinigungsplan festzusetzende Eigenleistung von DM 150.000,--.



Die Gegenrechnung über die in dieser Fläche enthaltenen Werteeinheiten ergäbe aber nur eine Eigenleistung von DM 90.000,--.

Die pauschalierte Absetzung der Eigenleistung nach Fläche von den Roherlösen aus Massegrundstücken nach § 46 FlurbG ergäbe also einen Mehrbedarf von DM 60.000,-- öffentlichen Mitteln, gegenüber einer pauschalierten Absetzung nach Werteeinheiten.

Des weiteren stellt sich die Frage, ob die öffentlichen Darlehen in voller Höhe für Zwecke der Berechnung der Flurbereinigungsbeiträge herangezogen werden können.

Es bleibt abzuwarten, wie das sehr praktische Problem der richtigen Behandlung von Erlösen nach §§ 46, 47 und 52 FlurbG letztlich im Finanzierungsplan mit seinen weitreichenden Folgen, auch im Hinblick auf § 86 LBG, gelöst wird.

## Grenzüberschreitende Regionalplanung

Bericht über die "Interregionale Tagung Wallonie -  
Rheinland-Pfalz in Bévercé (Malmedy), 13. - 15.6.1989

von Regierungsdirektor Wolfram Kraffert, Worms/Brüssel

Die positive Entwicklung der Zusammenarbeit in der EG eröffnet auch neue Perspektiven für die Raumordnung im grenznahen Bereich. In dieser Hinsicht hat eine gewisse Vorreiterrolle die belgische Region Wallonien übernommen. Im Zuge der Entwicklung eines "Regionalplans für Raumordnung und Städtebau", der die großen Linien der zukünftigen Entwicklung von Wirtschaft und Raumordnung in Wallonien weitblickend und ausgewogen festlegen soll, wurde vom "Ministerium der Region Wallonien" verfügt, diese Planung mit den benachbarten Regionen und Ländern zu koordinieren.

Zu diesem Zweck veranstaltet Wallonien eine Reihe von Tagungen, bei denen Sachverständige aus Verwaltung, Politik, der Hochschulen und von privaten und öffentlichen Körperschaften raumordnerische Probleme von grenzüberschreitender Bedeutung darstellen und Lösungswege erörtern. Dabei stehen drei Gesichtspunkte im Mittelpunkt:

- Problemanalyse von raumordnerischen Vorhaben, die die benachbarten Länder gemeinsam berühren, wobei Übereinstimmungen und Unterschiede herausgestellt werden sollen;
- die Möglichkeit der Übertragung von Verfahren und Erfahrungen auf dem Gebiet der Raumordnung soll untersucht werden;

- die Möglichkeit für Austausch und Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg soll geprüft werden.

Nach Tagungen dieser Art mit der Region Champagne-Ardenne, mit Lothringen und mit dem Großherzogtum Luxemburg fand jetzt zum ersten Mal ein grenzüberschreitendes Seminar mit Vertretern von Rheinland-Pfalz statt, und zwar vom 13. bis 15. Juni in Bévercé bei Malmedy.

Dem Charakter eines ersten konkreten Gedankenaustausches entsprechend war der Themenkreis dieser Tagung einerseits noch allgemein, zum andern weitgesteckt. Neben einer Darstellung der Wirtschafts- und Bevölkerungsstrukturen von Wallonien und Rheinland-Pfalz zur gegenseitigen "Vorstellung" der Tagungspartner waren Hauptthemen: Fremdenverkehr in seinen verschiedenen Aspekten für Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung sowie Umwelteinflüssen; Naturparke (Erfahrungen und Perspektiven); ländlicher Raum und regionale Strukturpolitik; Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich, und zwar einmal aus der Sicht einer Industrie- und Handelskammer und einmal aus der Sicht von Kommunalvertretern; schließlich: Bedeutung föderaler Struktur in Europa und ihre Auswirkungen auf die angesprochene Problematik.

Die Diskussionen zu den genannten Themen zeigten, daß sich hier ein bedeutsames, aber weitgehend unerschlossenes Feld auftut, für dessen Problemlösungen angesichts 1992 nur wenig Anlaufzeit bleibt.

Im Spannungsfeld von Konkurrenz und gegenseitigem Aufeinanderangewiesensein ist eine Vielzahl von Gegenständen erkennbar, die sich für eine gemeinsame Erarbeitung anbieten.

Ein interessanter Gesichtspunkt, der aber erst ansatzweise zum Ausdruck kam, ist die Rolle, die der ländlichen Bodenordnung - bei uns über § 86 Abs. 1 FlurbG - als operatives Mittel für die Verwirklichung von Regionalplänen zukommen könne; Neue Funktionen der Flurbereinigung, an die noch zu wenig gedacht wird.

Man darf gespannt sein, welche Entwicklung die hier gefundenen Ansätze nehmen werden. Alle Tagungsteilnehmer waren sich darüber einig, daß der von der Verwaltung der Region Wallonien eingeschlagene Weg fortgesetzt werden muß.

## Bodenerosionen

von stud. Verm. Corinna Bastian, Mainz\*)

### 1. Begriffsbestimmung

"Unter Bodenerosionen werden alle jene Erscheinungen der Abtragung (Erosion, Denudation und Akkumulation) verstanden, die den Haushalt der Landschaft über ein naturbedingtes Maß hinaus verändern. Sie werden vom Menschen ausgelöst und meist durch Wasser oder Wind bewirkt (Abspülung und Auswehung)."

Erosion und Denudation unterscheiden sich dadurch, daß man unter Denudation die flächenhafte und unter Erosion die linienhafte Abtragung versteht. Akkumulation dagegen ist die Anlandung des abgetragenen Bodenmaterials.

### 2. Bodenerosion durch Wasser

#### 2.1 Auslösende Faktoren

##### 2.2.1 Niederschlag

Besonders erosionswirksam sind Stark- und ergiebige Dauerregen. Sie treten besonders im Juni/Juli auf. Ebenfalls wichtig ist die kinetische Energie der Regentropfen, da bei Boden mit geringer Strukturstabilität die Krümel zerschlagen werden und somit leichter weggeschwemmt werden können.

Auch die Schneeschmelze kann in einigen Gebieten erosionsauslösend sein, da der noch gefrorene Boden das Wasser nicht aufnehmen kann und es so zum starken Abfluß von Oberflächenwasser kommt.

##### 2.2.2 Boden

Die Erosionsgefährdung der verschiedenen Böden ist unterschiedlich und hängt von ihren Eigenschaften ab. Von besonderer Bedeutung sind:

#### \* Korngrößenzusammensetzung

Hier kann man sagen, je höher der Anteil von feinkörnigen Bestandteilen ist, desto größer ist die Erodierbarkeit.

-----  
\*) Seminarvortrag im 6. Semester an der Fachhochschule Rheinland-Pfalz, Abt. Mainz I, FB Vermessungswesen, Neuordnung des ländlichen Raumes

- \* Anteil organischer Substanz  
Je größer dieser Anteil ist, desto geringer ist die Erosionsanfälligkeit.
- \* Aggregatgefüge  
Durch guten Zusammenhalt der Bodenteilchen und zunehmende Größe der Aggregate wird der Boden widerstandsfähiger gegen Erosion.
- \* Wasserleitfähigkeit  
Wenn das Wasser unterirdisch schnell abgeleitet werden kann, wird die Erosion gemindert.
- \* Oberflächenstruktur und Bodenfeuchte  
Ein trockener verkrusteter Boden kann Wasser nur schlecht aufnehmen, so daß es eher zu Bodenerosion durch abfließendes Oberflächenwasser kommt, als bei einem aufgelockerten leicht feuchten Boden. Bei zunehmender Nässe steigt aber auch hier wieder die Erodierbarkeit.

### 2.2.3 Relief

Die erosionsbestimmenden Faktoren des Reliefs sind:

- \* Hangneigung  
Je stärker die Hangneigung, desto größer wird die Schleppkraft des Wassers und somit die Erodierbarkeit.
- \* Hanglänge  
Der Einzugsbereich des Wassers wird mit zunehmender Hanglänge größer und somit auch die Wassermenge und die Abflußgeschwindigkeit. Bei Böden mit guter Wasseraufnahmefähigkeit besteht jedoch bei einem längeren Hang die Möglichkeit, mehr Wasser aufzunehmen.
- \* Hangform  
Man unterscheidet verschiedene Hangformen, bei denen die stärksten Erosionszonen an jeweils unterschiedlichen Stellen liegen, je nachdem wo der Hang am stärksten geneigt ist.

### 2.2.4 Bodenbewirtschaftung

Die Art des Pflanzenbaus, v.a. die jahreszeitliche Abfolge der Bodenbedeckung beeinflussen die Erosionsanfälligkeit des Bodens.

Eine geschlossene Pflanzendecke bietet einen sehr guten Erosionsschutz, da die Regentropfen durch die Blätter abgebremst werden und so an kinetischer Energie verlieren. Außerdem werden durch die Wurzelmasse die Bodenteilchen zusammengehalten.

Neben der Bodenbedeckung ist auch die Bearbeitungsrichtung für die Erosionsgefährdung von Bedeutung. Durch Bearbeitung quer zum Hang, Terrassierung und Streifennutzung, d.h., es werden wechselweise erosionsgefährdete und erosionsvermindernde Pflanzen angebaut, wird die Erosion abgeschwächt.

### 2.3 Folgen der Bodenerosion durch Wasser

Die Folgen der Bodenerosion sind:

- \* Verletzung, Entwurzelung und Verschmutzung von Kulturpflanzen.
- \* Tiefe Erosionsrinnen erschweren die Befahrbarkeit der Äcker.
- \* Die Verluste des durchwurzelbaren Bodens vermindern das Wasserspeicher- und Filtervermögen.
- \* Der Boden verarmt an Humus und Pflanzennährstoffen.
- \* Die Erträge werden vermindert.
- \* Gräben, Wege und Gewässer werden verschmutzt.
- \* Das Bodenprofil wird verändert. Im Hangbereich wird das fruchtbare Material abgeschwemmt und am Hang wird der Boden flachgründig. Da v.a. die feinen Korngrößen weggeschwemmt werden, verschiebt sich die Korngrößenverteilung. Eine zunehmende Uneinheitlichkeit des Bodens ist die Folge.

### 2.4 Verminderung der Erosion

Die Faktoren, die für die Stärke der Erosion verantwortlich sind, können durch verschiedene Maßnahmen günstig beeinflusst werden.

#### 2.4.1 Maßnahmen durch den Landwirt

- \* Durch die Verbesserung der Bodenstruktur kann die Wasseraufnahmefähigkeit verbessert werden.
- \* Durch die Förderung der Bodenbedeckung wird der Boden vor dem Niederschlag geschützt.
- \* Durch Erosionsschutzmaßnahmen wird das abfließende Oberflächenwasser, z.B. durch Getreidestreifen oder Nutzung in Streifen mit verschiedenen Früchten, gebremst.

#### 2.4.2 Maßnahmen der Flurbereinigung

Die Schaffung eines neuen Wege- und Gewässernetzes bietet sehr viele Möglichkeiten, die Erosion zu vermindern. Gleichzeitig müssen hier aber auch immer die Ziele der Flurbereinigung aus landwirtschaftlicher Sicht beachtet werden, also die Schaffung großer Grundstücke, die eine rationelle Bewirtschaftung ermöglichen.

Der Flurbereinigung bieten sich folgende Möglichkeiten:

\* **Förderung der Querbewirtschaftung**

Da durch die Festlegung der Längsseiten der Grundstücke bei der Neueinteilung meist auch gleichzeitig die Furchenrichtung bestimmt wird, kann in der Flurbereinigung hierauf Einfluß genommen werden.

Es muß beachtet werden, daß die erosionshemmende Wirkung nur bis ca. 8% Geländeneigung zunimmt und mit zunehmender Steigung danach wieder zurückgeht, da dann das Wasser leichter durchbrechen kann. Gleichzeitig wird auch für den Landwirt die Bearbeitung in Querrichtung mit zunehmender Steigung immer schwieriger, gefährlicher und auch durch die Notwendigkeit von anderen Maschinen immer teurer.

\* **Günstige Gestaltung der Grundstückslänge in Gefällsrichtung**

Der Bodenabtrag wird geringer bei kürzeren Grundstücken. Deshalb kann je nach Geländeneigung die Grundstückslänge variiert werden. Bei sehr steilem Gelände könnte dies zu sehr kurzen Grundstückslängen führen oder eine Querbewirtschaftung notwendig machen. Das letztere wird häufig von den Landwirten abgelehnt, da die Felder dann nur mit mehr Geld- und Zeitaufwand bewirtschaftbar werden.

\* **Unterteilung der Hänge**

Zur Unterteilung der Hänge stehen verschiedene Möglichkeiten zur Auswahl, die aufgrund der jeweiligen Umstände zum Erosionsschutz herangezogen werden können. Durch die im folgenden genannten Maßnahmen soll das Wassereinzugsgebiet verringert werden und somit die Erosionsfähigkeit des abfließenden Oberflächenwassers.

\* **Böschungen und Terrassierung**

Durch die Neuanlage bzw. die Einbindung bereits bestehender Böschungen kann ein erosionsgefährdeter Hang unterteilt werden. Sie sollten so in die Planung mit einbezogen werden, daß sie quer zum Wasserabfluß und längs zur Bearbeitungsrichtung liegen. Liegen diese Böschungen dicht hintereinander, so können auf diese Weise Terrassen entstehen.

\* **Pflanzstreifen**

Der Hang kann durch Sträucher mit einzelnen Bäumen quer zum Gefälle unterteilt werden. Sie werden oberhalb von gefährdeten Hangteilen angelegt oder dort, wo ein großes Wassereinzugsgebiet abgeriegelt werden soll.

- \* Gürtelwege

Auch quer zum Hang verlaufende Wege mit leichtem Gefälle können zur Unterteilung der Hänge verwendet werden. Durch einen Seitengraben auf der Bergseite kann Oberflächenwasser ohne Schäden abgeleitet werden.

- \* Erhöhung der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens für Niederschlagwasser

In der Flurbereinigung können auch Maßnahmen durchgeführt werden, die den Abfluß des Wassers im Boden beschleunigen. Hierzu gehören die Beseitigung von Untergrundverdichtungen, Dränung und die Anlage von Sickermulden und -gruben.

### 3. Bodenerosion durch Wind

#### 3.1 Auslösende Faktoren

Faktoren, die zur Erosion durch Wind führen, sind:

- \* Bodenbedeckung
- \* Art des Bodens
- \* Stärke des Windes
- \* vorausgegangene Witterung
- \* Relief

Besonders stark tritt Erosion auf feinkörnigen, leicht ausgetrockneten Böden auf, die durch eine Pflanzendecke nur mangelhaft geschützt sind. Auf den Kuppen und dem Wind zugekehrten Hängen wird der Boden am stärksten geschädigt. Zusätzlich kann durch die Düsenwirkung, die durch Bebauung, Bewuchs oder die Geländeform entsteht, eine weitere Verstärkung hervorgerufen werden.

#### 3.2 Entstehende Schäden

Da bei der Winderosion vor allem die feinerdigen humosen und sandigen Bestandteile weggeweht werden, ändert sich die Bodenbeschaffenheit. Dies kann zu Ertragseinbußen führen. Durch die Freilegung von Pflanzenwurzeln bzw. die Einwehung von Pflanzen kommt es zur Schädigung oder zum Absterben der Pflanzen.

#### 3.3 Stabilisierung der Bodenoberfläche

Erosionsgefährdete Böden können durch die Landwirte durch folgende Maßnahmen, die der Stabilisierung des Bodens dienen, geschützt werden:

- \* Geschlossene Vegetationsdecke  
Z.B. durch Anbau von Zwischenfrüchten

- \* Vernetzung der Bodenoberfläche durch einen dünnen Gülleschleier, der unmittelbar nach der Saat ausgebracht wird.
- \* keine zu feine Bodenbearbeitung.

### 3.4 Windschutzanlagen

In der Flurbereinigung können bei der Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes zum Schutz gegen Bodenerosion durch Wind, Windschutzanlagen errichtet werden. So soll die Geschwindigkeit und die darauf beruhende Erosionskraft des Windes vermindert werden.

#### 3.4.1 Aufbau einer Windschutzanlage

Die Schutzpflanzungen sollten in der Mitte aus locker gruppierten Bäumen bestehen, die mit einer Höhe von 10 bis 20 m die am weitesten reichende Bremsung bewirken können. Die stärkste Bremsung wird erreicht durch Gehölze 2. Ordnung, d.h. weniger hochwüchsige Nebenbaumarten. Sträucher, Gräser und Kräuter bilden einen Mantel, der die Bodenwinde abhalten soll.

#### 3.4.2 Lage der Schutzpflanzungen

Windschutzanlagen können ihre volle Wirkung nur dann entfalten, wenn sie miteinander vernetzt werden. Als Faustregel gilt, daß die Hauptschutzstreifen in einem Abstand von 200 bis 350 m angelegt werden, und zwar etwa rechtwinklig zur Hauptwindrichtung. Senkrecht dazu sollen Querriegel errichtet werden, die jedoch einen größeren Abstand haben können. So entsteht ein rechtwinkliges System von Schutzpflanzungen.

Die Anzahl der Durchfahrtsstellen sollte möglichst gering gehalten werden zum Schutz vor einer Düsenwirkung.

In bewegtem Gelände sollten die Hauptschutzstreifen an der dem Wind zugekehrten Seite im oberen Hangbereich angelegt werden. Kämme und Kuppen, die besonders gefährdet sind, können zum besten Erosionsschutz aufgeforstet werden.

Neben der oben beschriebenen Art von Schutzstreifen mit einer Mischung aus Bäumen und Sträuchern können je nach dem Grad der Erosionsgefährdung auch Feldhecken, Waldschutzstreifen mit einer Breite von mehr als 30 m und technische Hindernisse, z.B. Zäune aus verschiedenen Materialien, Abdeckungen usw. verwendet werden.



#### 4. Schlußbemerkungen

Man kann hier erkennen, daß in der Flurbereinigung ein guter Beitrag zum Erosionsschutz geleistet werden kann. Dennoch bildet dies nur einen Teil der erforderlichen Maßnahmen, die zum vollständigen Schutz des Bodens vor der Erosion nötig sind. Der andere Teil muß durch die Landwirte beigetragen werden, deren Bewußtsein für das Problem der Bodenerosion zum Teil noch nicht sehr ausgeprägt ist. Der Landabzug für Schutzanlagen, die Erschwerisse durch die Querbewirtschaftung und die Nachteile durch Schutzpflanzungen, wie z.B. Schattenwurf, Nährstoff- und Feuchtigkeitssentzug durch Wurzeln, rufen oft eine ablehnende Haltung gegenüber diesen Maßnahmen hervor. Hier ist ein Umdenkungsprozeß notwendig. Den Landwirten müssen die Vorteile dieser Maßnahmen deutlich gemacht werden. Dies kann durch die Flurbereinigungsbehörden geschehen, die z.B. im Anhörungstermin nach § 5 die Bedeutung des Erosionsschutzes darlegen und somit den Umdenkungsprozeß weiterentwickeln und stabilisieren können.

#### 5. Literaturverzeichnis

- Oberholzer:** Die Berücksichtigung der Bodenerosion durch Wasser in der Flurbereinigungsplanung, Schr. R. d. HdB München, Heft 18 (S. 55 - 91)
- DIN 19660:** Richtlinien für Landschaftspflege im landwirtschaftlichen Wasserbau
- AID:** Vermeiden von Erosionsschäden, Heft Nr. 108/1984
- Uhling:** Flurbereinigung - Planerische Überlegungen zur Vermeidung von Bodenerosionen, Z. f. F. u. K. 1985, S. 257-264

### Agrarstrukturelle Vorplanung Freiwilliger Landtausch

- unter geänderten Rahmenbedingungen -

von Regierungsdirektor Dr. Günter Müßig, Mainz

Im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für den Zeitraum 1990 bis 1993 werden die Grundsätze für die Förderung der agrarstrukturellen Vorplanung sowie die Grundsätze für die Förderung des freiwilligen Landtausches neu gefaßt.

Die wesentlichen Änderungen - insbesondere in den Zielsetzungen - sind folgende:

### 1. Agrarstrukturelle Vorplanung (AVP)

Die agrarstrukturelle Vorplanung war durch die Bundesgrundsätze als Überörtliche Entwicklungsplanung für die Landwirtschaft konzipiert.

Heute, vor dem Hintergrund der geänderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen, ist sie nur noch unzureichend in der Lage, zeitgerechte Lösungen und Entwicklungen rasch in die Wege zu leiten. Die agrarstrukturelle Vorplanung soll nunmehr zu einem schneller greifenden Instrument werden.

Dies erfordert örtliche, zeitliche und sachliche Begrenzungen bei der Durchführung der AVP. Das heißt zum Beispiel, Beschränkung der Vorplanung auf einzelne Gemeinden oder Ortsteile, gegebenenfalls ein Verzicht auf Betriebserhebungen und Zeitgewinn durch Straffung.

Die Untersuchung muß nicht mehr umfassenden Charakter haben. Vielmehr ist eine schwerpunktmäßige Ausrichtung, zum Beispiel auf einzelbetriebliche Maßnahmen, Dorferneuerungsmaßnahmen oder Bodenordnungsmaßnahmen (insbesondere im Hinblick auf Flächenstillegungen, FELEG, Aufforstungen, Naturschutzflächen usw.) anzustreben. Allerdings soll keine Spezialisierung, d.h. Ausrichtung auf nur eine Förderungsmaßnahme erfolgen. Die Landwirtschaft und ihre mögliche Entwicklung soll immer ganzheitlich dargestellt werden.

Mit dieser Änderung der Rahmenrichtlinie des Bundes wird eine weitgehende Übereinstimmung mit rheinland-pfälzischer Handhabung der AVP seit 1976 hergestellt.

### 2. Freiwilliger Landtausch

Dem freiwilligen Landtausch - sowohl als Verfahren nach dem Flurbereinigungs-gesetz als auch auf privatrechtlicher Grundlage - kommt in Zukunft möglicherweise eine verstärkte Bedeutung zu.

Durch Flächenstillegungen, gewünschte Aufforstungen und Einstellung der landwirtschaftlichen Tätigkeit kann es örtlich und flächenmäßig zu begrenzten Problemen in der Flächennutzung kommen, die durch Tauschmaßnahmen gelöst werden können.

Nach den derzeitigen Grundsätzen werden den "Helfern" (Siedlungsgesellschaften, Landwirtschaftskammern, Bauernverbänden, Private) nur "Erfolgshonorare" gezahlt.

Dies bedeutet, daß die "Helfer" das Kostenrisiko für nicht zustande kommende Landtauschverfahren tragen.

Es besteht aber ein erheblicher Bedarf an Informationen, Aufklärung und Vorarbeiten.

Nunmehr sollen die "Vorarbeiten" gefördert werden, und zwar auch dann, wenn kein Landtausch zustande kommt. Voraussetzung für eine Kostenerstattung der Vorarbeiten ist aber, daß das Land die Vorarbeiten in Auftrag gegeben hat.

Es ist zu hoffen, daß dadurch der freiwillige Landtausch belebt werden kann.

Aber auch die Flurbereinigungsbehörden sind dazu aufgerufen, den freiwilligen Landtausch, insbesondere durch Information und Aufklärung auf breiter Basis, zu fördern.

### **Nochmals: Holzbestandsbeitrag in Waldflurbereinigungen**

Stellungnahme aus flurbereinigungsrechtlicher Sicht  
zu Friedrich: "Waldflurbereinigung" 1987, Heft 7, Seite 61 ff  
und zu Wagner: Holzbestandsbeitrag in Waldflurbereinigungen"  
1988, Heft 9, Seite 102 ff

von Ltd. Ministerialrat Herbert Staab, Mainz

Die von Friedrich herausgestellten Verbesserungen für einzelne Arbeitsabschnitte einer Waldflurbereinigung verdienen Zustimmung und Anerkennung. Soweit er sich jedoch für einen entschädigungslosen "Holzbestandsbeitrag" ausspricht, weil sonst aus Kostengründen eine Waldflurbereinigung nicht mehr zu vertreten sei, kann ihm nicht gefolgt werden. Ebenso wenig helfen die von Wagner hierzu in zum Teil abweichender Form gemachten Ausführungen weiter, weil auch er im Ergebnis einen zumindest teilweise entschädigungslosen "Holzbestandsbeitrag" für vertretbar hält und sich gegen einen generellen Ausgleich aller, in die Wegetrasse fallenden, Holzwerke - ebenfalls aus Kostengründen - ausspricht.

In rechtlicher Hinsicht ist zu den aufgeworfenen Fragen zu bemerken:

1. In der Waldflurbereinigung ist beim Austausch von Waldflächen für aufstehendes Holz - soweit möglich - Abfindung in Holzwerken zu geben (§ 85 Nr. 8 FlurbG). Zu diesem Zweck ist der Wert der Holzbestände nach den Grundsätzen der Waldwertrechnung zu ermitteln (§ 85 Nr. 4 FlurbG). § 85 FlurbG regelt nicht, was geschehen soll, soweit eine Abfindung in Holzwerken nicht möglich ist, jedoch ist der Verweis auf § 50 FlurbG (§ 85 Nr. 10 FlurbG) zu beachten.

Nach dem Wortlaut von § 50 Abs. 1 FlurbG hat der Empfänger der Landabfindung Bäume, deren Erhaltung aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege oder aus anderen Gründen geboten ist, zu übernehmen (§ 50 Abs. 1 FlurbG). Die Teilnehmergemeinschaft hat den bisherigen Eigen-

tümer in Geld abzufinden und kann von dem Empfänger angemessene Erstattung verlangen (§ 50 Abs. 2, Satz 1 FlurbG). Für die Erhaltung von Bäumen können auch landespflegerische Gründe in Betracht kommen. Für forstwirtschaftlich genutzte Bäume dürfte diese im allgemeinen nicht gelten. Hier sind auch forstwirtschaftliche Gesichtspunkte in Erwägung zu ziehen. Diese können sich aus der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes ergeben (vgl. § 1 Landesforstgesetz). Die Entfernung von Waldbäumen kann gegen das Abtriebsverbot junger Bestände (§ 21 Abs. 2 Landesforstgesetz) verstoßen und Nachbarbestände der Gefahr des Windwurfes, der Aushagerung und des Rindenbrandes aussetzen (§ 24 Abs. 1 Landesforstgesetz). Das Vorliegen derartiger Gründe ist für jeden Einzelfall besonders zu prüfen. Es ist durchaus vorstellbar, daß Gründe für die Erhaltung von Bäumen nicht vorliegen, weil es sich um hiebreife Holzbestände handelt oder um Holzbestände, die in eine freizustellende Wegetrasse fallen.

Dabei stellt sich die Frage, ob die Eigentümer solcher Bestände auf ihr Recht, sie zu entfernen, beschränkt sind und keine Geldabfindung erhalten (§ 50 Abs. 2, Satz 3 FlurbG). Bejaht man diese Frage, so hätte dies für die Waldflurbereinigung aus der Sicht der Flurbereinigungsbehörde den erwünschten Erfolg, daß in der Regel für Holzbestände in freizustellenden Wegetrassen keine Geldabfindung zu gewähren wäre; die Ausführungskosten der Waldflurbereinigung würden dadurch sinken. Hiergegen sprechen jedoch folgende rechtliche Gesichtspunkte:

- Die Beschränkung des Eigentümers auf ein Holzentfernungsrecht anstelle einer Abfindung in Holzwerten oder einer Geldabfindung wäre verfassungsrechtlich bedenklich, da der Nutzwert des nicht hiebreifen Holzes so gering sein kann, daß er wesentlich unter dem Verkehrswert bzw. den bis dahin entstandenen Kosten liegen kann.
- Der Gesetzgeber hat auch, wie sich aus der Entstehungsgeschichte des § 50 FlurbG ergibt, eine Geldabfindung für Holzbestände, deren Erhaltung nicht geboten ist, nicht ausschließen wollen.

In der Begründung zum Entwurf der Bundesregierung für das Flurbereinigungsgesetz heißt es nämlich zu den §§ 50, 51 FlurbG: "Die Vorschriften entsprechen dem bisherigen Recht" (vgl. Bundestagsdrucksache Nr. 3385, Seite 39), obwohl die bisherigen Vorschriften anders lauten. In § 55 RUO heißt es nämlich:

"Obstbäume, Wein- und Hopfenstöcke, Holzbestände, Bodenaltertümer, Kulturdenkmale sowie solche Bäume, deren Erhaltung wegen des Vogel-, Ufer- oder Naturschutzes, wegen des Landschaftsbildes oder aus anderen Gründen geboten ist, hat der Empfänger der Landabfindung zu übernehmen. Für Obstbäume, Wein- und Hopfenstöcke und Holzbestände hat die Teilnehmergeinschaft, wenn die Teilnehmer nichts anderes vereinbaren, dem bisherigen Eigentümer Abfindung in Geld zu gewähren."

- Holzbestände sind analog zu Obstbäumen, Beerensträuchern, Rebstöcken usw. zu behandeln, da die Eigentümer für diese ebenfalls erhebliche Aufwendungen gemacht haben und auf eine anderweitige Nutzung der Fläche verzichtet haben (vgl. hierzu Flurbereinigungsgericht München, Urteil vom 29.09.1961 - 44 VII 61 - RzF 50 II Seite 7, Flurbereinigungsgericht Kassel, Urteil vom 24.01.1969 - F III 61/66 - RzF 50 II Seite 31). Auch die analoge Anwendung der Regelung für unvermeidbare Mehr- oder Minderabfindung bei Holzwerten in Geld nach § 44 Abs. 3, Satz 2 FlurbG wird für möglich gehalten (vgl. Zillien "Zur Frage der Waldflurbereinigung", in Innere Kolonisation 1979, Seite 31).
- Da der Gesetzgeber die Anwendung der Grundsätze der Waldwertrechnung vorgeschrieben hat (§ 85 Nr. 4 FlurbG), steht die Beschränkung der Abfindung auf ein Entfernungsrecht damit im Widerspruch.

Es sind deshalb folgende Schlußfolgerungen zu ziehen:

1. Soweit eine Abfindung in Holzwerten nicht möglich ist, steht dem Eigentümer von Holzbeständen eine Geldabfindung zu, die nach den Grundsätzen der Waldwertrechnung zu ermitteln ist.
2. Die Abfindung mit Holznutzungsrechten in freizustellenden Wegetrassen ist in der Regel nicht als Abfindung mit Holzwerten im Sinne des § 85 Nr. 8 FlurbG anzusehen. Der Sachwertcharakter dieser Bestände ist wegen der bevorstehenden Abholzung nur beschränkt. Etwas anderes gilt allenfalls bei hiebreifen Beständen bzw. wenn der Einschlag für einen späteren Zeitpunkt festgelegt ist, zu dem der Bestand hiebreif ist.

Die Zuteilung solcher Bestände sollte nur im Einvernehmen mit den Beteiligten erfolgen (vgl. dazu auch Allnoch "Die Begründung von Holznutzungsrechten in der Flurbereinigung anstelle der Geldabfindung" in RdL 1967, S. 197, wobei jedoch zu beachten ist, daß die Verordnung zur Förderung der Nutzholzgewinnung durch das Bundeswaldgesetz vom 02.05.1975 - BGBl I, S. 1037 - aufgehoben worden ist (§ 48 Abs. 2)).

3. Der Abfindungsanspruch für Holzbestände in Wegetrassen besteht auch dann, wenn die Freistellung vor Besitzübergang erfolgt und ein Härteausgleich nach § 36 Abs. 1, Satz 3 FlurbG festgesetzt wurde.

Keinesfalls entfällt ein Abfindungsanspruch deshalb, weil zum für die Wertgleichheit der Landabfindung maßgeblichen Zeitpunkt nach § 44 Abs. 1, Satz 3 und 4 FlurbG der entfernte Holzbestand nicht mehr zu berücksichtigen sei. Dieser Zeitpunkt muß auch für die Gleichwertigkeit der Holzbestände entsprechend gelten. Ist zu diesem Zeitpunkt durch Flurbereinigungsmaßnahmen der Holzabfindungsanspruch von Teilnehmern (z.B. durch Freistellung in den Wegetrassen) verringert worden, so sind die Teilnehmer so zu stellen, als ob die Bestände nicht abgeholzt worden wären.

4. Ein Härteausgleich nach § 36 Abs. 1, Satz 3 FlurbG führt nicht zu einer Verringerung des Abfindungsanspruches. Denn dieser Ausgleich ist kein Surrogat oder Bestandteil der Abfindung, sondern nur ein Ausgleich für vorübergehende Nachteile und damit ein Sonderfall des Ausgleiches nach § 51 Abs. 1 FlurbG (vgl. Schwantag in Seehusen-Schwede, FlurbG, 4. Aufl. 1985, § 36 Rd. Nr. 20 und 21).
5. Der von Friedrich und Wagner vorgeschlagene entschädigungslose "Holzbestandsbeitrag" steht mit dem Flurbereinigungsgesetz nicht in Einklang (vgl. hier auch Schriftenreihe des BELF Reihe B: Flurbereinigung, Sonderheft Waldflurbereinigung (= Heft 13 der Schriftenreihe der Arge-Flurb) 1985, Nr. 2.4.2, 2.4.4, 2.5.2, 2.5.3 sowie Anlage 7 Seite 2, Anlage 16 Seite 2 und 3).

## Flurbereinigungsverfahren Heuchelheim-Rest

von Vermessungsdirektor Matthias Jäcklin, Neustadt

Auf Antrag der örtlichen Bauern- und Winzerschaft wurde im Frühjahr 1961 für Heuchelheim ein Flurbereinigungsverfahren mit einer Gesamtfläche von 400 ha, davon 290 ha WG, eingeleitet. Im Laufe der Zeit wurden entsprechend der, in der Pfalz üblichen, abschnittsweisen Bearbeitung nach dem von der Aufbaugemeinschaft festgelegten Aufbauplan seit 1964 die Projekte I bis IV mit einer Gesamtfläche von 386 ha, davon 216 ha WG, flurbereinigt.

Das hier näher beschriebene Restgebiet umfaßt 74 ha WG-Fläche und wurde im Frühjahr 1986 neu zugeteilt. Das Gebiet liegt westlich der Ortslage Heuchelheim und umfaßt noch einen Teil der Gemarkung Göcklingen. Beide Gemeinden gehören zur Verbandsgemeinde Landau-Land im Landkreis Südliche Weinstraße.

Das Gebiet liegt höhenmäßig zwischen 165 und 240 m über NN und weist Gefälle bis zu 20% auf.

Im Einvernehmen mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft und den übrigen Trägern öffentlicher Belange, einschließlich der Landespflegebehörde, wurde im Jahre 1984 der Plan für ein neues Wege- und Gewässernetz (Plan nach § 41 FlurbG) aufgestellt. Dieser Plan stellt das Gerüst für die spätere Zuteilung der neuen Grundstücke dar.

Als Gründe für die Neugestaltung sind zu nennen:

- a) unzureichende Erschließung
- b) unzureichende wasserwirtschaftliche Verhältnisse
- c) Besitzzersplitterung
- d) unwirtschaftliche Grundstücksformen und Geländebeschaffenheit

Die hiermit verbundenen Zielvorstellungen konnten durch die Neuplanung weitgehend realisiert werden:

Zu a) Insgesamt wurden außer den 2,5 km bereits vorhandenen zusätzlich 3 km neue Wege befestigt, so daß nunmehr fast jedes Grundstück auf einer Seite Anschluß an einen befestigten Weg besitzt.

Zu b) Ein Großteil der Flächen, insbesondere derjenigen auf Gücklinger Gemarkung, war infolge ungeordneter Wasserverhältnisse bisher stark der Erosion ausgesetzt. Dies konnte behoben werden, einmal durch Drehen der Zeilenrichtung, durch Anlegen von Vorflutern und vor allem durch Anlegen von Wasserrückhaltungen. Insgesamt wurden daher im Verfahren 6 Rückhaltebecken unterschiedlicher Größe angelegt. Die Becken wurden jeweils in Form eines Dauerstaus mit Notüberlauf errichtet.

Zu c) Im Verfahrensgebiet herrschte eine starke Besitzzersplitterung:

200 Beteiligte bewirtschafteten bisher etwa 450 Parzellen. Nach der Flurbereinigung wurden noch etwa 150 Besitzstücke ausgewiesen. Trotz stark wechselnder Güteklassen - was eine Zusammenlegung erschwert - wurde somit im Schnitt noch ein Zusammenlegungsverhältnis von 3 : 1 erreicht.

Zu d) Die neuen Grundstücke wurden generell in paralleler Form ausgewiesen. Die Längsneigung der Grundstücke beträgt noch max. 15%, die Querneigung max. 5%, so daß alle neu zugeteilten Flächen ohne Schwierigkeiten mit Maschineneinsatz bewirtschaftet werden können.

Das Verfahren aus landespflegerischer Sicht betrachtet:

Als landespflegerisch wertvoll ist das Kastanienwäldchen einschließlich der als Naturdenkmal ausgewiesenen Kastanie auf Gücklinger Gemarkung zu nennen, weiterhin die in der Biotopkartierung festgehaltene "Mord- und Fuchshohl". Die Flächen wurden erhalten und erweitert.

Als Ausgleich für Planierungsmaßnahmen und schwerem Wegebau wurde die WG-Fläche zwischen Mord- und Fuchshohl als Landespflegefläche ausgewiesen und so beide Biotope zu einem großen vereint. Weiterhin wurde dieses Biotop auch nach außen erweitert. Eine ehemalige Kirschbaumanlage und eine Ackerfläche konnten erworben und dem Kreis als Sukzessionsfläche mit 6.700 m<sup>2</sup> übergeben werden.

Alle alten, gesunden und landschaftsprägenden Einzelbäume konnten dadurch erhalten werden, daß entweder die Wege entsprechend verlegt wurden oder der Neueigentümer weder den Baum, noch die Baumfläche angerechnet bekam.

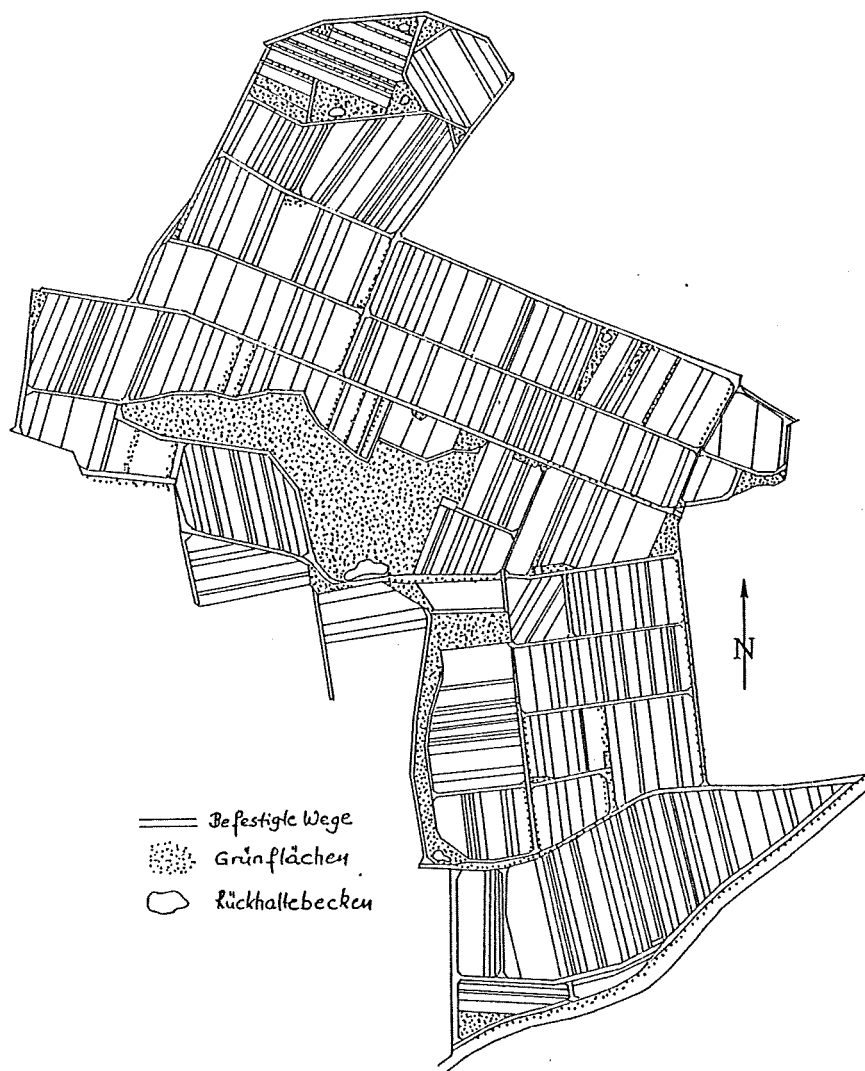
Durch Planierung entstanden mehr Böschungen, als zuvor vorhanden waren. Die Böschungen sind alle begrünt und haben Vernetzungsfunktion.

Zur Ergänzung verlorengegangener Streuobstbäume wurde eine freiwillige Obstbaumaktion durchgeführt.

Die Rückhaltebecken sind gleichzeitig als Landschaftsweiher zu betrachten, ihre Uferzonen wurden begrünt, die Umgebung mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt. Ebenso bepflanzt wurden einige in der Flurbereinigung neu entstandenen Wegegabelungen und sonstige "Grüne Inseln".

Vorgesehen ist noch die Eingrünung sämtlicher Erdwege mittels einer speziellen Gras- und Wegekräutermischung.

Insgesamt wurde an Grünflächen (ohne Graswege) ca. 30.000 m<sup>2</sup> mehr ausgewiesen, als zuvor vorhanden war. Es wurden 255 Bäume, davon 135 über die freiwillige Obstbaumaktion, und ca. 1.900 Sträucher neu angepflanzt.





## Beiträge zum Thema Relief, Boden und Gestein

### Natur und Landschaft in Menschenhand Das Weinbergsflurbereinigungsverfahren Deidesheim-Forst an der deutschen Weinstraße aus physisch-geographischer Sicht

von Gundula Nierste-Klausmann, Kelkheim/Ts.\*)

#### 1. Einleitung

Der Begriff Flurbereinigung wird für Neuordnungsmaßnahmen im ländlichen Raum verwendet. Im Vordergrund des Ordnungsinstrumentes Flurbereinigung stand zu Beginn dieses Jahrhunderts (Reichsumlegungsgesetz 1936, Reichsumlegungsordnung 1937) zunächst die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion. Dieser vorwiegend ökonomisch ausgerichtete Denkanatz in Neuordnungsverfahren war vielfach mit rücksichtsloser Ausräumung der Landschaft verbunden. Ressourcen im Naturhaushalt gingen verloren, Lebensräume für Pflanzen und Tiere waren gefährdet, nicht zuletzt bot das flurbereinigte Land dem Menschen keinen Erholungs- und Freizeitwert mehr. Am 16.03.1976 erfolgte die erforderliche Neufassung und Umformulierung des Flurbereinigungsgesetzes vom 14.07.1953. Nunmehr wurde unter dem Begriff "Förderung der allgemeinen Landeskultur" nicht nur Bodenfruchtbarkeit und Ertragssteigerung verstanden, sondern es fanden auch die ökologischen Gesichtspunkte der landwirtschaftlichen Bodennutzung ihre Berücksichtigung (BÄUMER 1977).

Als der örtliche Bauernverband der Gemarkungen Deidesheim und Forst an der Deutschen Weinstraße im Sommer 1971 den Antrag auf Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens in ihren Weinbergen stellte, schlug die zuständige Flurbereinigungsbehörde in Neustadt/Weinstraße ein beispielhaftes Untersuchungsprogramm vor, durch welches das noch nicht flurbereinigte Areal in seiner Gesamtstruktur dargestellt werden sollte. Ziel der Erfassung war es, den vorhandenen Zustand von Natur und Landschaft aufzunehmen und zu bewerten, um die Landschaftsinhalte und ihre Bedeutung für Fragen der Flurbereinigung aufzuschließen und einen Beitrag zum Entwurf eines landschaftspflegerischen Begleitplans zu leisten. Hier war die Erstellung eines wissenschaftlichen, physisch-geographischen und geobotanischen Grundlagenkataloges für einen praktischen Einsatz gefordert. Die Bestandsaufnahme nach den Faktoren Klima, Gestein, Relief, Boden, Wasser, Luft, Flora und anthropogene Einflüsse (NIERSTE 1982) erfolgte auf der Basis der angewandten konventionellen Geomorphologie, Bodenkunde und Botanik, wie sie beispielhaft von Prof. Dr. Dr. h. c. A. SEMMEL am Institut für Physische Geographie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt gelehrt wird

-----  
\*) Nach Genehmigung vom 15.11.1989 durch den Fachbereich Geowissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt nachgedruckt.

und in zahlreichen seiner Arbeiten publiziert wurde (SEMMELE 1974, 1981, 1986 u.v.m.).

Im Januar 1987 war das beantragte Flurbereinigungsverfahren im Abschnitt VI, Gemarkung Forst, abgeschlossen (Kulturamt Neustadt/ Weinstraße: 1987). Da schrittweise bereinigt wurde, konnten einzelne Winzer bereits im Herbst 1987 die erste Ernte einbringen. Ein Vergleich mit der Landschaft vor und nach dem Neuordnungseingriff soll unter physisch-geographischen Gesichtspunkten zeigen, welche Veränderungen vorgenommen wurden und welche Wirkung sie auf den Landschaftswert haben.

## 2. Physisch-geographische und geobotanische Grundzüge der Weinbauregion Deidesheim-Forst

Die Gemarkungen Deidesheim und Forst befinden sich auf der TK 1:25.000, Blatt 6515 Bad Dürkheim-Ost. Sie liegen im traditionellen pfälzischen Weinbaugebiet Mittelhaardt, ca. 10 km nördlich von Neustadt/Weinstraße (Abb. 1). Diese Region ist Bestandteil der klimatisch begünstigten Vorhügelzone im Lee des Pfälzer Waldes und der Haardt mit 14,3°C Jahresdurchschnittstemperatur und 500 mm Niederschlag im Jahresmittel.

Die Vorhügel werden im Bereich des Planungsraumes im Westen durch den bewaldeten Haardtgebirgsanstieg, im Norden durch das Margarethen-Tal, im Osten durch den Bebauungsrand der Gemeinde Forst und im Süden durch den Winters-Bach begrenzt. Der Übergang zum Haardtgebirge ist mit einer steilen Geländestufe bei ca. 200 m NN verbunden, während sich der östliche Übergang (ca. 120 m NN) zum Vorderpfälzischen Tiefland fließend gestaltet. Das Gelände wird durch das Winters- und Margarethen-Tal zerschnitten und gegliedert. Die Hang- und Teilbereiche bestimmen das Geländeklima innerhalb des großräumigen Klimageschehens des Vorderpfälzer Berg- und Hügellandes am westlichen Rand des Vorderpfälzer Tieflandes.

Das Winters- und Margarethental sind die vorrangigen Abflußbahnen der vom Bergland kommenden Luftströme, jedoch sammelt sich nächtliche Kaltluft auch in den Dellen, kleineren Mulden und Rinnen (SEITZ 1977). Sie fließt zur Forster Niederung hin ab. Die erhöhten Hangbereiche erfahren dadurch eine geringe Abkühlung, so daß lokale Inversionen die Folge sind. Das bedeutet aber auch gleichzeitig eine positive Beeinflussung der mittleren Hanglagen, denn die tiefen Temperaturen der Niederung und die durch erhöhte Sonnenscheindauer wärmeren Hänge verzögern die Temperaturabnahme, besonders im Mittelhangbereich. Das senkrecht zum Winters-Tal stehende Strassendorf Forst bewirkt einen negativen Rückstau der Kaltluftmassen; dagegen sorgt das Margarethen-Tal für eine ausreichende Ventilation bis in das Vorderpfälzische Tiefland.

Um den Aufbau der Landschaft besser verstehen zu können, soll zunächst kurz die Reliefgenese dargestellt werden. Wesentliches Kriterium der Landschaftsentwicklung bleibt bis in die Gegenwart die relative Absenkung des Oberrheingrabens gegenüber der Haardttrandzone, die seit dem Altterti-

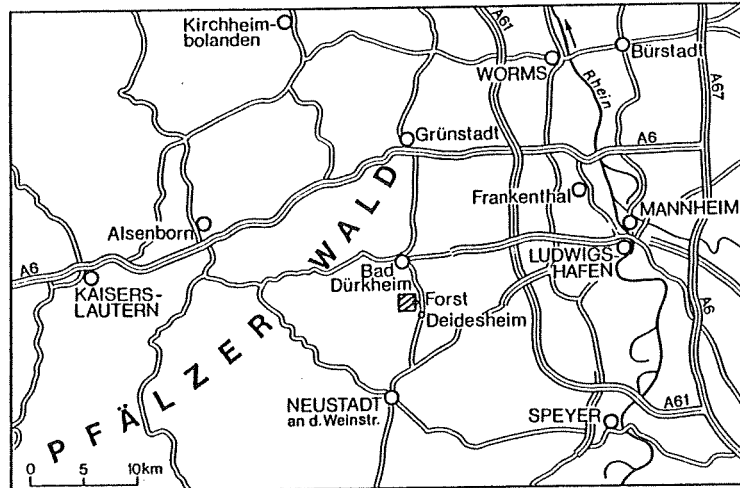


Abb.1: Lage des Weinbergsflurbereinigungsgebietes Deidesheim-Forst/Wstr.

Er, also seit mehr als 50 Mio. Jahren, andauert. In dem Übergangsgebiet zwischen innerer Grabenzone und dem westlichen Grabenrand war am Ende des Tertiärs, vor ca. 2 Mio. Jahren, eine sanft geneigte Fußfläche mit überwiegend sandiger Fazies vor der Haardt ausgebildet, die später von den Haardtflächen zerschnitten wurde (STÄBLEIN 1968). Diese tertiären Grabensedimente haben auf Standortqualitäten keinen Einfluß.

Anders verhält es sich mit dem morphologisch-harten, tertiären Riffkalkrücken (Hahnböhrer Kreuz), der im Planungsraum in markanter Weise in N-S-Richtung herauspräpariert ist und Träger eines überaus tonigen Verwitterungsbodens (Terra fusca) ist.

Das oberpliozäne Ausgangsrelief mit den Resten einer Fußfläche wirkte auf die pleistozäne Landschaftsentwicklung prägend. Unter periglazialen Bedingungen entstand die morphologische Form einer Schwemmfächerebene, mit geringmächtiger, oberflächennaher Schüttung und max. 6° Neigung. Ein größeres Gefälle von ca. 10-15° war nur örtlich im Mittelhangbereich zu verzeichnen. Das Material besteht vorwiegend aus rot-braunem Sand, Ton und groben, kantengerundeten Geröllen aus Buntsandstein und Buntsandsteinkonglomeraten des Haardtgebirges. Infolge der relativen Hebungstendenz gegenüber dem Tiefland stellte sich diese Fläche auf das Erosionsniveau der Ältest-pleistozänen Rheinterrasse ein. Der typische rötliche Farbton des Substrates deutet ebenfalls auf Ältest-pleistozäne Verwitterung hin. Sie kann daher als mindestens altpleistozäne Erosionsterrasse bezeichnet werden (NIERSTE 1982). Ihr Untergrundmaterial ist für die Standortqualitäten des größten Teils der Gemarkungen Deidesheim-Forst von ausschlaggebender Bedeutung.

Den wertvollsten oberflächennahen Untergrund stellten kleine Areale mit Löß und sandstreifigem Löß der letzten Kaltzeit, welcher vorwiegend in lokalen Lee-Lagen kleinerer Hügel oder des Riffkalkrückens zur Ablagerung kam.

Kleinräumige Standortunterschiede ergaben sich auch im Bereich der wohl würmkaltzeitlich angelegten größeren Dellen sowie des Schwemmfächers des Winters-Tales, der von dem rezenten Bach zerschnitten wurde. In den Talböden gelangten holozäne Schwemmsande zur Ablagerung, die Dellen sind größtenteils kolluvial verfüllt.

Im Zuge der Bodenentwicklung bildeten sich im Planungsraum, abhängig vom Untergrundmaterial, unterschiedliche natürliche Bodentypen, die jedoch aufgrund der jahrhundertelangen Weinbauwirtschaft mehr oder weniger stark vom Menschen überprägt wurden. 1982 konnte festgehalten werden, daß im Bereich der Erosionsterrasse und der Schwemmfächer überwiegend rein anthropomorphe Böden, also die typischen Weinbergs-Rigosole, bei denen die pedogenetischen Kennzeichen des natürlichen Bodens nicht mehr sichtbar sind, entwickelt waren. Es entstanden auch anthropomorph-lithomorphe, -klimatomorphe und hydromorphe Böden, also Mischformen, in denen die Merkmale des ursprünglichen Bodentyps als Relikt erhalten geblieben sind. Im Bereich der Lößinseln waren Parabraunerde-Rigosole oder aber deren Erosionsform, Rendzina-Rigosole, anzutreffen. Die ehemals tiefgründig entwickelte Terra fusca im Umfeld des Riffkalkrückens unterlag durch starke Profilverkürzung, infolge von Erosion, einer kräftigen sekundären Aufkalkung aus dem Bereich des liegenden Riffkalkes, dessen Gesteinsbruchstücke bei Bearbeitung in den Oberboden gelangten. Da die Zone zwischen der bewaldeten Haardt und ihren Weinbergs-Vorhügeln zumeist von einer ausgeprägten Geländestufe gekennzeichnet ist, waren aufgrund des Gefällsknicks im Übergang vom Buntsandstein und dessen Schuttdecken zur Erosionsterrasse im Einzugsbereich von Talungen örtlich Hang-Pseudogley-Rigosole entwickelt (Margarethen-Tal). Abgespülte Bodensubstanzen der erodierten Hangbereiche wurden in den Dellen, auf Hangverflachungen und am Hangfuß akkumuliert und bildeten tiefgründige, humus- und nährstoffreiche Kolluvien.

Die intensive Nutzung des Areals veränderte und beschränkte auch die Begleitflora des Weinbaus. Die Folge davon waren nutzungsbedingte Pflanzengesellschaften, deren räumliche Repräsentanz synanthrope Vegetationsformen darstellen. Die geobotanische Bestandsaufnahme vor sieben Jahren (NIERSTE 1982) faßte dieses wie folgt zusammen:

Ein wesentlicher Träger der Weinbergflora ist der Wegsaum. Er erschien zunächst von geringer Bedeutung, jedoch konnten gerade hier unzählige Kleintierarten, wie Käfer, Spinnen, Insekten, Mäuse etc. ihre ökologische Nische finden. Ähnliches galt für Biotope, die zwischen intensiv genutzten Wingerten lagen und zusätzlich vor allem dem Niederwild einen Lebensraum boten. Die Führung des Wegenetzes berücksichtigte die morphologische Geländemodellierung (Riffkalkrückens, Taleinschnitte, Schwemmfächer). Zur Überbrückung kleinerer Geländestufen wurden die Wegsäume mit Hilfe von Mauern oder Böschungen den morphologischen Gegebenheiten angepaßt. Dieses prägte in charakteristischer Weise das Landschaftsbild.

So stellten die die Weinberge gliedernden Böschungen ebenfalls Kleinstbiotope im oben genannten Sinne dar. Eine Kombination von Böschung und Mauer belebte das Artenspektrum der Pflanzen und Tiere deutlich. Mauern bildeten besonders typische Begleitbiotope. Gebüsch- und Feldgehölze boten

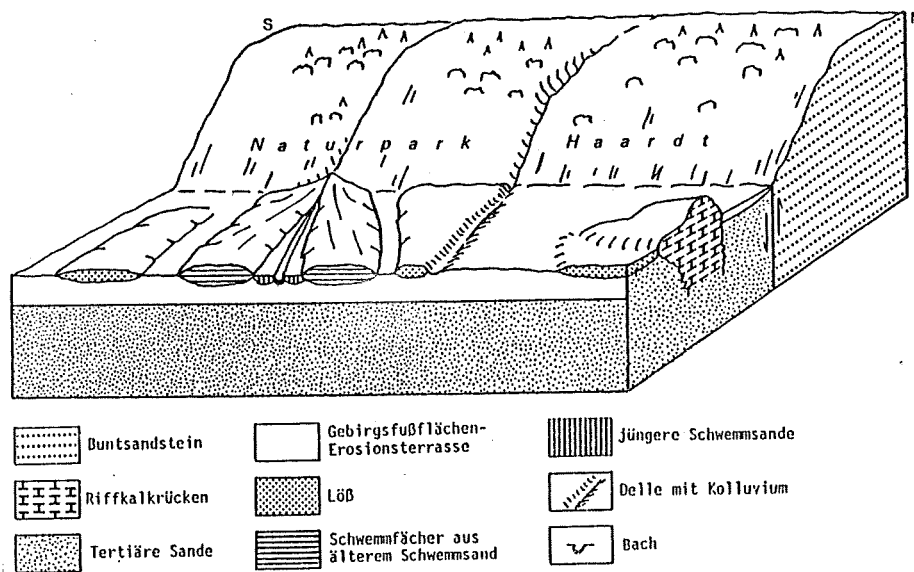


Abb. 2: Geländemodell des Verfahrensgebietes (Entwurf: Nierste-Klausmann 1989)

vor allem Deckungsschutz; sie waren gleichzeitig Brut- und Nahrungsbiotop, die sich hinsichtlich ihres Angebotes dem intensiv genutzten Kulturland weit Überlegen zeigten. Ein sehr reicher Biotop dieser Art hatte sich im Bereich des Riffkalkrückens mit seinen zahlreichen Mauern und Böschung und vielfältigen Feldgehölzen entwickelt.

Abhängig von Untergrundmaterial (Erosionsterrasse, Schwemmfächer, Löß) und Mikroklima (Mittelhang, Taleinschnitt) waren Brachen alter Rebflächen am Waldrand wertvolle, jedoch sehr unterschiedliche Übergangsbiootope zum Kulturland, so z.B. im Süden des Gebietes, wo ausgesprochen trockene, relativ nährstoffarme Bedingungen herrschen (stark sandiges Erosionsterrassenmaterial) und sich eine Trockenrasengesellschaft gebildet hatte, die sich unter anderem durch ein Steppengras auszeichnete (*Cynodon dactylon*), welches hier seine endgültige Verbreitungsgrenze in Europa erreicht (MITTELHAARDTER RUNDSCHAU 20.09.1988).

Im Norden der Gemarkung Forst entwickelte sich am Waldrand des Margarethen-Tal-Einschnittes aufgrund von Hangwasserzuzug ein sehr feuchter, nährstoffreicher, artenvielfältiger Saumbiotop. Hier sorgte der Wechsel von Wärme und Kälte, Trockenheit und Feuchte, Licht und Schatten für einen einmaligen Biotop, in dem sogar noch die stark gefährdete Zaunammer ihren Lebensraum fand.

Im mittleren Bereich des Planungsraumes war am Waldrand eine kleine Lößinsel erhalten geblieben. Auf der Brache dieses warmen, sehr nährstoffreichen, tiefgründigen Standortes hatte sich eine Halbtrockenrasengesellschaft gebildet. Es herrschte eine ausgewogene Gemeinschaft von Flora und Fauna in sichtbar biologischem Gleichgewicht. Neben seltenen und geschützten Orchideen (*Orchis militaris*, *Orchis mascula*, *Orchis purpurea*) kamen

zahlreiche geschützte Tierarten, wie rote Waldameise (*Formica rufa*), Bergeidechse (*Lacerta vivipara*), Blindschleiche (*Anguis fragilis*) und die ausserst gefährdete Smaragdeidechse (*Lacerta viridis*), vor.

Die aus der Haardt von Westen nach Osten ausstreichenden Täler schneiden sich tief am Gebirgsrand ein und laufen zur Ebene hin flach aus. Am Waldrand waren die Taleinschnitte der natürlichen Sukzession überlassen. Mit Übergang zur flacheren Gefällskurve der Bäche nahm der Anteil der Feldgehölze ab. Da am Sensenbach im Süden des Planungsraumes beispielsweise keine anthropogene Wasserführung gegeben war, durchfeuchtet der Grundwasserspiegel den engeren Talboden ständig. Bei erhöhten Niederschlägen floss das Wasser durch das Tälchen ab. So unterlag der Standort jahreszeitlich bedingten Wasserspiegelschwankungen, verbunden mit unterschiedlicher Fließgeschwindigkeit des Gewässers. Die Folge davon war die Ansiedlung einer wertvollen Röhricht- und Seggenriedgesellschaft inmitten der sommerwarmen, von Trockenheit gekennzeichneten Weinbaulandschaft.

### 3. Erhaltungswürdige Landschaftselemente des Planungsraumes

So dargestellte physisch-geographische Geländegrößen von Klima, Geologie, Relief und Boden fügten sich zu einem charakteristischen, typischen und einmaligen Landschaftsbild zusammen. Hieraus ergaben sich wesentliche, erhaltenswerte Elemente:

Die größeren Täler fungieren als Frischluftschneisen, führen Kaltluft rasch aus den Rebhängen ab und garantieren eine gute Ventilation. Es galt zu empfehlen, daß gewässerbauliche Maßnahmen keinesfalls mit übermäßiger Geländeangleichung (Verfüllung der Talsohle) verbunden sein sollten. Auch war eine möglichst naturnahe Anlage der Gewässerführung, welche beispielsweise die Einrichtung eines Feuchtbiotopes ermöglicht, wünschenswert.

Ein Großteil der Weinbauflächen lag im Bereich der Erosionsterrasse. Grundsätzlich konnte hier von mittleren Standortqualitäten ausgegangen werden. Sie unterlagen geringen Schwankungen im Nährstoffangebot, im Wasserhaushalt und in der Durchwurzelbarkeit, bedingt durch z.T. unterschiedliche Lagerungsdichte und Mächtigkeit des sandig-tonigen, örtlich schuttreichen Substrates. Bei der Flurumlegung sollte darauf geachtet werden, daß es nicht zur Abdeckung des relativ günstigen Erosionsterrassenmaterials und zur Aufdeckung der vom Nährstoff- und Wasserhaushalt weit ungünstigeren tertiären Sande des tieferen Untergrundes kommt.

Der morphologisch harte, tertiäre Riffkalkrücken bildete eine deutliche Geländeerhebung und gab der Landschaft einen prägenden Charakterzug. Seine verbuschten Mauern und Böschungen bedingten einen abwechslungsreichen, vielfältigen und erhaltenswürdigen Biotop. Eine Geländeangleichung, im Zuge der Flurbereinigung, war nicht zu empfehlen. Die sehr dichte, tonige und daher im feuchten Zustand plastische Terra fusca im Bereich des Kalkrückens wies einen weit schlechteren Luft-, Wasser- und Nährstoffgehalt als die übrigen Böden des Gebietes auf.

Schrumpfungs- und Quellungsprozesse erschwerten die Bearbeitung. Tiefenpflügen zur Lockerung des Gefüges konnte kaum angeraten werden, da damit die Gefahr verbunden war, zuviel reines Kalkmaterial des Anstehenden in den Oberboden einzubringen, und somit Ertragsdepressionen wahrscheinlich geworden wären.

Die Rendzina- und Parabraunerde-Rigosole der Lößinseln waren die wertvollsten, jedoch stark erosionsgefährdete Standorte für den Weinbau. Im Zuge des Neuordnungsverfahrens sollten Bodenschutzmaßnahmen zur Erhaltung dieser Regionen beitragen.

Waldsaumbiotopie stellten sich als besonders vielfältig und für Flora und Fauna ausgesprochen wertvoll heraus. Daher war es sinnvoll, diese Standorte zu erhalten und unter Naturschutz zu stellen, um nicht nur seltenen, vom Aussterben bedrohten Pflanzen und Tieren einen Lebensraum zu sichern, sondern auch dem Menschen diese einmalige Umwelt zu erhalten.

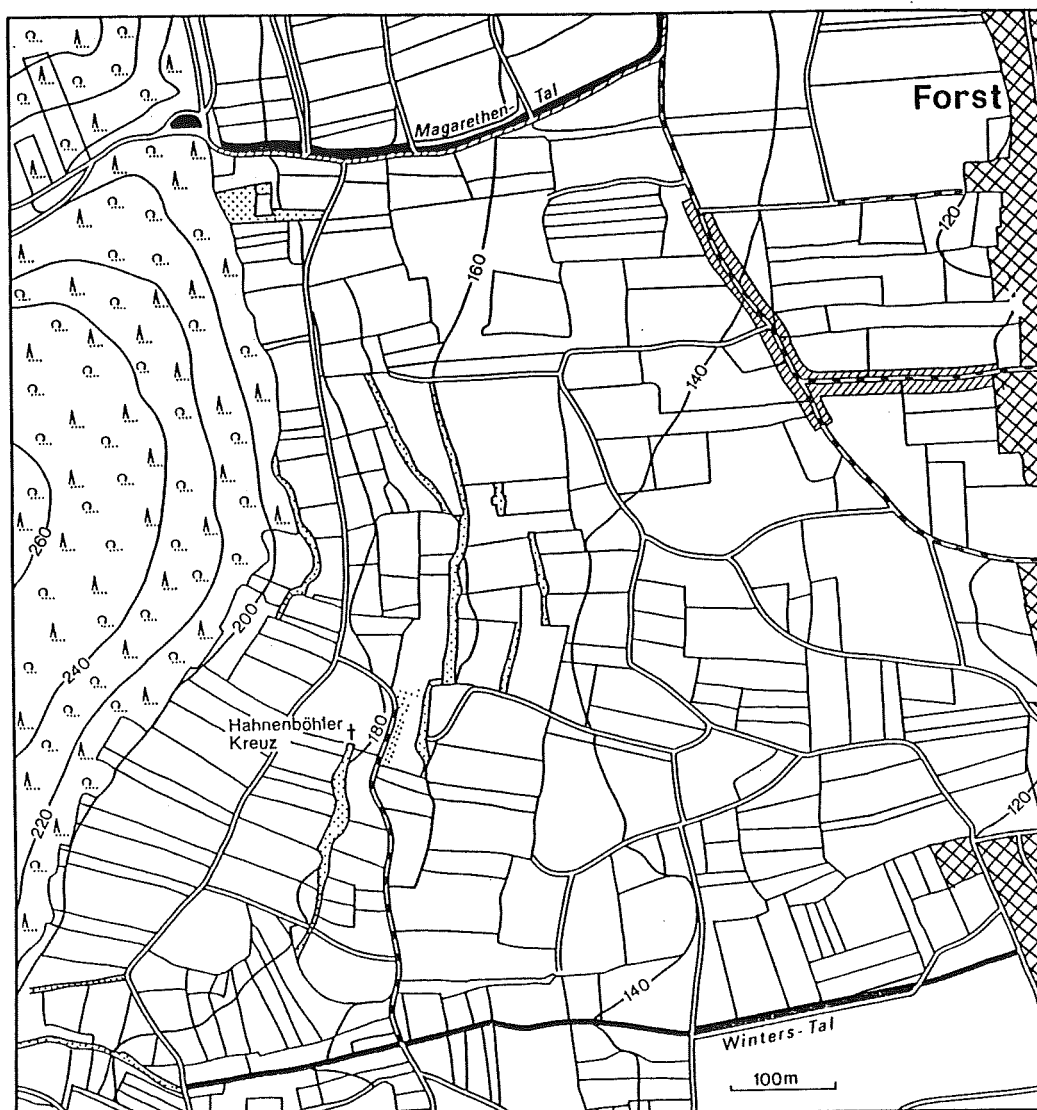
#### 4. Die Landschaft der Gemarkungen Deidesheim-Forst nach der Flurbereinigung

Das Flurbereinigungsverfahren Deidesheim-Forst wurde seitens der Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt. Selbstverständlich mußten die Produktions- und Arbeitsbedingungen im Weinbau verbessert werden, und zwar durch: "-Zusammenlegung des zersplitterten Grundbesitzes zu größeren, rationell zu bearbeitenden und zweckmäßig geformten Weinbergsgrundstücken - Erschließung der Grundstücke durch Wege - stellenweise Planierung des Geländes, um eine maschinelle Bewirtschaftung der Weinbergsgrundstücke zu ermöglichen - Regelung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere im Hinblick auf die Hochwasserfreilegung der Ortslage Forst" (KULTURAMT NEUSTADT/WSTR. 1987: 5), jedoch sollten gerade aus landes- und denkmalpflegerischer Sicht wesentliche Landschaftsstrukturen erhalten bleiben.

Vor allem in den Jahren 1983-1984 machten sich Naturschutzverbände und anerkannte Landespflegeorganisationen in der Öffentlichkeit bemerkbar, denn sie befürworteten die Bestätigung eines Vogelschutzgehölzes am Margarethen-Tal (Gebietsreform 1971) und die Ausweisung des Biotops als Naturdenkmal. Bereits Ende 1982 war "fast umgehend die Ausweisung eines Naturschutzgebietes - Haardtrand und Pechsteinkopf bei Forst - beantragt" (MITTELHAARDTER RUNDSCHAU 20.09.1988). Im Februar 1984 änderte das Kulturamt seinen Wege- und Gewässerplan und richtete das "Naturdenkmal Waldrand" ein.

Um den Orchideenbiotop im mittleren Norden des Planungsraumes zu erhalten, wurde dieses Gebiet aus Landesmitteln erworben und soll in Zukunft landschaftspflegerisch durch die Gemeinden Deidesheim und Forst betreut werden.

Unumstritten war stets, daß der mittlere Steilbereich des Riffkalkrückens eine hohe ökologische Vielfalt an Landschaftsstrukturen aufweist, und so erklärte die Verfahrensbehörde ihn zum landespflegerischen Kernbereich des Neuordnungsverfahrens. Das die Region überragende Hahnenböhler Kreuz wurde daher mit seinem gesamten ökologischen Inhalt im Neuordnungsverfahren berücksichtigt und bildet somit auch heute einen markanten, ökologisch ausgewogenen Standort in der flurbereinigten Landschaft.



Kartengrundlage: Informationsblatt KULTURAMT NEUSTADT/WSTR. (1987), Weinbergsflurbereinigungsverfahren Deidesheim-Forst Verfahrensabschnitt VI

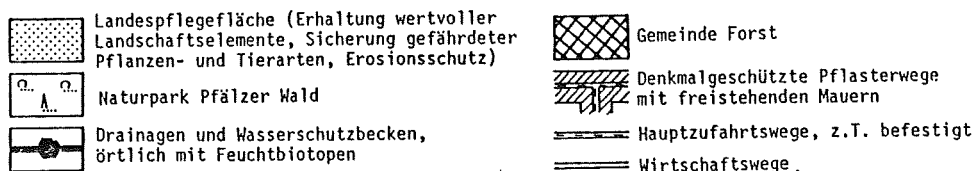


Abb. 3: Die Gemarkungen Deidesheim-Forst/Wstr. vor dem Flurbereinigungsverfahren





Kartengrundlage: Informationsblatt KULTURAMT NEUSTADT/WSTR. (1987), Weinbergsflurbereinigungsverfahren Deidesheim-Forst Verfahrensabschnitt VI








- |  |   |
|--|---|
|  Landespflegefläche (Erhaltung wertvoller Landschaftselemente, Sicherung gefährdeter Pflanzen- und Tierarten, Erosionsschutz) |  Gemeinde Forst  |
|  Naturpark Pfälzer Wald   |  Denkmalgeschützte Pflasterwege mit freistehenden Mauern |
|  Drainagen und Wasserschutzbecken, örtlich mit Feuchtbiotopen   |  Hauptzufahrtswege, z.T. befestigt                       |
|  |  Wirtschaftswege   |

Abb. 4: Die Gemarkungen Deidesheim-Forst/Wstr. nach dem Flurbereinigungsverfahren

Traditionelle, vom Menschen geschaffene und gepflegte Landschaftsinhalte, wie Wegraine, Böschungen und Mauern, mit einer hohen biologischen Diversität, fanden im Neuordnungsverfahren große Berücksichtigung. So berichtete das KULTURAMT NEUSTADT/WSTR. im Februar 1987, daß zu Beginn des Flurbereinigungsverfahrens ca. 99 Ar Weinbergsgelände in Form von Böschungen und Mauern nicht mehr genutzt waren. Von diesen Flächen konnten über 49 Ar, die sämtlich ökologisch äußerst wertvolle Landschaftselemente darstellen, gehalten und in ihren Bemessungen erheblich erweitert werden (vgl. Tab. 1).

Fläche/Länge Element		Zustand v. Flurb.	Erhalten	Neu angelegt	Zustand n. Flurb.
Böschungen mit überwiegend krautigem Bewuchs		7.800 m <sup>2</sup>	4.900 m <sup>2</sup>	10.180 m <sup>2</sup>	15.080 m <sup>2</sup>
Böschungen mit überwiegend gehölzartigem Bewuchs		2.100 m <sup>2</sup>	1.880 m <sup>2</sup>	500 m <sup>2</sup>	2.380 m <sup>2</sup>
Mauern	Länge	9.140 m	3.420 m *1)	620 m	4.040 m
	Sichtfläche davon wieder hergestellt	15.160 m <sup>2</sup>	6.500 m <sup>2</sup> (700 m <sup>2</sup> )	1.200 m <sup>2</sup>	7.700 m <sup>2</sup>
Geröllanlagen/Sukzession		-	-	2.100 m <sup>2</sup>	2.100 m <sup>2</sup>
Grabenbegleitbepflanzung, Pflanzflächen		-	-	10.000 m <sup>2</sup>	10.000 m <sup>2</sup>
Gewässer	Vorfluter (mit Be- tonschalen)	330 m	330 m	180 m	510 m
	Vorfluter (Erdbau bzw. Nylonstruktur- matten)	770 m	600 m	2.340 m	2.940 m
	2 Regenrückhalte- becken	-	-	4.395 m <sup>2</sup>	4.395 m <sup>2</sup>
Wege	Schwerbefestigt	300 m	300 m	4.850 m	5.150 m
	Natursteinpflaster	1.110 m	910 m	240 m	1.150 m
	Unbefestigt	5.700 m	770 m	5.340 m	6.110 m

\*1) davon 330 m saniert

Quelle: Informationsblatt KULTURAMT NEUSTADT/WSTR. (1987): Weinbergsflurbereinigungsverfahren Deidesheim-Forst, Verfahrensabschnitt VI.  
Tab. 1: Flächenbilanz nach der Flurbereinigung

Als Ausgleich wurden ca. 1.200 m<sup>2</sup> Drahtschotterkorbmauern erstellt. Für wegfallende Böschungen wurden über 55 Ar neue Böschungen ausgewiesen und weitere 95 Ar an Pflanzfläche und Gewässerbegleitpflanzen mit etwa 400 Bäumen und über 3.000 Sträuchern eingerichtet.

In Fragen des klima- und wasserbaulichen Geschehens kann festgehalten werden, daß die Vorfluter als primäre Kaltluftbahnen erhalten blieben. Sie wurden nicht geländesteril in Beton gefaßt, sondern dem typischen Relief angepaßt, naturnah gestaltet (Gabionen, Gefällsteppen, Anlage von Gebüsch- und Feldgehölzgesellschaften, Pflasterwege), und es wurden sogar Feuchtbiootope im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens angelegt.

Durch die gut geplante Wegeführung, den Neubau von Vorflutern mit einer Länge von 2.520 m und einem Rückhaltebecken westlich der Ortslage, wird das in Frühjahrszeiten und nach Gewitterniederschlägen im Sommer ehemals für die Gemeinde Forst gefährliche Hochwasser nunmehr schadlos abgeleitet.

Die Planierungsmaßnahmen im Bereich des Steilstückes unterhalb des Riffkalkrückens führten zu einer Gefällsangleichung von früher ca. 10-15° auf heute ca. 7-10° Neigung. Im Zuge dieser Geländemodifizierung wurde der Löß teilweise östlich, das Schwemmfächermaterial südlich des Rückens örtlich verschoben. Damit hat der Mensch einmal mehr eine besondere Mischform eines Bodentyps geschaffen, der kaum noch in seinem genetischen Ursprung erkannt werden kann. Dennoch ist das recht ungünstige, nahezu rein sandige Tertiärmaterial des Liegenden nicht aufgedeckt worden, und so sind die relativ guten Bodenbedingungen im Bereich der Erosionsterrasse erhalten geblieben. Leider erfolgten die Sanierungen größtenteils im feuchten Frühjahr, was zu verstärkter Bodenverdichtung im Bereich des sandig-tonigen Erosionsterrassenmaterials führte. Durch die sofortige Wiederinkulturnahme der Besitzungen wurde die Bodenverdichtung durch den Einsatz von Maschinen örtlich verstärkt.

Letztlich galt es nachzuforschen, was mit den übrigen, wertvollen Lößlagen der Region geschehen ist. Sie decken sich genau mit den Waldrandbrachen, die vom Land Rheinland-Pfalz unter der Voraussetzung erworben wurden, daß fortan die Gemeinden Deidesheim und Forst für Erhalten und Fortbestehen dieser einmaligen Biotope Sorge tragen werden.

Damit kann das KULTURAMT NEUSTADT/WSTR. (1987: 5), zumindest aus physisch-geographischer Sicht, mit Recht sagen, daß durch weitgehende Beibehaltung der bedeutsamen Landschaftsstrukturen und umweltschonenden Bauweisen der am Haardtrand typische Landschaftscharakter erhalten blieb. Die Anwendung der physisch-geographischen Methodik in diesem Flurbereinigungsverfahren diente der Erfassung des Landschaftsaufbaus. Die daraus resultierenden ökologischen Hinweise und Planungsempfehlungen wurden mit den einzelnen Maßnahmen und Ergebnissen des Neuordnungsverfahrens verglichen und haben gezeigt, mit welcher Genauigkeit die Werte der einzelnen Landschaftsinhalte für einen solchen Praxisfall beurteilt werden können. Physisch-geographisch, ökologisch ausgerichtete Geländeuntersuchungen werden so zu Entscheidungshilfen für die Verfahrensträger und können einen wichtigen Beitrag in modernen Flurbereinigungsverfahren leisten.

Die Weinbergsflurbereinigung Deidesheim-Forst wurde umweltschonend durchgeführt. Hier fanden neben der Steigerung der Bodenfruchtbarkeit auch die ökologischen Gesichtspunkte ihre Berücksichtigung. Diese Flurneuordnung ist daher als zukunftsweisend für andere Neuordnungsverfahren anzusehen, denn nur durch den umsichtigen Umgang mit unserem Lebensraum wird Natur und Landschaft in Menschenhand auch menschenwürdig.

### Literaturverzeichnis

BÄUMER, H. O. (1977): Umweltfreundliche Flurbereinigung. Ein Beitrag zur Gesamtentwicklung des Landes. - Dokumente und Meinungen, 4: 1-3; Düsseldorf (Presse und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen).

KULTURAMT NEUSTADT/WSTR. (Hrsg.) (1987): Weinbergsflurbereinigungsverfahren Deidesheim-Forst. Verfahrensabschnitt VI, Landkreis Bad Dürkheim. - 6 S., 11 Abb., 1 Tab.; Neustadt/Weinstraße

KULTURAMT NEUSTADT/WSTR. (Hrsg.) (1987): Flurbereinigungsverfahren Deidesheim-Forst, Projekt VI. - 1 S.; Neustadt Weinstraße

MITTELHAARDTER RUNDSCHAU (20.09.1988): Flurbereinigung: Ganze Mauern verpflanzt. In Gemarkung Deidesheim-Forst quadratmeterweise samt Bewuchs verfrachtet - vor Jahren undenkbar. - Mittelhaardter Rdsch.: Die Rheinpfalz, 122: 1 S.; Neustadt/Weinstraße

NIERSTE, G. (1982): Physisch-geographische Untersuchungen und botanisch-ökologische Geländeanalysen im Weinbaugebiet Deidesheim-Forst als Beitrag zum landschaftspflegerischen Begleitplan im Rahmen der Flurbereinigung. - Unveröff. Dipl.-Arb. am Inst. f. Phys. Geogr., Universität Frankfurt, 170 S., 6 Abb., 38 Tab., 3 Kten.; Frankfurt a. M.

SEITZ, R. (1977): Klima der Vorderpfalz. Erläuterungsbericht zum Landschaftsplan der Verbandsgemeinde Deidesheim. - 19 S.; Deidesheim-Neustadt/Weinstraße.

SEMMELE, A. (1974): Geomorphologische Untersuchungen zur Umweltforschung im Rhein-Main-Gebiet. - Verhdlg. dt. Geogr. Tag Kassel 1973: 538-549; Wiesbaden.

- (1981): Landschaftsnutzung unter geowissenschaftlichen Aspekten in Mitteleuropa. - Frankfurter geowiss. Arb., Ser. D, 2: 84 S., 10 Abb., Frankfurt a. M.

- (1986): Angewandte konventionelle Geomorphologie. Beispiele aus Mitteleuropa und Afrika. - Frankfurter geowiss. Arb., Ser. D, 2: 114 S., 57 Abb.; Frankfurt a. M.

STÄBLEIN, G. (1968): Reliefgenerationen der Vorderpfalz. - Würzburger geogr. Arb., 23: 191 S., 58 Abb.; Würzburg

# AUS DER RECHTSPRECHUNG

## Aus der Praxis der Spruchstelle für Flurbereinigung

von Leitendem Ministerialrat Herbert STAAB, Mainz

1. Von der Spruchstelle zur Abhilfe von begründeten Widersprüchen gegen den Flurbereinigungs-/Zusammenlegungsplan festgesetzte Ausgleiche und Abfindungen in Geld

### 1.1 Fälligkeit

Soweit in der Entscheidung der Spruchstelle für einen Geldausgleich kein Fälligkeitstermin festgesetzt ist, hat die Flurbereinigungsbehörde die Auszahlung möglichst anschließend nach Erhalt der Entscheidung der Spruchstelle zu veranlassen. Dabei kann der festgesetzte Geldausgleich gegen Beiträge nach § 19 FlurbG verrechnet werden.

Der von einem Kulturamt vertretenen Auffassung, der Geldausgleich sei erst nach Aufstellung des entsprechenden Nachtrages zum Flurbereinigungsplan auszuführen, kann nicht gefolgt werden. Damit könnte sich die Auszahlung - wie in dem betreffenden Fall - um fast ein Jahr verzögern, was nicht angingig ist.

### 1.2 Ausführungskosten

Ein Kulturamt vertrat die Auffassung, von der Spruchstelle festgesetzte Geldausgleiche seien keine Ausführungskosten und damit nicht zuwendungsfähig. Rechtsgrundlage der von der Spruchstelle zu Lasten der Teilnehmergemeinschaft festgesetzten Geldausgleiche sind in der Regel die §§ 50, 51 oder 44 Abs. 3 Satz 2 FlurbG. Es handelt sich dabei eindeutig um zuwendungsfähige Ausführungskosten.

2. Zuständigkeitsabgrenzung Kulturamt  
- Vorstand der Teilnehmergemeinschaft

Gelegentlich ist festzustellen, daß Kulturämter sich auf Beschlüsse des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft beriefen, wo sie selbst eine eigene Entscheidung hätten treffen müssen.

So hatte der Vorstand einer Teilnehmergeinschaft beschlossen, daß für abgegebene bzw. erhaltene Obstbäume keine Geldabfindung bzw. kein Erstattungsbetrag festzusetzen sei. Das Kulturamt bezog sich gegenüber den Beteiligten und auch gegenüber der Spruchstelle auf diesen Beschluß und setzte keine Entschädigungsbeiträge fest. Nach § 50 FlurbG ist es aber Aufgabe der Flurbereinigungsbehörde, hierüber zu entscheiden. Denn die Geldausgleiche sind im Flurbereinigungsplan, der von der Flurbereinigungsbehörde aufzustellen ist, festzusetzen. Dabei ist es insoweit bedeutungslos, daß die Teilnehmergeinschaft Gläubigerin und Schuldnerin der Geldausgleiche ist.

In einem anderen Fall hatte ein Teilnehmer gegenüber dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft die unsachgemäße Ausführung von Ausbaumaßnahmen durch die Teilnehmergeinschaft gerügt und Ersatz der dadurch entstandenen Schäden an landwirtschaftlichen Maschinen gefordert sowie eine Ertragsausfallentschädigung geltend gemacht. Der Vorstand der Teilnehmergeinschaft verwies gegenüber dem Teilnehmer auf einen Vorstandsbeschluß, wonach durch den Ausbau entstandene Schäden nicht durch die Teilnehmergeinschaft zu ersetzen seien. Daraufhin legte der Teilnehmer Widerspruch gegen den Beschluß des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft ein. Das Kulturamt wies den Widerspruch durch Widerspruchsbescheid mit der Begründung zurück, ein Anspruch nach § 51 Abs. 1 FlurbG bestehe nicht und berief sich dabei auf den Vorstandsbeschluß. Dieser Widerspruchsbescheid war in mehrfacher Hinsicht fehlerhaft. Das Kulturamt hätte den angefochtenen Vorstandsbeschluß mit dem über Ausgleichs wegen vorübergehender Nachteile gemäß § 51 Abs. 1 FlurbG entschieden worden ist (Ertragsausfall), aufheben müssen, da der Vorstand der Teilnehmergeinschaft dafür nicht zuständig ist. Über eine eventuelle Ertragsausfallentschädigung hat die Flurbereinigungsbehörde im Zusammenhang mit der wertgleichen Landabfindung zu befinden und soweit sie nicht abhilft, diesen Widerspruch der Spruchstelle für Flurbereinigung zur Entscheidung vorzulegen. Soweit Ersatz für Maschinenschaden verlangt wird, handelt es sich um einen zivilrechtlichen Anspruch gegen die Teilnehmergeinschaft als Ausbauträgerin. Insoweit ist das Kulturamt nicht als Widerspruchsbehörde zuständig, sondern kann allenfalls als Aufsichtsbehörde der Teilnehmergeinschaft tätig werden. Lehnt der Vorstand der Teilnehmergeinschaft den Schadensersatzanspruch ab, so muß der Teilnehmer zur Durchsetzung seiner vermeintlichen Ansprüche auf den ordentlichen Rechtsweg verwiesen werden.

### 3. Zusammenlegungsverhältnis, Beseitigung bzw. Behebung von Nachteilen, die durch das Unternehmen entstehen, in Flurbereinigungsverfahren nach § 86 Abs. 1 oder §§ 87 ff FlurbG

Bei der Spruchstelle für Flurbereinigung waren in den letzten Jahren u.a. Widersprüche aus Verfahren nach den §§ 86 Abs. 1 und 87 ff FlurbG anhängig, in denen die Teilnehmer nicht nur keine Vorteile, sondern zum Teil Nachteile bei ihrer Landabfindung hinsichtlich Zusammenlegungsverhältnis und Grundstücksformen erzielt hatten. Es wurden zum Teil die Gewannen kürzer oder ungünstiger geformt, als sie vor der Flurbereinigung waren.

Eine Zusammenlegung ist nur in sehr bescheidenem Umfang erfolgt. Die Teilnehmer waren im wesentlichen gewannenweise in etwa alter Lage mit ungünstig geformten Grundstücken abgefunden worden. Für Schrägaufstoß konnte wegen des geringen Landbeitrages in der Regel kein Landausgleich gegeben werden; Geldentschädigungen wurden nur ausnahmsweise gewährt.

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Es ist zwar verständlich, daß die durch den Straßenbau entstehenden Mißformen der Grundstücke auch durch ein neues Wegenetz nicht immer beseitigt werden können. Andererseits ist aber in solchen Fällen eine großzügige Zusammenlegung von Flurstücken erforderlich und unbedingt anzustreben, damit den Nachteilen hinsichtlich Grundstücksformen Vorteile durch ein gutes Zusammenlegungsverhältnis im Flurbereinigungsverfahren gegenübergestellt werden können.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die Vorschrift des § 44 Abs. 3 FlurbG hinzuweisen, die grundsätzlich auch für die Verfahren nach §§ 86 Abs. 1 und 87 ff FlurbG gilt. Die sogenannten Zweckverfahren haben eine Verbesserung der Agrarstruktur zum Ziel. Wird dieses Ziel nicht erreicht, weil u.a. das Verfahrensgebiet nach § 86 Abs. 1 FlurbG zu klein festgestellt und ein Landabzug nach § 47 FlurbG nicht erhoben worden ist, so sollte für die Zukunft überlegt werden, ob solche Verfahren überhaupt noch durch die Flurbereinigungsbehörde durchzuführen sind, zumal die Beseitigung von landeskulturellen Nachteilen hierbei kaum möglich ist. Unter Umständen ist in diesen Fällen die Straßenschlußvermessung durch einen ÖbVI oder die Katasterverwaltung für die öffentliche Hand die kostengünstigere und bessere Lösung.

#### 4. Zur Aufrechnung von Nachteilen mit Vorteilen einer Abfindung

Der gelegentlich vertretenen Auffassung der Flurbereinigungsbehörden, dem einer Abfindung anhaftenden Nachteil einer ungünstigen Grundstücksform (z.B. Schrägaufstoß, Trapezform) könnte die besonders gute Erschließung eines Abfindungsgrundstücks mit einem schwer befestigten Weg ausgleichend gegenübergestellt werden, kann grundsätzlich nicht gefolgt werden. Die besonders gute Erschließung kann in der Regel deshalb nicht zum Ausgleich herangezogen werden, weil die Erschließung der Grundstücke der jedem Teilnehmer zustehende Planungsvorteil bei Durchführung der Flurbereinigung ist (§ 44 Abs. 3, Satz 3, 1. Halbsatz FlurbG), der mit dem Landabzug nach § 47 FlurbG und der Beitragspflicht nach § 19 FlurbG bereits aufgewogen wird.

Die ungünstigere Form eines Abfindungsgrundstücks als bleibender Bewirtschaftungs Nachteil läßt sich im allgemeinen nur durch eine unentgeltliche Mehrausweisung in Land ausgleichen.

## BUCHBESPRECHUNGEN

### Verwaltung in Rheinland Pfalz in den 90er-Jahren

Bericht der Zwanziger-Kommission  
Ein Beitrag zum Verhältnis Bürger-Staat

1. Aufl. Oktober 1989, Broschüre, 67 Seiten, kostenlos

Herausgeber CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz, Rheinallee 1a-1d  
6500 Mainz

Es handelt sich um den Bericht einer vom Landesvorstand der CDU eingesetzten Kommission unter Vorsitz des Regierungspräsidenten Dr. Zwanziger, die über die Neugestaltung der Verwaltung nachdenken sollte.

In sechs Kapiteln hat sich die Kommission mit folgenden Problemen auseinandergesetzt:

Qualifikation und Motivation von Mitarbeitern, Privatisierung öffentlicher Aufgaben, Aufgabenzuordnung auf einzelne Verwaltungsebenen und Behörden, kommunale Aufgabenerfüllung, Behördenorganisation und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln, Gerichtswesen.

Von besonderem Interesse ist dabei für die Landeskulturverwaltung der Vergleich mit dem Bericht der Landesregierung über die Fortführung der Verwaltungsvereinfachung in Rheinland-Pfalz (Landtagsdrucksache 11/2993) im Hinblick auf vorgeschlagene Aufgabenverlagerungen.

Während der Bericht der Landesregierung eine Eingliederung der Kulturämter in die Bezirksregierungen anstrebt, hält die Zwanziger-Kommission die auf der Ebene der Mittelbehörden bei den Bezirksregierungen gegebene Bündelung "für ausreichend, wenn sichergestellt wird, daß sich die Tätigkeit der Kulturämter auf die Flurbereinigung und für den bebauten und bebaubaren Bereich auf die Bodenordnung beschränkt" (S. 50, Nr. 6.4.3, 3d). Von den Kulturämtern sollen die schwierigeren Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur übernommen werden, für die bislang die landwirtschaftlichen Beratungsstellen zuständig waren (S. 48, Nr. 6.4.3, 3a).

Der Bericht der Landesregierung sieht eine Zusammenführung der Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung in Mainz mit dem Landesvermessungsamt vor. Dies widerspricht dem Grundgedanken der horizontalen Dekonzentration und Verlagerung von Aufgaben auf die unterste Verwaltungsebene, wo die Luftbild- und Rechenstelle derzeit angesiedelt ist. Die Zwanziger-Kommission erwähnt wohl deshalb die Luftbild- und Rechenstelle nicht, fordert aber eine Aufgabenverlagerung von der Ministerialebene auf



die nachgeordneten Behörden, u.a. für die Spruchstelle für Flurbereinigung und die Vertretung des Landes bei Rechtsstreitigkeiten nach dem Flurbereinigungsgesetz (S. 38, Nr. 3.4, 2 und 3). Eine Gemeinsamkeit mit dem Bericht der Landesregierung besteht in der Forderung nach Privatisierung (S. 18).

Aber auch soweit die Landeskulturverwaltung nicht ausdrücklich besonders angesprochen ist, enthält der Bericht interessante Ausführungen und ist durchaus lesenswert.

Gernot Schauß

### **Landwirt im Jahr 2000 - So sieht die Zukunft aus -**

Verfasser: Dipl. Landwirt Dr. Günther Thiede

Vertrieb: DLG-Verlag Frankfurt (Main) - 1988, 1. Nachdruck 1989  
BLV Verlagsgesellschaft München  
Landwirtschaftsverlag Münster-Hiltrup  
Österreichischer Agrarverlag Wien  
Bugra Suisse Wabern-Bern

304 Seiten, Preis unbekannt

Der Verfasser des Buches hatte bei seinen Tätigkeiten im BML (1952 - 1958) und in der EG-Kommission (1958 - 1981) die ständige Aufgabe, die Entwicklung der deutschen und europäischen Landwirtschaft zu beobachten. Darüberhinaus ist er ordentliches/zugewähltes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Aus erster Hand informiert, wandte er sich in seinem Buch "Europas Grüne Zukunft" und in zahlreichen wissenschaftlichen Artikeln und Vorträgen wiederholt an die Öffentlichkeit, wenn in der Agrarpolitik die Weichen falsch gestellt wurden.

"Soll ich weiter Landwirt bleiben oder muß ich jetzt oder später den Betrieb aufgeben?", das ist die Schicksalsfrage, die sich heute und künftig zunehmend der Landwirt, vor allem der Betriebsnachfolger, stellen wird/muß. Um diese Frage zu beantworten, benötigt man Fakten über die Zukunft. Dieses Buch, das nach dem Willen des Autors vor Illusionen warnen will, liefert Fakten: Nüchtern und fernab von jeglicher Schönfärberei! Treffen die in diesem Buch aufgezeigten Prognosen zu, dann ist der weitere und erbarmungslose Strukturwandel in der Landwirtschaft vorgezeichnet: 30 Prozent der heutigen Agrarfläche und 50 Prozent der heutigen Betriebe werden für unsere Nahrung nicht mehr benötigt. Regional wird es zu Konzentrationen an den günstigsten Standorten und zu Produktionsaufgaben in den benachteiligten Gebieten kommen.

Forschungsergebnisse umreißen nur die Zukunft, so in der Pflanzenzucht, Tierzucht, Landtechnik, bei organisatorischen Neuerungen und nachwachsenden

Rohstoffen. Die Zukunft wird indessen von Sachzwängen bestimmt werden: Rücksicht auf die Umwelt, Ungunst der Wettbewerbslage, Altersstruktur der Landwirte, Begrenzung der öffentlichen Mittel, Abbau von Überschüssen und Kapazitäten. Wie sieht der Autor die Zukunft? Er sieht sie unter drei Aspekten: Ökonomisch geht es um eine standortgerechte Landwirtschaft. Ökologisch geht es um die Aussöhnung mit der Ökonomie. Sozial geht es um berufliche Neuorientierungen.

Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß der Landwirt, der sich an dem orientiert, was heute schon über die Zukunft bereits erkennbar ist, Aussichten hat, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. "Harte Tatsachen ersetzen dann Wunschbilder!"

Ein lesenswertes und zum Nachdenken anregendes Buch für jeden, dem das Schicksal der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes nicht gleichgültig ist.

Felix Zillien

### Wandel der Dorfflora - KTBL-Schrift 236

Verfasser: Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Dechent  
Herausgeber: Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. (KTBL)  
Vertrieb: KTBL-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag GmbH  
Hülsenbrookstr. 2, 4400 Münster-Hiltrup  
Preis: DM 27,00

Die Veränderung in der Landwirtschaft und die Entwicklung stadtnaher Dörfer zu reinen Wohn- und Schlafstätten haben dazu geführt, daß das ehemals rein landwirtschaftlich geprägte Erscheinungsbild des Dorfes immer mehr einen städtischen Charakter annimmt. Das hat zur Folge, daß heimische Tier- und Pflanzenarten, die im Dorf zuhause sind, ihres Lebensraumes beraubt werden.

In der KTBL-Schrift gibt Dechent anhand von Beispielen aus Rheinhessen zunächst einen Überblick über Herkunft und Standortansprüche der hier vorkommenden Dorfflora. Außerdem werden die Ursache und Zusammenhänge ihres Rückgangs untersucht. Er zeigt beispielsweise auf, daß mit der Verstädterung das Natursteinpflaster mit seinen breiten Fugen zugunsten von Verbundsteinen aus Beton verschwindet. Übertriebenes Sauberkeitsbedürfnis und Intoleranz gegenüber Wildkrautbeständen, die als störend und unsauber empfunden werden, lassen die letzten Standorte verschwinden. Aber auch die Verbesserung der hygienischen Situation, z.B. Verlegung der Kanalisation und die damit verbundene Beseitigung von nährstoffreichen Standorten, einhergehend mit nachfolgender Versiegelung der ehemals teilweise unbefestigten Wegeflächen, führen zu einem erschreckenden Artenrückgang. Maßnahmen der Dorfverschönerung ("Unser Dorf soll schöner werden") und die

Dorferneuerung trugen und tragen hierzu ihren Teil bei. Es überrascht die Feststellung, daß mit zunehmender Stadtnähe die Reichhaltigkeit der Dorf- flora abnimmt. Aufgrund einer Kartierung, die für Planung im Dorf unab- dingbar ist, und einer mehrjährigen Beobachtung entwickelt Dechent konkrete Vorstellungen zur Erhaltung und Förderung der heimischen Dorfflora.

Mit Zunahme von Dorferneuerungsmaßnahmen und Ausdehnung des Wettbewerbs "Unser Dorf soll schöner werden" (jede 3. rheinland-pfälzische Gemeinde nimmt 1989 teil), steht zu befürchten, daß immer mehr typische Dorfpflanzen verschwinden. Um diesem Trend entgegenzuwirken, bedarf es einer entspre- chenden Aufklärung von Dorfbewohnern und Behörden, die im ländlichen Raum planend tätig sind. Dazu kann die KTBL-Schrift einen wertvollen Beitrag leisten. Sie sei daher allen, die sich mit dem ländlichen Raum - insbeson- dere mit dem Dorf - auseinandersetzen müssen, empfohlen.

Hartmut Mierenfeld

## LITERATURÜBERSICHT

von Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

### Recht der Landwirtschaft

- Emig, G.: Laufsport unter forst- und naturschutzrechtlichen Aspekten, Heft 6, 1989, S. 143
- Hoecht, H.: Biotopvernetzung in der Flurbereinigung und Gesetzesände- rung, Heft 6, 1989, S. 141
- Zillien, F.: Wasserwirtschaftliche Erfordernisse in der Flurbereinigung, Heft 7, 1989, S. 169
- Baur, H.-W.: Förderung umweltfreundlicher Landbewirtschaftung, Heft 8, 1989, S. 199
- Zillien, F.: Waldflurbereinigung, Heft 10, 1989, S. 253
- Haselhoff, J.: Wertgleiche Abfindung in der Unternehmensflurbereinigung, Heft 11, 1989, S. 281

### Natur und Landschaft

- Hess, Cl.-R.: Die Renaturierung von Gewässern im Rahmen von Flurbereini- gungsverfahren, Heft 9, 1989, S. 381

**Agrarische Rundschau**

- Zillien, F.: Partnerschaftsmodell Dorferneuerung, Heft 3, 1989, S. 25

**Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung**

- Neufang, K.  
u.a.: Räumlich differenzierende Berechnung großmaßstäblicher Erosionsprognosekarten - Anwendung der dABAG in der Flurbereinigung und Landwirtschaftsberatung, Heft 4, 1989, S. 233
- Thomas, J.: Zur Einstellung und Abwicklung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG), Heft 4, 1989, S. 241
- Scheele, M.: Umweltpolitik im Bereich der Landwirtschaft als ökonomisches Problem, Heft 6, 1989, S. 376
- Dippold, R.: Zur Abstimmungsproblematik von Flurbereinigung und kommunaler Planung, Heft 6, 1989, S. 376
- Müller, L.  
u.a.: Ausbildung und Haltbarkeit von Erddränen in schweren Alluvialböden, Heft 6, 1989 S. 394

**Allgemeine Vermessungsnachrichten**

- Teufel, P.: Die ökologische Agrarflurbereinigung in Baden-Württemberg - ein Beispiel: Volkertshausen, Landkreis Konstanz, Heft 8/9, 1989, S. 324
- Nittinger, J.: Flurbereinigung für den Naturschutz unter Berücksichtigung von agrarpolitischen Rahmenbedingungen, Heft 10, 1989, S. 381

**Zeitschrift für Vermessungswesen**

- Donié, M.: Die Wechselbeziehungen zwischen landwirtschaftlichem Strukturwandel, Agrar- und Umweltpolitik und Flurbereinigung, Heft 7/8, 1989, S. 352

**Vermessungswesen und Raumordnung**

- Mayer, M.: Die Neubaustrecke Mannheim-Stuttgart der Deutschen Bundesbahn und Zusammenhänge mit der Flurbereinigung, Heft 4/5, August 1989, S. 224

- Weiß, E.: Ländliche Bodenordnung und Demokratieverständnis, Heft 6/7, Oktober 1989, S. 422
- Mitteilung des Deutschen Vereins für Vermessungswesen  
- Landesverband Hessen -**
- Wagner, W.: Umweltentwicklung durch Flurbereinigung, Heft 2, 1989, S. 52
- Seminar**
- Zillien, F.: Flurbereinigung unter veränderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen, Heft 3, 1989, S. 123
- Pfalzatlas**
- Schröder, H.: Flurbereinigungsverfahren im Bereich Oberstaufenbach, erschienen im Pfalzatlas, erschienen im Verlag Pfälzische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Speyer, 1989 S. 1751 bis 1757
- Heimatjahrbuch Landkreis Alzey-Worms**
- Zillien, F.: Naturschutz und Landschaftspflege, 1990, S. 153
- Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Alzey-Land**
- Zillien, F.: Flurbereinigung Albig - Naturschutz und Landschaftspflege - Heft 1, 1990 S. 175
- Die Asphaltstraße**
- Dübner, R.: Bau, Gestaltung und Erhaltung von Straßen in Kommunen, Aufgrabungen in Verkehrsflächen, Schichtenverbund-Nähte -Anschlüsse, Heft 6, 1989, S. 19
- Wachenfeld-  
Teschner, F.: Die geeignete Fahrbahnbefestigung in Ortsstraßen - Fahrbahn-  
bahnbeläge im Wandel der Zeit, Heft 6, 1989, S. 32
- Bitumen**
- von Becker, P.: Auswirkungen der Schwerverkehrs auf die Straßenbefestigung, Heft 4, 1989, S. 146

Richter, E.: Risse wegen mangelnder Tragfähigkeit und Reflexionsrisse, Heft 4, 1989, S. 153

#### **Wasser und Boden**

Schneider H. u.a.: Untersuchungen zur chemischen Auswirkung einer Hochofenschlacke auf Boden und Grundwasser, Heft 10, 1989, S. 603

Schoppe, L.: Modifizierung des SCS-Verfahrens zur Bestimmung von Hochwasserabflußspitzen in kleinen Einzugsgebieten, Heft 11, 1989, S. 671

## **EHRUNGEN**

### **VOAR Hans Baas 50 Jahre beim Kulturamt Worms**

Vermessungsoberamtsrat Hans Baas konnte am 1. Oktober 1989 auf eine 50-jährige Dienstzeit beim Kulturamt Worms zurückblicken. Während dieses ebenso langen wie erfolgreichen Berufslebens war der Jubiliar als ausführender vermessungstechnischer Sachbearbeiter in 18 Bodenordnungsverfahren eingesetzt; dabei hatte er es mit rund 8.000 "Ordnungsnummern", d.h. Verfahrensbeteiligten und deren Grundeigentum zu tun. Seit August 1986 ist Hans Baas Vorsteher des vermessungstechnischen Büros I.

Kulturamtsvorsteher Dr. Schuy bescheinigte dem Jubiliar, daß er im Kulturamt Worms stets ein hohes Maß an Vertrauen genossen und Vorbildfunktion, insbesondere für die jungen Mitarbeiter, ausgeübt habe.

LMR Zillien, der an der Feierstunde zur Überreichung der Dankurkunde des Ministerpräsidenten im Kulturamt Worms teilnahm und viele Berufsjahre mit dem Jubiliar gemeinsam verbracht hat, schloß sich den Glückwünschen an. Er bezeichnete Hans Baas als "Botschafter des guten Willens und der Hilfsbereitschaft".

Dr. W. Schuy

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 79 bis 86





## Landwirtschaftliche Strukturprobleme

Parlamentarischer Abend des landwirtschaftlichen Berufsstandes  
von Rheinland-Pfalz am 23.08.1989

von Leitendem Ministerialrat Felix Zillien, Mainz

Am 23.08.1989 fand der erste parlamentarische Abend des landwirtschaftlichen Berufsstandes von Rheinland-Pfalz im Landtagsgebäude in Mainz statt. Kammerpräsident Günther Schartz führte im Rahmen seiner agrarpolitischen Grundsatzerklärung u.a. folgendes aus:

Wer den ländlichen Raum funktionsfähig erhalten wolle, müsse spezielle Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft und die Dörfer durchführen. Ein Förderungsprogramm "ländlicher Raum" müsse geschaffen und mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sei in Rheinland-Pfalz inzwischen auf rd. 58.000 gesunken. Vor 40 Jahren wären es noch 211.000 gewesen.

Dieser strukturelle Wandel werde sich auch weiter fortsetzen. Nach dem Agrarbericht 1989 sei in Rheinland-Pfalz mit 11% die höchste Ausscheidungs- welle für die Jahre 1983 - 1987 im Bundesgebiet zu verzeichnen. Daneben sei der Prozentsatz der Betriebe ohne Hofnachfolger oder mit unbestimmter Weiterbewirtschaftung in Rheinland-Pfalz mit 50% bundesweit am höchsten.

Von den rund 58.000 landwirtschaftlichen Betrieben des Jahres 1987 ( Agrar- bericht 1989) wurden 40.800 (= 70%) von Betriebsleitern bewirtschaftet, die 45 Jahre und älter seien. Bei diesen 40.800 Betrieben sei lediglich in etwa 11.500 die Hofnachfolge gesichert. In rund 29.000 Betrieben gebe es keine Hofnachfolger oder sei die Weiterbewirtschaftung ungewiß. Im Jahre 1988/89 seien in Landwirtschaft und Weinbau von Rheinland-Pfalz nur 826 Berufsschüler und 603 Fachschüler in der Ausbildung. Diese Zahlen bedeuten, daß die Jugend die rheinland-pfälzische Landwirtschaft und den Weinbau verlasse.

Schon heute sei eine "Versteppung" der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft festzustellen. Viele Grundstückseigentümer bewirtschafteten ihre teilweise auch an den Ortsrändern gelegenen Grundstücke nicht mehr. In nicht wenigen Fällen fänden aber auch die Landwirte keinen Pächter mehr, wenn sie die Weiterbewirtschaftung ihres Betriebes aufgeben wollten. Es entstehe das Problem, daß ältere Bauern und Winzer die Voraussetzung für den Bezug der Altersrente - nämlich die Verpachtung oder Veräußerung - nicht mehr erfüllen könnten.

Nach Meinung von Präsident Schartz sollte daher ein Bodenfonds geschaffen werden, der sowohl auf dem Pacht- wie auf dem Kaufwege dem Abgabetatbestand für den Altersgeldempfänger erfülle als auch gleichzeitig diese Flächen strukturverbessernd in weiterwirtschaftende Betriebe übertrage. Um dies zu verwirklichen, wäre eine Grundkapitalausstattung durch das Land sicherzu-

stellen und die Schaffung eines revolvierenden Kreditfonds, an dem sich neben dem Land auch landwirtschaftliche Investoren beteiligen sollten. Die Landwirtschaftskammer biete für die Verwaltung des Fonds und für alle weiteren Aufgaben ihre guten Dienste an.

Im Zusammenhang mit dem strukturellen Defizit der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft führte Präsident Günther Scharitz u.a. wörtlich aus:

"Es ist für den Berufsstand unverständlich, daß die als flächendeckendes Instrument zur Entwicklung des ländlichen Raumes dringend notwendige Flurbereinigung drastisch eingeschränkt wird; eine Kürzung der Fördermittel und der massive Personalabbau laufen den eigenen Zielen der Landesregierung zuwider und behindern die strukturelle Weiterentwicklung und Arbeits erleichterung für unsere Betriebe. Die Bodenordnung, das ist die sehr feste Meinung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft, bleibt unverzichtbar. "

Dieser Auffassung kann vollinhaltlich zugestimmt werden!

## Landentwicklung

### Flurbereinigung am Scharlachberg, eine gelungene Verbindung von Ökonomie und Ökologie

von Pressereferentin Mechthild Kern, Mainz

Als vorbildliche Verbindung von Ökonomie und Ökologie charakterisierte Staatssekretär Prof. Dr. Wolfgang Rumpf das Flurbereinigungsverfahren am Binger Scharlachberg.

Bei der Abschlußfeier des Verfahrens in Bingen faßte der Staatssekretär an diesem Beispiel den Wandel in der Flurbereinigung zusammen. Ein erstes Verfahren, das 1966 ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für die Winzer eingeplant worden war, wurde 1972 eingestellt. 1980 wurde ein neues Verfahren für einen 39 Hektar großen Bereich des Scharlachberges eingeleitet.

Professor Rumpf erläuterte die unterschiedlichen Vorstellungen, die die Winzer, die Stadt Bingen und die Naturschützer an die Flurbereinigung hatten:

Die Winzer hätten die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die bessere Erschließung der Weinberge und den Zusammenschluß mehrerer Parzellen erwartet. Die Stadt habe einen Unwetterschutzplan und die Sanierung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse angestrebt, um die immer wiederkehrenden Überflutungen des Stadtteils Büdesheim zu verhindern. Der Naturschutz schließlich habe frühzeitig auf die besondere Bedeutung der Trockenmauern und Felshänge des Scharlachberges für die einheimische Tierwelt hingewiesen. Daraufhin habe man ein ökologisches Gutachten für dieses Gebiet eingeholt.

Die Auseinandersetzung mit den Naturschutzverbänden habe wesentlich zu dem Wandel der Flurbereinigung zur Landentwicklung beigetragen, stellte der Staatssekretär fest. Die Kulturämter seien mittlerweile gefordert, die Erhaltung und Entwicklung von Lebensräumen heimischer Tiere und Pflanzen ebenso zu fördern wie die Verbesserung der landwirtschaftlichen Bearbeitung.

Nach dem ökologischen Gutachten seien rund 7 ha der Weinterrassen, Trockenmauern und Felsbereiche des Scharlachberges als schutzwürdig eingestuft worden. Aufgrund dieses Ergebnisses hätten auch die Winzer sich bereit erklärt, auf Teile der Flächen für den Weinbau zu verzichten, so daß das Land sie für den Naturschutz kaufen konnte.

Mit seinen Weinbergen auf dem Überwiegenden Teil des Hanges zeige sich der Scharlachberg wieder als Wahrzeichen der Stadt Bingen, sagte Prof. Rumpf. Auch die wasserwirtschaftlichen Probleme seien durch die Wegeführung und den Bau von Schlammfängern und eines Regenrückhaltebeckens gelöst worden. Auch wenn beim Flurbereinigungsverfahren Scharlachberg nicht alle wirtschaftlichen Belange der Winzer berücksichtigt werden konnten - wie z.B. die Förderung der Querterrassierung oder von Beregnungsanlagen - seien doch die unterschiedlichen Interessen für alle Beteiligten befriedigend berücksichtigt worden.

Ans Ende seiner Rede stellte der Staatssekretär die Zahlenbilanz des Verfahrens, das im Oktober 1980 eingeleitet und im Oktober 1988 abgeschlossen wurde. Die Gesamtkosten betrugen 2,6 Millionen Mark. Die Hälfte dieser Summe wurde für Wege- und Mauerbau aufgewendet. Nahezu 400.000 Mark brachte das Land für den Landerwerb und für Anpflanzungen auf.

## KURZINFORMATIONEN

Nr. 171: Der Franzose Berriat-Saint-Prix sammelte 80 Todesurteile und Verdammungen, die in Frankreich von 1120 bis 1741 über Tiere ausgesprochen wurden. Vgl. auch E. L. de Kerdaniel, "Die Tiere vor der Justiz. Gerichtliches Verfahren und Exkommunikation" (Paris 1908). Unter Berufung auf 1. Mose 9,5 fanden Prozesse statt gegen Katzen, Hunde und Esel, gegen Heuschrecken, Blutegel, Engerlinge, Maikäfer und anderes Getier. Im Bistum Churz z.B. wurden Laubkäfer vor Gericht geladen, weil sie unberechtigt Blätter von Pflanzen abgefressen hatten. Da die "vor Gericht zitierten" daselbst nicht erschienen, bestellte man einen Pflichtverteidiger. Dieser machte

zu Gunsten seiner Mandanten geltend, daß sie Geschöpfe Gottes seien und schon "seit unvordenklicher Zeit" Wohnsitz und Recht auf Nahrung dort hatten, wo sie nach Auffassung der Kläger nicht sein dürfen. Der Verteidiger beantragte, die Tiere nicht ihrer Nahrung zu berauben, sondern ihnen von Gerichts wegen andere Wohnsitze zuzuweisen. Von da an reservierte man ihnen alljährlich ein Stück Land, wie der Rechtshistoriker Eduard Esenbrügger berichtet. Aktenkundig sind auch gerichtliche Vermahnungen gegenüber Schmetterlingen und Schnecken. Ferner wurde 1474 in Basel ein Hahn zum Tode verurteilt und lebendig verbrannt, weil er angeblich ein "Basiliskenei" gelegt haben sollte. Unter "Basilisk" verstand man ein Mischwesen aus Drache und Hahn, dessen Eier von Schlangen, Kröten oder im Mist ausgebrütet werden. "Basiliskeneier ausbrüten" als Redewendung (nach Jes. 59,5) bedeutete, etwas Böses ausdenken. Die Ansicht, wonach böse Dämonen (zum Unterschied von guten) das Ungeziefer und menschengeschädigende Tiere beseelen, geht auf orientalische bzw. altasiatische Vorstellungen zurück. Auch in der Bibel wird das massenhafte Auftreten z.B. schädlicher Insekten, als eine von Jahwe verhängte Strafe für von Menschen begangene Sünden aufgefaßt (Ägyptische Plagen). Quelle: "Wiedergeburt" von Rudolf Paucian, Knaur-TB 4154 (Kostorik), DM 9,80

**Nr. 172:** Bei der Flurbereinigung in der Bundesrepublik Deutschland werden zunehmend Aufgaben des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Landschaftspflege berücksichtigt. Das zeigt der Jahresbericht über Flurbereinigung 1988. Danach entfallen von den Ende 1988 anhängigen 4.080 Flurbereinigungsverfahren rund 2.400 auf Verfahren, die über das normale Maß hinaus ökologische Belange wahrnehmen. Von den gesamten Ende 1988 anhängigen Verfahren wurden 2.598 (Vorjahr: 2.675) oder 64 (66) Prozent als Regelflurbereinigung durchgeführt. Mit den ständig komplexer werdenden Aufgaben der Bodenordnung gewinnt jedoch die Auswahl der zweckmäßigsten Verfahrensart an Bedeutung. So erhöhte sich die Zahl vereinfachter Flurbereinigungsverfahren auf 446 (410) mit insgesamt 273.000 (243.000) Hektar. Auch der freiwillige Landtausch fand mit 409 (305) Verfahren, 1.983 (1.194) Tauschpartnern, 4.293 (2.455) getauschten Besitzstücken und insgesamt 6.465 (3.982) Hektar größeres Interesse. Im vergangenen Jahr wurden 199 Flurbereinigungsverfahren mit rund 91.700 Hektar neu angeordnet. Die Zahl der neuen Verfahren hat damit gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent zugenommen. Die Durchschnittsgröße pro Verfahren betrug 460 Hektar.